

sozusagen



KRISEN & KATASTROPHEN

**Schließungen - Kürzungen -
sechsstelliges Haushaltsdefizit**

Bericht zur kritischen
Lage der Bielefelder
Soziologie

Die gescheiterte Apokalypse

Eine Anleitung zum
Vorhersagen des
Weltuntergangs und zum
Überstehen des Irrtums

**"Katastrophen sind immer
soziale Katastrophen"**

Interview mit Daniel F. Lorenz
von der Katastrophen-
forschungsstelle der FU Berlin



BIELEFELDER STUDIERENDENMAGAZIN DER
FAKULTÄT FÜR SOZIOLOGIE

sozusagen blog

Die **sozusagen** als PDF, neue Artikel,
Redaktionsnews, Kolumnen,
Veranstaltungshinweise

sozusagenblog.wordpress.com

Foto: Susanne Freitag

Der Bielefelder **Kino-Pass**

Foto: Ralf Weinbrecher

Zwölf Monate lang

bis zu 3,50 Euro Ermäßigung*

Für 18,- Euro sitzen Schüler und Studierende zwölf Monate lang ermäßigt* auf den schönsten Plätzen der Stadt. Gültig in Kamera und Lichtwerk.

* Bei Vorlage von Kino-Pass und Studierenden-Ausweis reduziert sich der bereits ermäßigte Eintrittspreis um 2,- Euro. (gilt nicht in Kindervorstellungen und am Kinomontag)

 **lichtwerk**
IM RAVENSBERGER PARK

 **kamera**
FILMKUNSTTHEATER

Bist du nicht in Bielefeld und möchtest in den Genuss der gedruckten sozusagen kommen? Dann schick uns einen mit 1,45€ frankierten DinA4 Briefumschlag und wir schicken dir die aktuelle Ausgabe gerne zu.

sozusagen Redaktion
Postfach Nr. 100131
Universität Bielefeld,
Fakultät für Soziologie
Universitätsstr. 25
33615 Bielefeld

Editorial

„Lasst mich durch, ich bin Soziologe*!“ – Ein Satz, den man angesichts der zum Teil schrägen Gesellschaftsdiagnosen dieser Tage öfters herausschreien möchte, es aber doch eher selten tut. Dabei würde der Soziologie etwas mehr Selbstvertrauen gut stehen, schließlich wird diese auch als „Krisenwissenschaft“ bezeichnet. Ihr begriffliches Instrumentarium dürfte somit in Zeiten von Euro-Dauerkrise und Katastrophenalarmismus nützlich sein. Mit dieser Intention haben wir Bielefelder Studierende und Lehrende zu den Themen „Krisen und Katastrophen“ zu Wort kommen lassen, wobei vielfältige Perspektiven und Herangehensweisen entstanden sind.

So bietet diese Ausgabe unter anderem einen Einblick in die Krise des öffentlichen Raumes, welche unter dem Aspekt der Street-Art thematisiert wird sowie unterhaltsame soziologische Karikaturen und eine „Anleitung“ für die Gründung von Weltuntergangsgruppen. Lesenswert insbesondere für alle, die am 21.12. des letzten Jahres enttäuscht wurden, aber den Glauben an den Weltuntergang nicht aufgeben wollen.

Außerdem haben wir die Lehrenden der Fakultät gefragt, ob und in welcher Hinsicht Krisen und Katastrophen in ihrer Forschung vorkommen, was einen breiten Blick auf die Bielefelder Forschung bietet. In diesem Zusammenhang auch interessant: Was sagt eigentlich Luhmanns Zettelkasten zu diesen Themen? Die Antwort darauf ist im „Bericht aus dem Zettelkasten“ zu finden. Spannendes aus der deutschen Katastrophenforschung findet ihr in einem Interview mit der Katastrophenforschungsstelle in Berlin.

Zudem gibt es natürlich die neuesten Informationen aus der Hochschulpolitik, Kommentare zu aktuellen Entwicklungen und das traditionelle „Autopoesiealbum“, in dem sich Lehrende der Fakultät präsentieren. Dieses Mal haben wir Andreas Pöge darum gebeten, unsere Fragen zu beantworten.

Wir möchten an dieser Stelle auch schon einmal für unseren Call for Papers werben: Die nächste Ausgabe widmet sich dem Thema „Klassenkampf?!“. Wer nun irritiert ist oder denkt, dass hierzu bereits alles verhandelt wurde, dem sei ein Blick auf unseren Call for Papers angeraten. Dort finden sich zahlreiche Anregungen, denn das Thema führt viele spannende und auch aktuelle Fragen mit sich.

Wer außerdem Lust hat, uns bei der kommenden Ausgabe auch redaktionell zu unterstützen, kann sich gerne bei uns melden – redaktionelle Vorerfahrungen sind nicht nötig. Alles was ihr braucht, lernt ihr bei uns.

Wir wünschen euch jetzt erst einmal viel Spaß mit der aktuellen Ausgabe und freuen uns auf eure Zusendungen zum nächsten Heft!

Die Redaktion.

**Gendering:*

In der sozusagen wird es jedem Autor und jeder Autorin selbst überlassen, ob und in welcher Form er oder sie seine oder ihre Sprache gern ändern möchte. Aus diesem Grund werdet ihr auf den folgenden Seiten keine einheitliche Form finden.

Inhalt

News

- **Nachrichten aus der Fakultät**
von *Sophia Cramer & Lukas Daubner*6

Hochschulpolitik

- **Krisengeschüttelt etwas anders**
Bericht zur Lage der Bielefelder Soziologie
von *Sophia Cramer & Lukas Daubner*8
- **Zur Situation der Fakultät**
Kommentar von
Sophia Cramer & Lukas Daubner10
- **Die Noten an deutschen Universitäten werden immer besser**
Kolumne von *Rainald Manthe*11
- **Modell Sprachschule**
Die Effekte der neuen Mode der
Kompetenzorientierung an den Hochschulen
Gastbeitrag von *Stefan Kühl*12

Auflockerndes

- **Prahlen mit Zahlen**15
- **Karikaturen**
von *Magdalena Aue & Tobias Conradi*16

Essays

- **Die gescheiterte Apokalypse**
Wie man den Weltuntergang vorhersagt und
den Irrtum übersteht – eine Anleitung
von *Alexander Engemann*17
- **Krisen, geschüttelt**
Gastbeitrag von *Dirk Bathen*21
- **Street Art als Krise der verwalteten Stadt**
von *Simon Schaupp*22
- **Den Krieg sortieren**
Thesen zur Beobachtung von Kriegen
von *Sophia Stockmann*40

Berichte

- **Krisen und Katastrophen – Kein Thema für Niklas Luhmann?**
Bericht aus dem Zettelkasten
Gastbeitrag von *Johannes Schmidt*25
- **36. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie**
Ein Kongressbericht
von *Anja Jahnel & Jana Schäfer*28

Forschung

- **Wirtschaftskrise, Krisenkonstruktion oder Krieg**
Aktuelle Forschungsprojekte zu Krisen und
Katastrophen an der Fakultät für Soziologie
von *Sophia Cramer & Finn-Rasmus Bull*30

Interview

- **„Wenn man über Katastrophen nachdenkt, dann sind das immer soziale Katastrophen.“**
Interview mit *Daniel F. Lorenz*33

Tutorium

- **Die Eurokrise und die Kategorisierungen des Sozialen**
Gastbeitrag von *Barbara Kuchler*37

Autopoesiealbum

- **Andreas Pöge**42

Soziologisches Duett

- **Wozu und wie Krisen und Katastrophen soziologisch erforschen?**
Hendrik Vollmer und Sven Kette antworten44

Autopoetisches

- **Apokalypsen und andere Katastrophen**
Gedichte von *Tobias Hauffe*46

Rezension

- **Leseempfehlung**
■ Die Kunst des professionellen Schreibens
von *Alexander Engemann*47
- **Impressum**39
- **Leserbriefe**7

Zeitschrift für Soziologie

Zfs

Herausgegeben von der Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie

Jahrgang 42, Heft 1, Februar 2013

Inhalt

Editorial 2013

Sozialstruktur

Symbolische Grenzziehungen und subjektorientierte Sozialstrukturanalyse

Patrick Sachweh

Elternschaft

Väter mit Elterngeldbezug: Nichts als ökonomisches Kalkül?

Heike Trappe

Keine Zeit für Kinder? Veränderungen in der Kinderbetreuungszeit von Eltern in Deutschland und Österreich

Caroline Berghammer

Arbeitsmarkt

Determinants of Success in University Careers: Findings from the German Academic Labor Market
Erfolgsfaktoren in der Wissenschaft – Ergebnisse aus einer Habilitiertenbefragung an deutschen Universitäten

Monika Jungbauer-Gans & Christiane Gross

Mitteilungen

Tagungsbericht: "New Developments in Signaling Theory. Model Building, Applications, and Empirical Corroborations". Ascona, October 14-19, 2012

Announcement for the International Conference on Social Dilemmas (ICSD)

FuturICT taking the next step to address 21st Century Challenges



Lucius & Lucius Verlagsges. mbH, Gerokstraße 51, D-70184 Stuttgart, Tel. 07 11/242060, Fax 0711/242088, E-Mail: lucius@luciusverlag.com, <http://www.luciusverlag.com>. **Redaktion:** Zeitschrift für Soziologie, Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Postfach 100 131, D-33501 Bielefeld. E-Mail: zfs@uni-bielefeld.de. **Erscheinungsweise** jährl. 1 Band/6 Hefte. **Bezugspreise (2013):** 134,- € (Institutionen/Bibliotheken), für private Bezieher 86,- €, Studenten gegen Vorlage der Studienbescheinigung 43,- €, (jew. zzgl. Versandkosten 9,- €, (Inland), 13,- € (Ausland). Einzelheft 26,- € zzgl. Versandkosten (unverbindl. empf. Preise). Zusätzlicher Online-Zugang 15,- € (pro Jahr; nur in Kombination mit Print-Abo).

Bestellungen richten Sie bitte an lucius@brocom.de

www.zfs-online.org
www.luciusverlag.com

LUCIUS
& LUCIUS



Stuttgart

NACHRICHTEN AUS DER FAKULTÄT

Highlights

- **Zum Ende des Jahres 2012 musste das Institut für Wissenschafts- und Technikforschung (IWT) seinen Betrieb einstellen.**
- **Master-Reform Soziologie: Der neue Master ist im WS 12/13 angelaufen, dennoch nicht alle Verbesserungsvorschläge eingearbeitet.**
- **Panne: Internationale Studierende können nicht alle Veranstaltungen im Soziologie-Master auf Englisch besuchen**
- **Kein CHE-Ranking mehr für die soziologische Fakultät in Bielefeld bis die Erhebungsmethode verbessert ist.**

Hochschulpolitik

Neuzugänge

Viele kennen Tomke König vielleicht schon. Sie war bisher die Vertretungsprofessorin für Ursula Müller im Bereich sozialwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung. Seit diesem Wintersemester ist sie auf die Professur Geschlechtersoziologie berufen. Frau Königs unter anderem durch die kritische Theorie geprägter Hintergrund wird das Spektrum der Lehre sicherlich bereichern. Die sozusagen wünscht alles Gute!

Verluste

Sowohl für den Vorstand als auch für das Dekanat kam die Nachricht überraschend: Zum Ende des Jahres 2012 musste das Institut für Wissenschafts- und Technikforschung (IWT) seinen Betrieb einstellen. Schon seit langem rumorte es dort. Dreimal konnte die Professur Wissenssoziologie nicht besetzt werden, da das Rektorat und der IWT-Vorstand sich nicht auf einen Kandidaten einigen konnten. Wie es mit dem IWT und seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen weitergeht, wird momentan

beraten. Warum das Rektorat aber letzten Endes diese drastische Entscheidung getroffen hat, können wir nicht ergründen.

Studiengänge

Master Soziologie

Nachdem wir schon in den letzten beiden Ausgaben über die Reform des Masters berichtet hatten und auch verkündeten, dass dieser im Wintersemester 2012/13 anläuft, können wir freudig berichten: ja, die erste Kohorte ist eingeschrieben und es scheint bisher keine großartigen Schwierigkeiten zu geben. Das Besondere an der neuen Studienordnung ist die maximal hohe Wahlfreiheit der Seminare und die Abkehr von einer hohen Prüfungsdichte. Die sozusagen beglückwünscht die Fakultät zur Umsetzung dieses neuen Master-Modells. Studierende des alten Masters Soziologie, die sich umschreiben wollen, können sich auf der Homepage des Prüfungsamtes und in den Sprechstunden desselben über die nötigen Schritte informieren.

Lob am Konzept im Wettbewerb „Unigestalten“

Das Master-Konzept gewann zwar nicht den im Wettbewerb „Unigestalten“ ausgelobten Preis, wurde aber in einer Publikation des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und der Jungen Akademie besonders gewürdigt. Das in einer Reihe von Workshops von Studierenden der Fachschaften und Vertreter_innen der Lehrenden erarbeitete Konzept wurde besonders für seine Wahl- und gleichzeitigen Profilbildungsmöglichkeiten in den Forschungsschwerpunkten gelobt. Es stärkte so die Verknüpfung von Forschung und Lehre.

Ein Wermutstropfen bleibt...

Leider, und das ist sehr ärgerlich, sind einige Verbesserungsvorschläge, die seitens der Studierendenvertreter_innen kurz vor Verab-

schiedung eingereicht wurden, von der Fakultätskonferenz nicht berücksichtigt worden. Die Vorschläge bezogen sich auf die Integration auch nicht-fachlicher Veranstaltungen wie Sprachkurse, auf eine Pluralisierung der Prüfungsformen neben der einzig vorgesehenen Hausarbeit und auf die Anrechnung der Lehrforschung aus der alten Studienordnung als große Lehrforschung beim Wechsel in die neue Studienordnung. Für die Zukunft erhoffen sich die Studierendenvertreter_innen, dass ein konstruktiver Dialog mit den Verantwortlichen möglich sein wird.

M.A. Politische Kommunikation

Schon seit einigen Jahren war die Zukunft des Masters Politische Kommunikation unsicher. Dringlicher wurde die Frage, wie es mit PolKomm weitergeht, mit der Emeritierung von Klaus Peter Japp. Soll der relativ kleine Master in den neuen Master Soziologie integriert werden? Oder möchte und kann sich die Fakultät diesen speziellen Master erhalten? Auf der Fakultätskonferenz am 17.10.2012 wurde beschlossen: PolKomm bleibt. Der Master wird jetzt vom Studiengangsbeauftragten Boris Holzer und dessen Mitarbeiter Jan Fuhse an die neue Situation angepasst und trägt somit hoffentlich zu einem attraktiven Lehrangebot an der Fakultät bei.

International in Bielefeld

Bei der diesjährigen Zulassung von Studierenden in den MA-Soziologie ist augenscheinlich eine Panne geschehen: Obwohl sie nicht oder kaum Deutsch können, sind einige international Studierende zugelassen worden. Diese stehen jetzt vor dem Problem, dass sie im Rahmen des International Tracks nur ca. 70% der Veranstaltungen auf Englisch absolvieren können. Grund für dieses Problem scheint mangelnde Kommunikation zwischen den für die Zulassung zuständigen Stellen zu sein. Zudem war das Informationsmaterial auf der Homepage der Fakultät und des International Office

irreführend. Es bleibt zu hoffen, dass so eine Situation nicht wieder eintritt. Zweifel bleiben allerdings: die Situation verschärft sich dadurch, dass die bisherige Koordinationsstelle ab 2013 eingespart wird.

DGS-Kongress

"Vielfalt & Zusammenhalt"

Alle (zwei) Jahre wieder: Der Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) fand im Oktober in Bochum und Dortmund statt. Die 36. Auflage des Kongresses stand unter dem Motto „Vielfalt und Zusammenhalt“. Vom 1. bis zum 5. Oktober diskutierten die über 2000 Soziologinnen und Soziologen die Gesellschaft und ihre vielfältigen Facetten. Ein Erfahrungsbericht von Bielefelder Studierenden findet ihr auf den Seiten 28 & 29.

Auszeichnung

Auf dem DGS-Kongress wurde der lange in Bielefeld lehrende Professor Dr. Franz-Xaver Kaufmann für sein herausragendes wissenschaftliches Lebenswerk ausgezeichnet. Kaufmann, der von 1969 bis 1997 Professor an unserer Fakultät war, hat diese mitbegründet und durch sein

Wirken geprägt.

CHE-Ranking

Wissenschaftliche Evaluation Ja - CHE-Ranking Nein

Seit diesem Semester beteiligt sich auch unsere Fakultät an dem Moratorium des CHE-Rankings. Das bedeutet, dass die Teilnahme an dem Ranking solange ausgesetzt wird, bis das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) seine Methodik sinnvoll überarbeitet hat. Diese Maßnahme hatte die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) allen soziologischen universitären Einrichtungen empfohlen. Die diesbezüglichen Stellungnahmen der DGS und des CHE finden sich auf deren jeweiligen Homepages.

Doch worum geht es? Das Ranking wird schon länger für seine mangelhafte Methodik kritisiert. Die Aussagen sehr weniger Studierender und Lehrender werden verallgemeinert und von insgesamt mindestens 18 Indikatoren werden in der Printversion nur 5 bis 6 angezeigt. Auch die Operationalisierung der Indikatoren ist bisweilen fragwürdig. Die Publikationsleistung und -qualität einer Fakultät wird beispielsweise quantitativ

durch Anzahl der Publikationen und deren Gewichtung nach Seitenlänge ermittelt; die Art der Publikation ist völlig unerheblich. In der Darstellung trägt das Ampelsystem zusätzlich zur Vereinfachung bei. So verschleiert es die Dürftigkeit der Datenbasis, sowie die methodischen Mängel und führt in die Irre. Grün signalisiert super gut und exzellent; rot bis 2011 letztes Loch, geht da nicht hin. Auf den letzten Kritikpunkt hatte das CHE 'innovativ' reagiert: es werden nicht mehr die Ampelfarben Grün, Gelb, Rot verwendet, sondern Grün, Gelb, Blau. Ob das aber etwas an der Signalwirkung ändert?

Aus diesen Gründen soll das bei Schülerinnen, Schülern und Studierenden sowie deren Eltern, allseits beliebte Ranking des CHEs - bis Besserung in Sicht ist - boykottiert werden. Die DGS hat das geschickt - und im Prinzip ganz im Einklang mit der Funktionsweise des Rankings - eingefädelt: Auf deren Website ist einsehbar, welche Unis und Fakultäten sich schon am Moratorium des CHE-Rankings beteiligen. Auf diese Weise steigt der Druck auf die noch verbliebenen sich mit dem Thema eingehend zu beschäftigen und Stellung dazu zu beziehen.

Sophia Cramer & Lukas Daubner

Leserbriefe

LESERMEINUNGEN

Vielen Dank für die positiven Rückmeldungen zur letzten Ausgabe! Besonders gefreut haben wir uns über Ihre und Eure zahlreichen Kommentare zum Namenskonzept-Artikel und dem Poster mit unserem „Alternativvorschlag“ (einige gedruckte Ausgaben gibt es immer noch in den Fachschaften und im Praktikumsbüro). Überrascht waren wir über einen Leserbrief aus den Niederlanden, der zudem sehr interessant ist, da er einen klugen Hinweis in Bezug auf den Umgang mit Namenskonzepten enthält: Man kann sie einfach ignorieren! (Mehr zum Bielefelder Namenskonzept gibt es auch auf unserem Blog: sozusagen-blog.wordpress.com)

Wir freuen uns immer über kritische und positive Rückmeldungen bezüglich der Artikel in der sozusagen – ob als Mail oder per Post – und drucken diese (bei Genehmigung) zukünftig in dieser Kategorie ab.

Hallo Herr Grothe-Hammer,

letzte Woche waren wir auf ‚Forschungsferien‘ in der Studiermaschine von Bielefeld. Jedes Jahr machen wir das zweimal um in aller Ruhe schreiben zu können. In der Kantine haben wir ein Exemplar von sozusagen mitgenommen – wirklich ein sehr tolles und interessantes Magazin! Mit vielem Vergnügen haben wir Ihren Beitrag Teuer, peinlich, undurchdacht über das Namenskonzept für den Campus Bielefeld gelesen. Interessanterweise hat sich auch auf unserer Universitätscampus (Universität Twente in Enschede) so eine Debatte gegeben mit neuen Gebäudenamen zur Folge (Siehe:<http://www.utwente.nl/download/plattegrond.pdf>). Fast zehn Jahre nach der Namensänderung benutzen viele Leute noch immer die alten Namen der Gebäude... In jedem Fall haben wir uns sehr gefreut auf Ihre Analyse und dabei auch einige neue tolle Wörter gelernt, wie ‚verschaukeln‘ und ‚Gerüchteküche‘.

Viele Grüsse aus den Niederlanden,
Peter Timmerman & Gert-Jan Hospers

KRISENGESCHÜTTELT ETWAS ANDERS

Bericht zur Lage der Bielefelder Soziologie

In den letzten Monaten häuften sich die negativen Nachrichten, die die Fakultät für Soziologie betreffen. Das Institut für Wissenschafts- und Technikforschung (IWT) wird vom Rektorat geschlossen, der Haushalt des Instituts für Weltgesellschaft (IW) um 50% vom Dekanat gekürzt. Das sind nur zwei prägnante Beispiele einer Entwicklung, an deren Ende die Fakultät deutlich an inhaltlicher Vielfalt eingebüßt haben könnte. Dieser Beitrag versucht, die wichtigsten Entwicklungen zusammenzufassen und dabei sowohl die Rolle der Fakultät, als auch die des Rektorats zu berücksichtigen.

Seit einigen Semestern hat die Fakultät mit einem strukturellen Haushaltsdefizit im hohen sechsstelligen Bereich zu kämpfen. Das schränkt ihren Handlungsspielraum stark ein. Neue Mitarbeiter/innenstellen, die beispielsweise in Bereichen wie Soziologische Theorien, Methoden oder Mediensoziologie helfen könnten, den hohen Studierendenansturm durch ein größeres Lehrangebot zu bewältigen, können nicht eingerichtet werden. Im Gegenteil ist die Neubesetzung von frei werdenden Stellen jeweils für ein Semester gesperrt, um so Kosten einzusparen. Wo immer möglich werden Kürzungen vorgenommen, so zum Beispiel am Topf der Forschungsfördergelder der Forschungskommission, am Institut für Weltgesellschaft oder an der Stelle für Internationalisierung. Stand hier bisher eine 50% Stelle für eine/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in zur Verfügung, wird es künftig

Seit einigen Semestern hat die Fakultät mit einem strukturellen Haushaltsdefizit im hohen sechsstelligen Bereich zu kämpfen.

nur noch eine Hilfskraftstelle geben. Durch die Emeritierung Jörg Bergmanns ist die Professur für qualitative Methoden frei geworden. Ehemals als W3-Stelle ausgewiesen, wird sie nun nur noch als W2-Professur besetzt. Die allgemeine Stellenpolitik der Fakultät vor allem zur Gewährleistung der Lehre folgt dem allgemeinen Trend, befristete Verträge (teilweise nur für ein Jahr) mit einem hohen Lehrdeputat von bis zu 13 Semesterwochenstunden (SWS) anzubieten, in denen Forschung nicht mehr vorgesehen ist. Das ist deutlich günstiger als beispielsweise eine Mitarbeiterstelle an einem Lehrstuhl mit einem Deputat von vier SWS. Durch große Drittmittelprojekte, d.h. mit Finanzierung z.B. durch die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG), wie dem Sonderforschungsbereich „Von Heterogenitäten zu Ungleichheiten“ nehmen hingegen die Projektstellen ohne Lehrverpflichtung zu. Die Fakultät leistet zusätzlich einen Beitrag zum SFB durch die Bereitstellung von Sachmitteln und Personal, der nicht vollständig durch die Mittel der DFG gedeckt ist und so einen Teil zum oben genannten Haushaltsdefizit beiträgt. Eine potentielle Verschlechterung der Haushaltssituation kann aus den bevorstehenden doppelten Abiturjahrgängen resultieren. Die Fakultät wird zum Wintersemester 2013/14 deutlich mehr Studierende aufnehmen müssen. Ob die von der Landesregierung NRW zusätzlich bereitgestellten Mittel für kompensierende Stellen ausreichen werden, ist noch nicht abzusehen.

Doch nicht nur das strukturelle Haushaltsdefizit schränkt den Handlungsspielraum der Fakultät ein. Hinzu kommen Uneinigkeiten zwischen ihren Mitgliedern. Zum Beispiel gab es immer Stimmen, die die Relevanz des in Deutschland einmaligen Instituts für Weltgesellschaft bezweifelten. Dass dessen Mittel nun um 50% gekürzt wurden, ist eine Folge davon.

Ein anderes Beispiel sind Bestrebungen von Mitgliedern des SFBs, diesen als zentrale wissenschaftliche Einrichtung zu etablieren und damit dem Zugriff der Fakultät zu entziehen. Eindrucksvoll zeigten sich diese Uneinigkeiten auch an den Auseinandersetzungen zur Neubesetzung der Professur für Wissenschaftssoziologie (ehemals prominent besetzt von Peter Weingart). Zwei Berufungskommissionen für eine W3-Professur scheiterten, da im ersten Fall das Rektorat die vorgeschlagenen KandidatInnen nicht akzeptierte und man sich im zweiten Fall nicht auf eine/n Kandidat/in einigen konnte. In einer dritten Berufungskommission, diesmal nur für eine Juniorprofessur, konnte sich die Fakultät noch immer nicht auf eine Berufungsliste einigen. Das nahm das Rektorat im letzten Quartal des Jahres 2012 zum Anlass, nicht nur die für die Fakultät ehemals wichtige Professur zu streichen, sondern das IWT, an dem die Professur angesiedelt war, gleich ganz zu schließen. Die daran angeschlossenen Professuren Hochschulforschung und Technikfolgenabschätzung bleiben mit künftig neuer Denomination erhalten. Alle sonstigen Stellen für wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Stellen laufen aber, teilweise mit Wirkung zu diesem Jahresbeginn, aus oder sind mit einem Sperrvermerk belegt, d.h. sie können mit Auslaufen der Verträge nicht neu besetzt werden.

Die Streichung der Professur für Wissenschaftssoziologie und die Schließung des IWTs erzeugt den Eindruck, dass die Fakultät die Unterstützung des Rektorats verliert.¹ Das war in der Zeit der Vorbereitung der Anträge im Rahmen der zweiten

Ehemals als W3-Stelle ausgewiesen, wird sie nun nur noch als W2-Professur besetzt.

Ausschreibung der Exzellenzinitiative noch anders. Das IWT galt als zentraler Bestandteil des von der Universität eingereichten Zukunftskonzepts. Zudem war die Fakultät für Soziologie gemeinsam mit der Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie mit dem Cluster-Antrag „Communicating Comparisons“ beteiligt. Ohne die Unterstützung des Rektorats wäre das nicht möglich gewesen, da es als Repräsentant der Universität die Anträge zum einen einreicht und zum anderen finanzielle und beratende Unterstützung bietet. Die Vorbereitungen für den Cluster-Antrag wurden begleitet von vielfältigen Überlegungen zur zukünftigen inhaltlichen Ausrichtung der Fakultät. Man vergewaltigte sich seine thematischen Stärken und entwickelte Pläne für die Einrichtung von Forschungsbereichen, wie Finanzsoziologie, Soziologie der Weltgesellschaft oder Soziologie der Menschenrechte – Bereiche, die anderswo, zumindest in der deutschen Soziologie, nur schwer zu finden sind. Das Zukunftskonzept der Universität scheiterte bereits nach der Vorantragsphase. Für das Cluster sollte ein Hauptantrag gestellt werden. Auch wenn die Rückmeldungen der Gutachter von DFG und Wissen-

Das IWT galt als zentraler Bestandteil des von der Universität eingereichten Zukunftskonzepts.

schaftsrat insgesamt sehr positiv waren, wurde der Hauptantrag im Juni 2012 nicht bewilligt.² Neben der Schließung des IWTs in der Folge der gescheiterten Anträge in der Exzellenzinitiative plant das Rektorat, die Fakultät einer externen „Beratung“ durch englischsprachige Gutachter zu unterziehen. Auf diese Weise sollen „erfolgreiche“ von „weniger erfolgreichen“ Bereichen unterschieden und so weitere mögliche Kürzungspotentiale identifiziert werden.

Aber auch schon länger zurückliegende Maßnahmen des Rektorats wirken sich auf die Fakultäten insgesamt und damit auch auf die Soziologie aus. Die Kosten für die Einrichtung von 23 unbefristeten Verwaltungsstellen auf Rektoratsebene wurden auf die Fakultäten umgelegt und belasten so deren Haushalte. Ebenso sollen die Fakultäten künftig ihre Heizkosten, die bisher aus dem Haushalt des Rektorats

finanziert wurden, aus ihren eigenen Budgets bestreiten. Der schwierige Abstimmungsprozess zwischen Rektorat und Fakultät zur Reform des MA-Studiengangs für Soziologie zeigte zudem, wie wenig Freiraum der Fakultät in der Entwicklung eines fachlich und didaktisch angemessenen Studiengangs zugestanden wird.

Durch das Auslaufen der Forschungsförderung aus der Exzellenzinitiative im Jahr 2017 ist in den kommenden Jahren zudem mit weiteren, vor allem finanziell einschränkenden, Maßnahmen durch das Rektorat zu rechnen. Mit der Bewilligung des Clusters CITEC und der Graduateschool BGHS ist die Universität eine Nachhaltigkeitsverpflichtung eingegangen. Das bedeutet, dass sie verpflichtet ist, die mit den Mitteln aus der Exzellenzinitiative aufgebauten Strukturen, d.h. vor allem Stellen, zu erhalten. Diese werden absehbar nicht aus zusätzlichen Mittel von der Landesregierung finanziert werden. Das Rektorat muss also finanzielle Umverteilungsprozesse innerhalb der Universität, vor allem zugunsten des CITECs, vornehmen, das über ein vielfaches größeres Stellenkontingent verfügt, als die BGHS.



Illustration von Tobias Conradi

Unsere Vermutung ist, dass davon auch die Fakultät für Soziologie betroffen sein wird. Einen Hinweis darauf gibt bereits das oben genannte Rektoratsvorhaben, die Fakultät einer Beratung zu unterziehen. Zusammen mit dem vorhandenen strukturellen Haushaltsdefizit und den beobachtbaren Uneinigkeiten unter den Fakultätsmitgliedern erschwert diese Entwicklung den Spielraum der Fakultät für angemessene Entscheidungen zum Erhalt einer vielfältigen Lehre und Forschung.

Sophia Cramer & Lukas Daubner

[1] Die Unterstützung des Rektorats ist deshalb wichtig, weil das Rektorat durch das seit einigen Jahren wirksame Hochschulfreiheitsgesetz umfangreiche Entscheidungskompetenzen und Zugriffsmöglichkeiten auf die Fakultäten gewonnen hat. Fällt dessen Unterstützung in Form von Stellen- und Mittelzuweisungen weg, schränkt das die Arbeit der Fakultäten stark ein.

[2] Die Wiederanträge des Exzellenzclusters CITEC und der Graduate-School BGHS wurden bewilligt.

ZUR SITUATION DER FAKULTÄT

Ein Kommentar von Sophia Cramer & Lukas Daubner

Kommt man der Sonne zu nah, so der Mythos, ist der Absturz nicht fern. In unserem Fall ist die Sonne die Exzellenzinitiative des Bundes. Unsere Fakultät hätte sich zu gerne noch mehr im warmen Geldsegen gesonnt. Allerdings wurde der Antrag auf das Exzellenzcluster „Communicating Comparisons“ abgelehnt und der darauf folgende Fall – trotz der Weiterförderung der BGHS – scheint tief. Die Pläne waren ambitioniert. Neue – für Deutschland teilweise einmalige – Forschungsfelder sollten bearbeitet werden, die zusätzlichen Millionen versprochen die Haushaltsprobleme zu lindern.

Jetzt ist die Ablehnung des Clusters ein halbes Jahr her und die Ernüchterung in der Fakultät ist deutlich spürbar. Anstatt neue Stellen und Bereiche einzurichten, werden bestehende gestrichen. Und eine Verbesserung der finanziellen Situation ist auch nicht in Sicht – ganz im Gegenteil. Die Liste mit den Problemen, die die Fakultät für Soziologie plagen, ist lang. Einige sind selbst verschuldet, andere nicht. Aber nicht nur die Probleme sind vielfältig, auch die Vorzüge der Fakultät sind es: ein unvergleichliches vielfältiges Lehrangebot, größtenteils gut konzipierte Studiengänge und erfolgreiche Forschungsprogramme. Diese Vorzüge muss man bei der Betrachtung der Probleme im Hinterkopf behalten, will man nicht ein allzu düsteres Bild zeichnen.

Die größte Bedrohung geht derzeit von einem hohen strukturellen Defizit aus. Man möchte schon fordern, die Strategie großer Finanzinstitute zu übernehmen: einfach hoffen, dass man gerettet wird, wenn die Schuldenlast zu groß wird. Denn, was soll passieren? Kann eine Fakultät Pleite gehen?

Der momentane Umgang mit dem Defizit scheint auf jeden Fall nicht der bestmögliche. Es wird um jeden Euro gefeilscht, Kürzungsentscheidungen scheinen wahl- und konzeptlos. Gerade ist diese „Strategie“

beim Institut für Weltgesellschaft zu beobachten. Nicht mehr lange, und „Kaputtsparen“ ist eine adäquate Beschreibung der Situation. Eine der eindeutigen Stärken der Fakultät ist die Vielfalt der Forschung und Lehre. Durch die Beschneidung etwa der Weltgesellschaftsforschung, aber auch der Qualitativen Methoden, ist diese Vielfalt in Gefahr. Es braucht jetzt eine ausgewogene Strategie, um die benötigten Kürzungen nachhaltig zu gestalten. Zugegeben: die Handlungsspielräume sind klein. Kürzen um jeden Preis richtet aber mittel- und langfristig mehr Schaden an, als es zunächst Nutzen durch schnelle Einsparungen bringt.

Im Rektorat hat man augenscheinlich kein Problem damit, wenn die Fakultät kleiner wird. Auch einen drohenden Bedeutungsverlust scheint man dort verkraften zu können. Das wäre wohl bei einem Zuschlag für das Cluster anders gewesen. Das Rektorat kann oder will die finanzielle Lage der Fakultät jedenfalls nicht verbessern – wird das Geld doch für die „exzellenten“ Einrichtungen der Universität benötigt. Alleine für das CITEC müssen in den kommenden Jahren bis zu 40 Stellen aus andern Fakultäten abgezogen werden. Da bietet die Größe unserer Fakultät eine Menge Einsparungspotential. Die jetzt angestrebte externe „Beratung“ ist in diesem Zusammenhang an Absurdität kaum zu überbieten. Warum müssen die Berater_innen englischsprachig sein? Ist englischsprachige Expertise gewichtiger als etwa spanische? Und gibt es nicht Organisationssoziologinnen und Hochschulforscherinnen an der Fakultät? Warum werden diese nicht in die Diskussion mit einbezogen. Günstiger wäre deren Expertise allemal.

Ein anderer Punkt, der die Fakultät schwächt, ist die Uneinigkeit über verschiedenste wichtige Entscheidungen. Verschiedene Lager sind angesichts der Lage nicht bereit, Grabenkämpfe zu überwinden, um nach außen hin geschlossen mit ge-

meinsamen Zielen aufzutreten. Was die Folgen von diesem Verhalten sind, ist am Fall des IWT zu beobachten. Unter anderem die Querelen in drei Berufungskommissionen zur Wiederbesetzung der Professur für Wissenschaftssoziologie haben zu deren Streichung geführt. Der letzte Höhepunkt in Sachen fakultärer Streitigkeiten, war der Versuch des SFBs, sich der Kontrolle der Fakultät zu entziehen – Solidarität, vor allem in einer schwierigen Situation, sieht anders aus. Offene Streitigkeiten öffnen Tür und Tor für externe Ein- und Angriffe. Allerdings soll unser Plädoyer für Geschlossenheit nicht falsch verstanden werden. Die Fakultätsleitung darf die Notwendigkeit des Zusammenhalts jetzt nicht für ihre Zwecke missbrauchen und mit diesem Argument jede Kritik an ihrem Handeln zurückweisen.

Einzelne Lehrende scheinen die Zeichen der Zeit bereits erkannt zu haben und nehmen Angebote aus anderen Universitäten an oder halten nach diesen zumindest Ausschau. Es bleibt zu hoffen, dass das nicht virulent wird. Denn rufen wir uns die oben erwähnten Stärken hervor, gibt es viel Potential, weiterhin auch sehr gute Soziologie in Bielefeld zu betreiben.

Verschlechtern sich aber Umfang und Qualität der Forschung an der Fakultät, ist anzunehmen, dass darunter auch die Lehre leiden wird: weniger Vielfalt bei der Kurswahl, weniger spannende Themen, Lehrende mit prekären Verträgen.

Der Fakultät stehen schwere Zeiten bevor. Ob sie ihren bisherigen Stellenwert dabei behalten wird, ist zumindest fraglich. Wie auch immer, muss zumindest offen und offensiv über verschiedene Zukunftsszenarien diskutiert und beraten werden. So kann eine von allen Fakultätsmitgliedern unterstützte Position entwickelt werden, die man auch standhaft nach außen, z.B. in kommenden Kürzungsverhandlungen mit dem Rektorat, vertreten kann! ■

DIE NOTEN AN DEUTSCHEN UNIVERSITÄTEN WERDEN IMMER BESSER

Die Kolumne von Rainald Manthe

Der Wissenschaftsrat bemängelt in einer neuen Studie, dass deutsche Hochschulen zu viele gute Noten vergeben. Unternehmen könnten die Leistungen von Absolventen nicht mehr objektiv vergleichen. Doch das Problem liegt woanders.

Berlin. Das alte Lamento: Es verändert sich etwas, und das ist nicht gut. Die Noten an deutschen Hochschulen, hat der Wissenschaftsrat herausgefunden, sind in den letzten Jahren immer besser geworden. Vor allem im oberen Notenspektrum werden zu viele Noten vergeben. Eine „Aufweichung der Bewertungsstandards“ und eine „schleichende Noteninflation“ werden konstatiert. Auch bemerkt der Wissenschaftsrat, scheinbar von sich selbst überrascht, unterschiedliche Traditionen der Notenvergabe in den verschiedenen Fachkulturen. Als wäre es völlig neu, dass Juristen seltener sehr gute Noten vergeben als Erziehungswissenschaftler. Dadurch seien die Noten für Arbeitgeber nicht mehr vergleich-

bar, die Notenvergabe in Deutschland nicht mehr objektiv.

Wie der Wissenschaftsrat darauf kommt, dass Noten jemals objektiv und vergleichbar waren, ist nicht klar. Warum sich dieser Zustand der Vergleichbarkeit und Objektivität (sic!) geändert haben soll, weil die Noten insgesamt besser geworden sind, ist allerdings völlig unverständlich. Unternehmen können sich ebenso daran orientieren, dass heute Absolventen eine 1,7 haben, die vor zehn Jahren eine 2,0 hatten.¹ Eine Verschiebung nach oben ist nur eine Verschiebung – keine Inflation.

Bezeichnend ist auch, dass ein Faktor gar nicht in Betracht gezogen wird: Dass sich die Ausbildungsbedingungen an den Universitäten so verbessert haben könnten, dass es den Studierenden möglich wird, besser abzuschneiden. Das wundert umso mehr, als der Wissenschaftsrat vor allem die unterschiedliche Notenvergabe an verschiedenen Hochschulen im selben Fach bemängelt.

Mit so etwas rechnet man – zu Recht – nicht (mehr). Das Abendland ist schon beinahe untergegangen, es bleibt nur noch der Appell an die öffentliche Moral.

Die wahren Probleme liegen woanders – und zwar bei den Studierenden: Nur sehr gute Noten ermöglichen oft den Übergang in den gewünschten Masterstudiengang. Durch das frühe Erlernen der Selbstausbeutung bereits im Bachelorstudiengang – früher begann man damit erst mit dem Eintritt ins Arbeitsleben – wird um jede Nachkommastelle für die Abschlussnote gekämpft. Dies beginnt bereits im ersten Semester, welches keineswegs zur Orientierung dient: Studierende sind sich sehr bewusst darüber, dass sie sich in jeder Veranstaltung, jeder Klausur und jeder Hausarbeit bewähren müssen, um weiter studieren zu können. Dadurch entstehen Konkurrenzsituationen, die es so bis vor ein paar Jahren noch nicht gab: Die Studierenden helfen sich kaum noch gegenseitig. Das kann man als Marginalie verbuchen – oder fragen: Zu was für einer Gesellschaft werden wir dadurch?

[1] Liest man die vielen Artikel in Wirtschaftsblättern zur Frage, was Unternehmen an Absolventen interessiert, so wird unisono darauf verwiesen, dass dies sowieso nicht Noten seien, sondern „soft skills“, Auslandserfahrung, Engagement und sonstige Dinge, die die Bewerber von anderen abheben.



Aaron Murphy 'abfmedia' / sxc.hu

Rainald Manthe ist der Berlinkorrespondent der sozusagen. Er hat Soziologie studiert und schreibt für die sozusagen über die ewige Wiederkehr des Unterganges des Abendlandes.

MODELL SPRACHSCHULE

Die Effekte der neuen Mode der Kompetenzorientierung an den Hochschulen

Ein Gastbeitrag von Stefan Kühl

Kompetenzorientierung ist das neue Schlagwort an den Universitäten und Fachhochschulen. Bildungsplaner plädieren dafür, dass man sich bei der Gestaltung von Studiengängen zuerst darüber Gedanken machen sollte, welche Kompetenzen während eines Studiums erworben werden sollen und erst dann daraus ableiten sollte, welche Inhalte Studierenden vermittelt werden müssen. Bei Akkreditierungen von Studiengängen wird inzwischen gefordert, dass nicht nur für jeden einzelnen Studiengang, sondern für jedes einzelne Modul detailliert beschrieben werden soll, welche Kompetenzen dort erworben werden sollten.

Wie bei allen wohlklingenden Schlagworten – man denke nur an Innovationsfähigkeit oder Flexibilitätsorientierung – werden auch bei dem Schlagwort Kompetenzorientierung kritische Anfragen entmutigt, weil es sich bei all diesen Begriffen um allgemein geteilte Werte handelt. Man kann sich schließlich als Professor schlecht für eine Inkompetenzorientierung an den Hochschulen aussprechen. Und es ließe sich auch schwerlich begründen, weswegen es ein Misserfolg sein soll, wenn Studierende am Ende ihres Studiums Kompetenzen erworben haben. Das Problem liegt also nicht so sehr im Wort Kompetenz, sondern vielmehr an dem Bildungsideal, das zurzeit mit dem Begriff der Kompetenzorientierung verkauft wird.¹

Das Problem liegt also nicht so sehr im Wort Kompetenz, sondern vielmehr an dem Bildungsideal, das zurzeit mit dem Begriff der Kompetenzorientierung verkauft wird.

Die Vision einer Kompetenzkaskade

Die Idee des unter dem Begriff der Kompetenzorientierung propagierten Bildungsideals ist, dass man sich grundlegend darüber Gedanken machen sollte, welche Kompetenzen in welcher Lernphase eines Lebens erworben werden sollen. Mit viel Pathos wird ein grundlegender Paradigmenwechsel von einer Input- zu einer Outputorientierung verkündet. Statt sich wie bisher primär Gedanken darüber zu machen, welche Inhalte Studierende lernen, welche Theorien und Methoden sie kennen oder welche schriftlichen und mündlichen Präsentationsformen sie nutzen sollen, müsse man definieren, welche Fach-, Sozial- und Selbstkompetenzen Studierende am Ende zu beherrschen haben.² Dabei gibt es keinen Masterplan zur Umsetzung dieses Paradigmenwechsels, sondern mehrere Initiativen von Bildungspolitikern und Bildungsplanern greifen – manchmal eher zufällig – ineinander.

Im Rahmen der internationalen Harmonisierung der Bildungsabschlüsse hat die europäische Kommission einen sogenannten Europäischen Qualifikationsrahmen entwickeln lassen, in dem von der Vorschule bis zur Promotion definiert wird, welche Kompetenzen man sich auf jeder Qualifikationsstufe aneignen hat. Während es auf der Niveaustufe eins um Kompetenzen zur „Erfüllung einfacher Anforderungen“ geht, soll es auf der Niveaustufe fünf um Kompetenzen zur „Erfüllung einfacher Anforderungen in einem überschaubaren und stabil strukturierten Lern- und Arbeitsbereich“ gehen. Auf Niveaustufe sechs – dem Bachelor-niveau – geht es dann um „Kompetenzen zur Planung, Bearbeitung und Auswertung von umfassenden Aufgaben- und Problemsteuerungen“ in Teilbereichen eines wissenschaftlichen Faches, während auf der Niveaustufe sieben – dem Masterniveau

– diese Kompetenzen für ein wissenschaftliches Fach oder für ein Berufsfeld erlernt werden.³

Dieser Europäische Qualifikationsrahmen wird von den beteiligten Ländern seit einigen Jahren in Nationale Qualifikationsrahmen heruntergebrochen. Natürlich schreibt man auch hier, wie schon beim Europäischen Qualifikationsrahmen, wieder gerne das Adjektiv, das die regionalen Grenzen des Qualifikationsrahmens bezeichnet, mit einem Großbuchstaben, um den Konzepten eine entsprechende Bedeutung zu geben. Die Vorstellung ist, dass durch diese nationalen Qualifikationsrahmen – oder besser Nationalen Qualifikationsrahmen – die abstrakten Kompetenzbestimmungen, auf die man sich auf europäischer Ebene geeinigt hat, mit konkreten nationalen Bildungsabschlüssen verknüpft werden. Das deutsche Abitur – so die Vorstellung – soll dann beispielsweise der europäischen Niveaustufe fünf zugeordnet werden, und den Abiturienten soll damit europaweit ermöglicht werden, Studien oder Ausbildungen auf der Niveaustufe sechs zu beginnen.

Es reicht für die Gestaltung eines Studiengangs jedoch nicht aus, wenn beispielsweise allgemein für einen Bachelor definiert wird, dass Studierende über „breites und integriertes Wissen“ verfügen, ein „sehr breites Spektrum an Konzepten zur Bearbeitung komplexer Probleme“ beherrschen, in „Expertenteams

Man kann vergleichen, wie unterschiedlich erfolgreich Hochschulen in Spanien, Großbritannien und Deutschland dabei sind, Studierende auf eine einheitlich definierte Niveaustufe zu heben.

verantwortlich arbeiten können“ „Gruppen oder Organisationen verantwortlich leiten“ und „Ziele für Lern- und Arbeitsprozesse definieren, reflektieren und bewerten“ können.⁴ Die allgemeinen Formulierungen müssen – so die Vorstellung der Bildungsplaner – mittelfristig für jedes einzelne Studienfach verbindlich spezifiziert werden. Die dann von den Fachverbänden definierten Standards für einen Bachelor und Master sollen als Orientierungspunkt für die Gestaltung der jeweiligen Studiengänge an den einzelnen Hochschulen dienen.⁵

Damit aber nicht genug. Aus den Beschreibungen der Kompetenzen für jeden einzelnen Studiengang sollen dann die Kompetenzen abgeleitet werden, die die Studierenden in jedem einzelnen Modul erlangen. Statt die Studierenden mit den von den Lehrenden häufig beliebig gewählten Inhalten von Seminaren zu füttern, komme es darauf an, für jedes Modul vorab genaue Lernziele – „learning outcomes“ – zu definieren und die Seminare, Übungen und Vorlesungen, aber auch die Selbstlernphasen systematisch auf diese Ziele auszurichten. So sollen sich dann beispielsweise die in dreißig unterschiedlichen Modulen erworbenen verschiedenen Kompetenzen zu den vorher definierten Gesamtkompetenzen eines Bachelorabschlusses addieren.

An dieser Kompetenzkaskade wird an verschiedenen Stellen gearbeitet, sie stellt noch eine abstrakte Vision der Bildungsplaner dar.⁶ An der Definition von hochschulübergreifenden Kompetenzprofilen beispielsweise für ein Bachelorstudium der Biologie, der Soziologie oder der Romanistik wird bisher lediglich in Pilotprojekten gearbeitet. Die an den Universitäten und Fachhochschulen angefertigten Kompetenzbeschreibungen für Einzelmodule eines Studiengangs ergeben in ihrer Summe nicht unbedingt

genau die Kompetenzen, die in einem deutschen Qualifikationsrahmen für einen Studiengang vorgesehen sind. Aber es besteht die Hoffnung, dass sich die verschiedenen Initiativen zur Kompetenzorientierung in einer stringenten Form aufeinander beziehen lassen.

Sprachschulen als Leitbild der modernen Hochschule

Als Vorbild für eine solche Kompetenzkaskade scheint das Modell der Kompetenzvermittlung an Sprachschulen zu dienen.⁷ Für Sprachschulen – oder besser für Sprachvermittlung allgemein – ist unter Federführung des Europarates in den letzten Jahrzehnten ein umfassender Referenzrahmen erarbeitet worden. In diesem Referenzrahmen wird versucht, neben Kriterien für die linguistische Kompetenz – also dem Wissen über Grammatik, Aussprache und Orthographie – auch eindeutige Kriterien für soziolinguistische Kompetenzen bezüglich der Sprachverwendung und für pragmatische Kompetenzen bezüglich des Einsatzes der Sprache in der Praxis zu definieren. Auf dieser Basis werden dann verschiedene Niveaustufen festgelegt, die markieren, ob jemand über eine elementare, selbstständige oder kompetente Sprachverwendung verfügt. Die Niveaustufen werden im Rahmen des Referenzrahmens in weitere Unterstufen zerlegt, die Anforderungen auf jeder Stufe genau definiert und dann für jede Sprache bis auf die Anzahl der zu beherrschenden Vokabeln spezifiziert.

Durch diesen Referenzrahmen soll – so die Vorstellung von Bildungsplanern – eine zeitliche und inhaltliche Synchronisierung von Bildungsprozessen erreicht werden.⁸ Wenn man in einem Spanischkurs an seiner deutschen Sprachschule die Fähigkeit erworben hat, zum Beispiel mündlich einfache Beschreibungen von Menschen, Lebens- und Arbeitsbedingungen oder Alltagsroutinen anzufertigen und damit die Anforderungen für die Niveaustufe A1 und A2 des Europäischen Referenzrahmens erfüllt, soll man danach ein Blockseminar an einer spanischen Sprachschule erfüllen können, in dem man in den Niveaustufen B1 und B2 lernt, Sachverhalte klar und systematisch zu beschreiben, um

dann für den Erwerb der Niveaustufe C1 und C2 seine Studien an einer Sprachschule in Argentinien fortzusetzen.

Die Standardisierung bietet eine Vielzahl von Vergleichsmöglichkeiten. Man kann evaluieren, ob Sprachschüler in einer Sprachschule auf Malta genau das Gleiche Lernen wie in einer Realschule in Deutschland. Man kann vergleichen, wie unterschiedlich erfolgreich Hochschulen in Spanien, Großbritannien und Deutschland dabei sind, Studierende auf eine einheitlich definierte Niveaustufe zu heben. Man kann nachforschen, wie hoch jeweils der finanzielle Aufwand an den Unis in Bonn, Oxford und Madrid ist, um ihre Studierenden von der Niveaustufe sechs auf die Niveaustufe sieben zu bringen. Durch die Produktion einheitlicher Kompetenzkriterien werden dann nicht nur neue Vergleichs-, sondern auch bisher noch nicht genutzte Rationalisierungsmöglichkeiten geschaffen.

Das Technologiedefizit der Erziehung

In dem „Modell Sprachschule“ wird die Erziehung von Studierenden letztlich wie eine Technologie behandelt, die zur Erreichung vorher definierter Ziele – der Kompetenzen – eingesetzt wird. Genauso wie bei der Produktion eines Automobils definiert wird, was der Pkw am Ende kann, soll auch für Studierende über ein vorher genau zu erarbeitendes Kompetenzprofil festgelegt werden, wie die Studierenden am Ende aussehen sollen. Und ähnlich wie bei der Fertigung und Montage eines Fahrzeuges wird davon ausgegangen, dass es auch in der Erziehung Techniken gibt, mit denen Personen durch kalkulierbare Prozesse in ein vorher definiertes Bildungsprodukt umgeformt werden können.⁹ Letztlich werden Lernende wie Trivialmaschinen behandelt, die – wenn man die richtigen Inputs eingibt – die ge-

Letztlich werden Lernende wie Trivialmaschinen behandelt, die - wenn man die richtigen Inputs eingibt - die gewünschten (Kompetenz-)resultate liefern.

Es gibt keine Möglichkeiten festzustellen, wie viel Zeit vonnöten ist, um bei Studierenden eine vorher definierte Kompetenz zu produzieren.

wünschten (Kompetenz-)resultate liefern.¹⁰

Die Forschung hat jedoch gezeigt, dass Erziehung, ob nun in der Schule oder in der Hochschule, nicht nach einem solchen technologischen Verständnis funktioniert. Der eine Masterstudent erwirbt ein „umfassendes, detailliertes und spezialisiertes Wissen auf dem neuesten Stand in einem wissenschaftlichen Fach“, indem er in Pflichtveranstaltungen das Wissen häppchenweise vermittelt bekommt, der andere dadurch, dass er sich das Wissen in Bibliotheken selbstständig aneignet, und wiederum eine andere Studentin dadurch, dass sie in Cafés mit ihren Kommilitonen darüber diskutiert. Es gibt keine Möglichkeiten festzustellen, wie viel Zeit vonnöten ist, um bei Studierenden eine vorher definierte Kompetenz zu produzieren, und man kann auch nicht sicher davon ausgehen, dass die Addition von dreißig in Modulen erworbenen Einzelkompetenzen am Ende die übergreifend beschriebene Kompetenz eines Studiums ergibt.

Der Soziologe Niklas Luhmann und der Erziehungswissenschaftler Karl Eberhard Schorr bezeichnen diese Schwierigkeit, eine erfolgssichere Kausalverbindung zwischen einer Person in einer spezifischen Ausgangssituation – z.B. auf der Kompetenzstufe sechs – in einen gewünschten Endzustand – z.B. auf der Stufe sieben – umzuformen, als „Technologiedefizit.“¹¹ Lernprozesse lassen sich nicht, so die These, wie der Produktionsprozess eines Automobils in Form einer bewährten Technologie erfolgssicher gestalten.

Die Entkopplung von Lehrplanung und Lehre

Angesichts des Technologiedefizits könnte man die Beteiligung von Bildungsplanern, Fachvertretern und Wissenschaftspolitikern an der Konstruktion einer Kompetenzkaskade als eine „Beschäftigungstherapie für Technokraten“ bezeichnen, von der keine Auswirkung auf die praktische Bildung zu erwarten ist.¹² Man könnte die Bildungsbürokratien auf ministerieller, universitärer oder fakultärer Ebene an Kompetenzprofilen, Kompetenzmatrizen und Kompetenzkonzepten arbeiten lassen, wissend, dass solche Planungsvorstellungen

in den Lernprozessen der einzelnen Studierenden sowieso keine Spuren hinterlassen.

Das Aufsetzen von Projekten zur Kompetenzbestimmung, die Einrichtung von Stellen für Lerntechnokratie oder die Entsendung von Professoren in nationale oder internationale Kompetenzharmonisierungskommissionen kann für Universitäten und Fachhochschulen sehr wohl Sinn machen. Gerade gegenüber den Landesministerien stehen die Hochschulen unter Druck, Initiativen zur Verbesserung der Lehre nachzuweisen. Die über ein zeremonielles Bekenntnis hinausgehende Mitarbeit an den Kompetenzkaskaden kann als Signal an die Ministerien verstanden werden, dass man die Lehre an der Hochschule ernst nimmt. So wird der Politik gegenüber Legitimität produziert, ohne dass aber die Kerntätigkeiten in der Lehre davon berührt werden.

Der Effekt ist, dass die Lehrplanung und die Lehre voneinander entkoppelt werden. In der Planung der Lehre – also beispielsweise der Formulierung von Akkreditierungsanträgen oder der Beschreibung von Modulen – bedient man sich des modernen Kompetenzvokabulars und fabuliert über Anforderungsstrukturen, Beurteilungsfähigkeitskompetenzen, instrumentale und systemische Fertigkeiten, Führungsfähigkeitsunterschiede oder Niveauidikatoren. In der konkreten Lehre wurschtelt sich dann jeder Lehrende durch, experimentiert mit Texten und Lehrkonzepten herum und passt, je nach seinen Erfahrungen in Vorlesungen und Seminaren, die Erwartungen an. Für den konkreten Austausch über diese individuellen Erfahrungen und Erwartungen bleibt dann aber keine Kraft mehr, weil man bei den Sitzungen mit dem Ausfüllen der von oben erwartenden Kompetenzmatrizen beschäftigt ist.■

Literatur:

■DQR (2011): *Deutscher Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen*, verabschiedet vom Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen. Bonn: AK DQR am 22. März 2011.

■Dreeben, Robert (1970): *The Nature of Teaching: Schools and the Work of Teachers*. Glenview, Ill: Scott Foresman.

■Hilbert, Richard A. (1982): *Competency-Based Teacher Education Versus the Real World:*

Some Natural Limitations to Bureaucratic Reform. In: *Urban Education*, Jg. 16, S. 379-398.

■Hilbert, Richard A. (1987): *Bureaucracy as Belief, Rationalization as Repair*. Max Weber in a *Functionalist Age*. In: *Sociological Theory*, Jg. 5, S. 70-86.

■Höhne, Thomas (2010): *Im Sog der ökonomischen Globalisierung. Kompetenzorientierung als Rationalisierungsstrategie*. In: *Forschung & Lehre*, H. 12/2010, S. 870-872.

■Klieme, Eckhard et al. (2007): *Zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards. Expertise*. Berlin: BMBF.

■Luhmann, Niklas (2002): *Das Erziehungssystem der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

■Luhmann, Niklas; Karl Eberhard Schorr (1979): *Reflektionsprobleme im Erziehungssystem*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

■Luhmann, Niklas; Karl Eberhard Schorr (1982): *Das Technologiedefizit der Erziehung und die Pädagogik*. In: Luhmann, Niklas; Karl Eberhard Schorr (Hg.): *Zwischen Technologie und Selbstreferenz*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 11-40.

■Müller-Ruckwitt, Anne (2008): „Kompetenz“ *Bildungstheoretische Untersuchung zu einem aktuellen Begriff*. Würzburg: Ergon.

■Sidler, Fredy (2007): *Vom Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) zu Learning Outcomes (LO) eines Studiengangs*. Oldenburg: Präsentation auf dem Workshop zu Learning Outcomes an der Universität Oldenburg.

[1] In der Literatur der Bildungsplaner wird so getan, als wenn man genau wüsste, was mit Kompetenz gemeint ist. Inzwischen sind mehrere internationale Expertenkommissionen damit beschäftigt, sich auf ein einheitliches Verständnis von Kompetenz zu verständigen und diesen Begriff dann von anderen Begriffen wie Know-how, Fähigkeit, Qualifikation oder Lernziel abzugrenzen, und am Ende dieser Studien stehen regelmäßig mehrseitige Definitionen, die suggerieren, dass man jeweils weiß, wovon man spricht. Ob dabei jemals ein einheitliches Verständnis von Kompetenzorientierung erzielt wird, mag dahingestellt sein, wichtiger scheint zu sein, dass über diesen Begriff der Kompetenzorientierung versucht wird, ein bestimmtes Verständnis von Bildung an den Hochschulen zu etablieren. Gerade die von staatlichen Stellen in Auftrag gegebenen nationalen und internationalen Studien suggerieren, dass mit genauen Begriffen gearbeitet wird. Zu den Problemen bei den Definitionen siehe aber nur die Studie von Müller-Ruckwitt (2008).

[2] Dass man sich auch schon im vermeintlich veralteten Modell Gedanken über Lernziele – und damit auch über Kompetenzen – Gedanken gemacht hat, wird dabei gerne verschwiegen.

[3] Die Zitate stammen aus dem DQR (2011: 7ff.), in denen vielfach die Formulierungen des EQR übernommen wurden.

[4] So die Formulierung im „Deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen“ (DQR 2011: 12).

[5] Siehe zu solchen Vorstellungen zum Beispiel die Präsentation des Generalsekretärs der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz, Sidler 2007.

[6] Eine Vision, die aber in der Bildungsplanung schon viele Umsetzungsversuche gesehen hat. Siehe nur dazu den Versuch in den USA, eine Competency-Based Teacher Education (CBTE) zu entwickeln (dazu ausführlich Hilbert 1982 und überblicksartig Hilbert 1987).

[7] Welchen Einfluss die Arbeiten am „Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen

für Sprachen“ auf die Gestaltung des „Europäischen Qualifikationsrahmens“ gehabt haben, ist meines Wissens noch nicht untersucht worden. Siehe aber die Darstellung des Referenzrahmens in der Expertise für das BMBF zur „Entwicklung nationaler Bildungsstandards“ (Klieme et al. 2007).

[8] Siehe dazu Höhne 2010: 870.

[9] Siehe zur Bestimmung von Technologien Luhmann/Schorr 1979: 119 und Luhmann 1982: 14.

[10] Ich paraphasiere hier im Hinblick auf den Kompetenzdiskurs Luhmann (2002: 157), der davon schreibt, dass „weder die Individuen noch das Interaktionssystem des Unterrichts ... Trivialmaschinen [sind], die, wenn man den richtigen Input eingibt, die gewünschten Resultate liefern.“

[11] Das Konzept geht auf Dreeben (1970) zu-

rück. Eine ausführliche Darstellung des Technologiedefizits findet sich bei Luhmann/Schorr 1982.

[12] So der Deutsche Hochschulverband in einer Stellungnahme zum Deutschen Qualifikationsrahmen (Grigat 2010: 252).

über den Autor:

Dr. Stefan Kühl ist Professor für Organisationssoziologie an der Universität Bielefeld. Während seiner Studienzeit an der Universität Bielefeld war er Asta-Pressesprecher, Mitbegründer der Vorläuferzeitung der sozusagen „Agilprop“ und studentisches Mitglied im Senat der Universität.

Auflockern des

Prahlern mit Zahlen

Der Bierkonsum ist in der Krise! Der Verbrauch sank von **117,8** Litern pro Kopf **2003** auf **107,2** Liter in **2011** und damit um fast **9%**.¹ Außerdem sank die Anzahl der Brauereien von ca. **12.000** um **1900** auf nur noch **ca. 1.500** heute. Aber nicht nur Brauereien werden weniger, auch die Anzahl der Professuren für Soziologie nimmt ab. Dieses Jahr waren es **47** weniger als im Vorjahr. Im Kontrast dazu stehen dem Gerücht nach **400** neue Professuren im Bereich Wirtschaftswissenschaften. Wenn das stimmt, muss man sich fragen: Wo soll das nur hinführen?!² Neben Bier und soziologischen Lehrkapazitäten wird auch Wasser verbraucht. Dieser Verbrauch verteilt sich allerdings nicht zeitlich oder zwischen unterschiedlichen Disziplinen, sondern geographisch sehr unterschiedlich: Der Wasserverbrauch in Indien liegt bei **25** Litern pro Tag und Kopf, in Deutschland bei **129** Litern. Weit vorne liegt Dubai mit ganzen **500 (I)** Litern.³

Aber nicht nur Wasser, Bier und Soziologie sind wichtig, auch Nahrungsmittel sind ein existenzieller Bestandteil des menschlichen Lebens und zudem stark von Krisen beeinflusst. Folgt man der Welthungerhilfe, ist die Zahl derjenigen, die durch sie im Jahr

2010 versorgt werden mussten, sehr hoch. Mit einem Etat von **3,82 Milliarden** Dollar unterstützte die Welthungerhilfe **ca. 99 Millionen** Menschen. Darunter **82,9 Millionen** Frauen, **23,2 Millionen** Kinder bei Schulspeisungen, **15,1 Millionen** Binnenvertriebene und **2,6 Millionen** Flüchtlinge in **75** Ländern.⁴ Dem gegenüber lag das Kreditvolumen der EFSF (European Financial Stability Facility) bei **780 Milliarden** Euro und war damit gut **200-mal** so hoch.⁵

Gut, dass es da den internationalen Tag zur Katastrophenvorbeugung gibt – immer der 2. Mittwoch im Oktober!⁶ Dieser Tag müsste in Deutschland eigentlich prominent gefeiert werden. Sind die Deutschen doch für ihre Sehnsucht nach Sicherheit bekannt. Nirgendwo sonst sind so viele Menschen Helfer bei Rettungskräften: Etwa **1,8 Millionen** Menschen sind ehrenamtlich bei der freiwilligen Feuerwehr, dem Roten Kreuz, dem Technischem Hilfswerk, dem Arbeiter-Samariter-Bund, der Berg- und Wasserwacht und vielen anderen Organisationen aktiv.⁷

Bei so viel Unterstützung ist es wichtig, dass alles seine Ordnung hat. Die Normen **DIN 13050** und **DIN 14011** legen fest, wann eine Katastrophe eingetroffen ist und wann nicht: Das Oderhochwasser

1997 mit **0** Toten in Deutschland war demnach eine, das ICE-Unglück von Eschede **1998** dagegen keine – dort starben **101** Menschen.⁸ Hier wird deutlich, die Verwendung von Zahlen selbst ist krisenhaft. Wo sie Sicherheit und Ordnung vermitteln sollen, bergen sie auf den zweiten Blick zweifelhafte Vergleichsmomente. Die rational wirkende Ordnung der Zahlenwelt verliert sich bei näherer Betrachtung im Relativen.

[1] Informationszentrum für Landwirtschaft: http://www.proplanta.de/Agrar-Nachrichten/Verbraucher/Bierkonsum-ruecklaeufig_article1335873610.html

[2] Anderea Maurer auf dem DGS Kongress

[3] Weltwassertag:

<http://weltwassertag.com/wieviel-wasser-braucht-der-mensch.html>

[4] World Food Program:

<http://de.wfp.org/%C3%BCber-wfp/zahlen-und-fakten>

[5] EFSF:

http://www.efsf.europa.eu/attachments/faq_en.pdf

[6] http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Gedenk-_und_Aktionstagen

[7] Krisenvorrat - Sicherheit in der Krise:

<http://www.krisenvorrat.de/verhalten-im-katastrophenfall.html>

[8] <http://de.wikipedia.org/wiki/Katastrophe#Katastrophenmanagement>



von Magdalena Aue



Illustration von Tobias Conradi

Im Heft verteilt findet ihr dieses Mal mehrere Illustrationen von Tobias Conradi zum Thema "Moderne Weltuntergangsvorstellungen".

DIE GESCHEITERTE APOKALYPSE.

Wie man den Weltuntergang vorhersagt und den Irrtum übersteht –
eine Anleitung.

„Ich habe mich vertan...“ (Helge Schneider)

Weltuntergangsprophezeiungen scheitern bislang mit hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit, zuletzt ist es am 21. Dezember 2012 mal wieder nichts gewesen. Solche offensichtlichen Irrtümer ändern jedoch nichts daran, dass immer wieder aufs Neue Versuche unternommen werden, Apokalypsen vorauszusagen. Schaut man in die „Chronik der (verpassten) Weltuntergänge“¹, staunt man über die reiche Tradition gescheiterter Untergangsprophezeiungen: Ganze 119 Fälle werden dort dokumentiert und die Liste ist längst nicht vollständig. Zudem sind dort lediglich konkrete Prophezeiungen mit Datum berücksichtigt (mindestens mit Jahreszahl). Allein der Reformator Martin Luther soll drei Mal den Weltuntergang angekündigt haben und die Zeugen Jehovas sind als Institution in der Disziplin „Irren bei Weltuntergangsterminen“ rekordverdächtig.

Da drängt sich die erste grundlegende Frage auf, die man klären muss, wenn man sich den praktischen Grundlagen der Apokalypsenprophetie zuwenden möchte: Wie kann man nach einer über zweitausend Jahre langen Chronik von Irrtümern in Sachen Weltuntergang immer noch Menschen vom baldigen Ende überzeugen?

Die banalste Antwort vorweg: Viele Menschen wollen



Illustration von Tobias Conradi

ganz einfach an das Ende der Welt glauben, besonders dann, wenn man ihnen verspricht, dass hinterher alles besser wird (sofern sie denn zu den „Auserwählten“ zählen). Wissenschaftler sprechen von der Faszination der Apokalypse, denn diese „verspricht nicht eine bloße Verbesserung der Verhältnisse, sondern eine radikale Verwandlung der Wirklichkeit. Sie verspricht Erlösung durch Vernichtung der alten, unvollkommenen und verdorbenen Welt“ (Vondung 2008: 177). Aber eine bloße Faszination ist natürlich nur der Anfang. Solche apokalyptischen Prophezeiungen ordnen auch die Welt und helfen, sie zu deuten, und zwar auf ihre ganz eigene Art und Weise: als „religiöse Krisenrhetorik“ (vgl. Nagel et al. 2008). Sie sprechen vom Anfang und natürlich insbesondere vom Ende, teilen die Welt in Gut und Böse und stellen gut etablierte Möglichkeiten dar, Krisen und Katastrophen Sinn zu geben. Selbst im vermeintlich säkularen Deutschland kann man ungenutztes Potenzial vermuten: Apocalypse sells! Der Weltuntergangsfilm „2012“ von Roland Emmerich spielte weltweit in nur vier Tagen sein Budget wieder ein und Bücher mit entsprechenden apokalyptischen Themen verkaufen sich ebenfalls bestens.

Wie gründet man einen Weltuntergangskult?

Doch die Apokalypse fasziniert die Menschen nicht nur als fiktiver Stoff. Es gibt religiöse und esoterische Gruppen, die wirklich an das nahe Ende der Welt glauben und immer wieder vergeblich versuchen, dieses Ende vorherzusagen. Was überrascht: Nicht wenige dieser religiösen Gruppen sind nach dem Scheitern ihrer Prophezeiungen – trotz aller Enttäuschung – sogar noch aktiver und überzeugter von ihrem Glauben als vorher (für einen Überblick vgl. Dawson 1999). Wie funktioniert das? Wie lässt sich eine Apokalypse vorhersagen, ohne dass man bei Nichteintreten als Prophet hinterher ans Kreuz genagelt wird und die Gruppe sofort auseinanderbricht?

Die Frage stellt sich insbesondere dann, wenn man konkret plant, Prophet oder Prophetin zu werden und eine eigene kleine Weltuntergangsgruppe zu gründen. Warum man das tun sollte? Es lohnt sich! Folgt man einem leidenschaftlichen Plädoyer in der ZEIT – „Werden sie Guru!“ – sind „erstklassige Berufsaussichten“ zu erwarten (Straßmann 1998). Religiöse Gruppen sind zudem „minimalistische Organisationen“ – das heißt, sie lassen sich ohne großes Startkapital gründen und auch in Krisenzeiten erhalten, da sie hervorragend auf die Ressourcen ihrer Mitglieder zurückgreifen können (vgl. Anderson 2008). Aber so einfach ist das natürlich nicht; es gibt einiges zu berücksichtigen. Es ist im Falle eines entsprechenden Vorhabens daher empfehlenswert, den Hinweisen auf den nächsten Seiten zu folgen.

Das Fundament: Die Weltuntergangsgeschichte

Erfolgreiche Propheten sind in der Regel gute Geschichtenerzähler. Man braucht eine Geschichte, die über die kommende Apokalypse informiert, überzeugend ist und sich nicht ohne weiteres widerlegen lässt. Kernelement einer solchen Geschichte ist die düstere Gegenwartsdiagnose: Die Welt ist schlecht und alle Zeichen stehen auf Untergang. Dabei darf man nicht vergessen, seine Anhänger mit zahlreichen Deutungsmustern zu versorgen, mittels derer in möglichst vielen Ereignissen „eindeutige“ Zeichen für die Endzeit erkannt werden können.

Das ist nicht so schwer: Katastrophen und andere schlimme Ereignisse gibt es genug in der Welt und dass der Mensch schlecht ist, wissen wir doch ohnehin alle. Die Realität bietet eine hervorragende Plausibilisierungsgrundlage für Dystopien und Weltuntergangspanasien. Optimal ist es natürlich, wenn es in der unmittelbaren Erfahrungswelt der Anhänger Katastrophen gab, die zu verarbeiten sind, denn wie bereits erwähnt, können apokalyptische Erzählungen auch als Sinngeber bei Krisen und Katastrophen dienen.

Dies, verpackt in dogmatischer Form, mit einer klaren

gut/böse Differenz und einer apokalyptischen Ästhetik (Vondung 2008: 187), bildet die ideologische Grundlage für eine solche Gruppe. Anregungen gibt es zahlreiche in der reichhaltigen apokalyptischen Literaturtradition, sodass man gar nicht erst die Bibel aufschlagen muss. Ein Blick in das alte Buch lohnt jedoch sehr, denn vertraute Muster ziehen immer. Falls man Evangelikale oder die Zeugen Jehovas jedoch nicht unter seinen Anhängern sehen möchte, sollte man das mit der Bibel und diesem Gott da eher bleiben lassen und sich stattdessen einen neuen Gott, eine fetzige Außerirdischen-Story oder etwas anderes ausdenken. Literarisches Talent ist dabei von Vorteil: Der Scientology-Gründer L. Ron Hubbard war auch fleißiger Romanautor und kann als ausdrückliches Vorbild dienen.

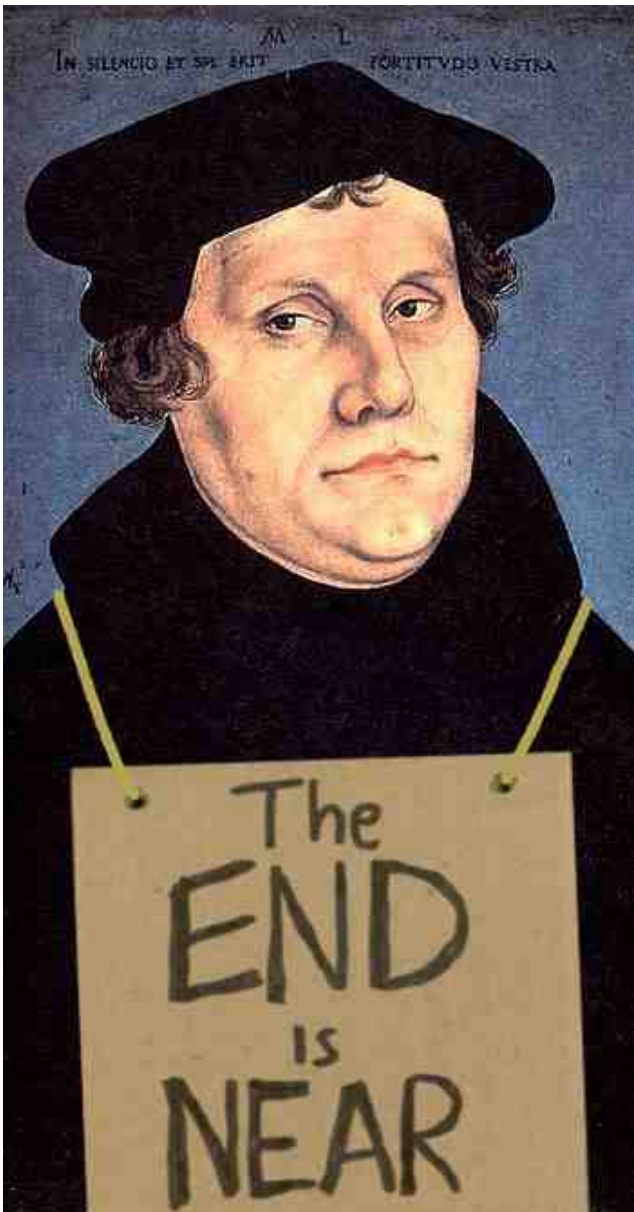
Vorsichtige und phantasielose Untergangspropheten begnügen sich mit der Ankündigung eines „großen Ereignisses“ und verzichten z.B. auf die konkrete Ausarbeitung des da Kommenden. Besser ist hingegen ein „Wechselspiel von vagen und eindeutigen Aussagen“ (Krech 2008: 223, vgl. auch Dawson 1999: 73). Einerseits muss man konkret genug werden, um Spannung zu erzeugen und um Aufmerksamkeit der Anhänger zu fokussieren (konkrete Untergangstermine sind hier sehr effektiv). Andererseits muss man vage genug sein, um sich später aus der Affäre ziehen zu können und um dem Entstehen gravierender kognitiver Dissonanzen vorzubeugen. Eine Herausforderung, die Geschick verlangt. Aber sie gelingt, wie man sieht, immer wieder.

Schließlich spielen bei der Weltuntergangsgeschichte auch die Quellen eine wichtige Rolle, aus der man seine Prophezeiungen zieht. Ob es Eingebung ist, die Erscheinung eines göttlichen Boten, Signale aus dem Weltall, die Deutung einer alten Schrift, automatisches Schreiben: Die Deutungshoheit über diese Quellen ist entscheidend! Wer sich diese streitig machen lässt, gefährdet seine Autorität.

Die richtigen Mitglieder rekrutieren

Die Rekrutierung der richtigen Anhänger ist eine ebenso zentrale Aufgabe wie das Erfinden einer knackigen Weltuntergangsgeschichte. Ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis ist unabdingbar, sonst wird es unter den neuen Anhängern schnell langweilig. Und ein unverkrampfter Umgang mit Sexualität kann zudem ein zusätzlicher Mitgliedschaftsanreiz sein.

Personen mit eigener Familie, gutem Job und vielen Freunden in erreichbarer Nähe sind die damit verbundenen Mühen meist nicht wert, es sei denn, man hat ein begnadetes Charisma und Erfahrungen als Handyverkäufer, dann erreicht man ohnehin alles. Unabhängig von der Zielgruppe, die man ansprechen will, sind daher sozial Ausgegrenzte empfehlenswert oder neu in die Stadt Gezogene. Also: Solche die aus welchen Gründen auch immer in kein stabiles soziales Netzwerk eingebunden sind, sich fremd fühlen und/oder diskriminiert werden. Das hat viele Vorteile. Einerseits sind die Verwandten und Freunde, die einem die Anhänger streitig machen, dann ein kleineres Problem. Andererseits sind Weltuntergangsgeschichten für solche Menschen oft besonders plausibel und das Versprechen der Erlösung am Weltuntergangstermin zusätzlich attraktiv. Bedenken



Martin Luther, gemalt von Lucas Cranach, dem Älteren, gemeinfrei; Bearbeitung von Alexander Engemann

sollte man jedoch immer, dass man es mit diesen Typen auch über einen längeren Zeitraum aushalten muss. WG-Erfahrungen können ein hilfreiches Mitglieds-kriterium sein.

Isolation, Hohe Beitrittskosten und bindende Handlungen

Wo wir schon beim Punkt WG-Erfahrung sind: Nützlich ist die Isolation der Mitglieder einer solchen Gruppe. Kontakte zu Nicht-Mitgliedern sollten unterbunden werden oder nur unter Aufsicht/in Gemeinschaft stattfinden. Das verstärkt den Graben zwischen der Gruppe und der Außenwelt und kommt den eventuellen Kontrollabsichten gelegen. Prima, wenn auch mit etwas Aufwand verbunden, klappt das im Kontext von Weltuntergängen mit selbstgebauten Bunkern. Doch auch abgelegene Häuser eignen sich, um die Sekte nicht nur ideologisch von der Außenwelt abzuschotten, sondern auch räumlich. Mobiltelefone sind natürlich tabu – Technik ist ein Werk des Teufels – ebenso wie Fernsehen, Internet und Radio. Allenfalls findet sich letzteres im Gemach des Propheten, sodass dieser Nachrichten aus der Außenwelt erfinden bzw. selektiv weitergeben kann, was äußerst praktisch ist. Auf diese Weise kann man sogar eine Zeit lang den Untergang der Zivilisation vorgaukeln.

Um Trittbrettfahrer auszuschließen und eine Unterwanderung seiner Sekte durch wissbegierige Soziologen zu vermeiden, sollte man zudem einige Vorkehrungen treffen. Effektiv sind hohe Beitritts-Kosten und kostspielige Initiationsriten. Gleichzeitig helfen solche Mechanismen, eine starke Gemeinschaft mit hohen Kollektivgütern aufzubauen und Mitglieder zu binden (Iannaccone 1994). Wer viel investiert, gibt seinen Glauben auch nicht so

schnell auf. Am besten bringt man seine Anhänger und Anhängerinnen zu radikalen, besonders endgültigen Handlungen im Namen des Glaubens. Ein Beispiel guter Praxis ist der UFO-Kult um die Amerikanerin Dorothy Martin (vgl. dazu Festinger 1956): Sie brachte ihre Anhänger dazu, ihren Besitz, ihr bisheriges Privatleben sowie ihre Jobs aufzugeben und man zog sich in der Überzeugung zurück, trotz befürchteter Sintflut, rechtzeitig von einem UFO gerettet zu werden. Zwar hat das die Unterwanderung durch Feldforscher nicht verhindert, doch führten diese endgültigen Handlungen zu einer hohen Bindung der Anhänger an die Gruppe und zu Enttäuschungsresistenz. Womit wir beim nächsten Thema wären.

Die Krise der nicht erfüllten Prophezeiung – wie man sich darauf vorbereitet und damit umgeht

Ein entscheidender Punkt wurde bisher nur angedeutet: Was tun, wenn die Welt – Überraschung! – doch nicht untergeht? Wie mit der Krise umgehen, die nun eintritt? Die schlechte Nachricht: Es ist damit zu rechnen, dass in der nächsten Zeit einige die Gruppe enttäuscht verlassen werden. Die gute Nachricht: Viele Gruppen überstehen trotz allem gescheiterte Prophezeiungen für eine beachtliche Zeit, meistens bleibt mindestens ein harter Kern übrig, der sich enttäuschungsresistent erweist. So kommt Dawson in einer Metastudie zu dem Ergebnis, dass von dreizehn untersuchten Gruppen ganze zwölf mindestens für eine Zeit lang weiterbestanden und fünf davon sogar „ziemlich gut“ darin waren, den Glauben trotz gescheiterter Prophezeiung zu wahren (Dawson 1999).

Die interessanteste konkrete Umgangsweise von Gruppen mit der Enttäuschung ist die, dass die Anhänger zu missionieren beginnen bzw. diese Tätigkeiten intensivieren. Dies gilt in der Psychologie als Kompensationsstra-



Ausschnitt aus: Albrecht Dürer, Die Offenbarung des Johannes, 4. Die vier apokalyptischen Reiter, gemalt.

tegie, klingt komisch, passiert aber gar nicht so selten. Aus dieser Beobachtung im bereits erwähnten Fall des UFO-Kultes um Dorothy Martin ist das klassische psychologische Konzept der „kognitiven Dissonanz“ entstanden (Festinger 1956). Aber es gibt viel grundlegendere Strategien. Viel erreicht man schon durch gegenseitige soziale Unterstützung und Bekräftigung, dass man im richtigen Team spielt. Man sollte am Weltuntergangsdatum also eng zusammenrücken, am besten eine der Ideologie angemessene, rituell gerahmte Situation etablieren und die Anhänger mit ihren Zweifeln nicht alleine lassen. Enttäuschungen lassen sich schließlich am besten in der Gruppe verarbeiten und abweichende Meinungen („man hat uns betrogen“) lassen sich so am besten unterdrücken.

Die Rationalisierung einer gescheiterten Prophezeiung

In solchen ritualisierten, unterstützenden Kontexten lassen sich dann hervorragend Rationalisierungen implementieren. In der konkreten Situation, in der das erwartete Ereignis nicht eintritt, zählt das Rationalisieren, Reinterpretieren bis hin zum Abstreiten des Scheiterns der Prophezeiung. Dass die Weltuntergangsgeschichte alternative Interpretationsmöglichkeiten zulässt bzw. vage ist, wird nun entscheidend. Die Initiative dazu muss nicht einmal vom Anführer selbst kommen – oft suchen die Anhänger selbst nach Erklärungen. Unterscheiden kann man diverse Strategien (Dawson 1999: 64ff):

Die *Spiritualisierung*. Die Logik der Spiritualisierung eines Ereignisses ist: Es hat stattgefunden, nur auf einer anderen, eben spirituellen Ebene. Die Vagheit einer Prophezeiung ist besonders für diese Methode grundlegend, denn Spiritualisierung funktioniert schlecht, wenn man das Ereignis ganz konkret vorhergesagt hat. Man kann ja z.B. das Ende der Welt „wie wir sie kennen“ vorhersagen und dann spüren, dass sich etwas grundlegend geändert hat oder eine wichtige Entscheidung im Himmel etc. gefällt wurde.

Der *Glaubenstest* ist eine weitere, sehr beliebte Rationalisierung: „Das war ein Test unseres Glaubens!“ oder: „Unsere Gebete wurden erhört!“. Die Welt ist zwar nicht untergegangen, aber es ist immerhin das Verdienst der Gruppe. Halleluja!

Besonders beliebt: Der *Verweis auf menschliche Fehler*, ob in den Berechnungen, im richtigen Deuten der Zeichen, im Interpretieren der göttlichen Botschaften ist eine weitere naheliegende Strategie. Man kann den Weltuntergang dann einfach verschieben. Praktisch: So kann man seine Anhänger noch ein wenig behalten und hat noch einmal Glück gehabt. Jeder hat schließlich eine zweite (und dritte) Chance verdient, oder nicht?

Statt den Fehler bei sich selbst zu suchen, kann man auch einfach seine Anhänger der *moralischen Unangemessenheit* schuldig sprechen und diesen z.B. vorwerfen, nicht bereit gewesen zu sein. Das funktioniert gut, wenn man in seiner Weltuntergangsgeschichte auf den Messias oder andere Erlöser wartet, denn dieser kann ja jederzeit umentscheiden und den Weltuntergang verschieben – bis seine Anhänger so weit

sind. In esoterischen Kreisen können auch negative Emotionen einen weltweiten Bewusstseinswandel im Wege stehen oder zu geringe kognitive Signale verhindern, dass Außerirdische die Erde finden, die Auserwählten retten und den Planeten zerstören. Falls man nicht die eigenen Anhänger beschuldigen möchte, kann man sich natürlich wahlweise auch andere, externe Sündenböcke für diesen Spaß aussuchen.

Panik: Wie sich helfen, wenn nichts hilft?

Eine nicht empfehlenswerte Option im Umgang mit einer sich andeutenden Krise ist der (kollektive) Selbstmord, die „letale Apokalypse“ als Selbsterlösung (Krech 2008). Das kommt zwar vor, wie in den berühmten Fällen des Heavens Gate-Kultes oder der Bewegung für die Wiedereinsetzung der Zehn Gebote Gottes, ist aber als Notfallplan ziemlich perfide.

Da es aber in Gruppen und ihrer eigentümlichen Dynamik trotz allem mitunter wirklich ungemütlich werden kann und der Unmut der Anhänger möglich ist, kann es für den Notfall ratsam sein, einen Plan B zu haben. Eine kleine versteckte Hütte im Wald, zum Beispiel – oder eine zweite Identität.

Doch wenn man sich gut vorbereitet hat und sich hinterher entschuldigt oder eine Erklärung liefert, sollte es gar nicht erst dazu kommen. Selbst der amerikanische Radioprediger Harold Camping („The bible guarantees it!“), der mindestens 3 Mal den Weltuntergang vorhergesagt hat und jedes Mal gescheitert ist, ist nach wie vor unter den Lebenden. Obwohl er seinen Anhängern mehrere Millionen Dollar aus den Taschen gezogen hat. So macht man das!

Alexander Engemann

Literatur:

- Anderson, Shawna, L.; Martinez, Jessica Hamar; Hoegeman, Catherine; Adler, Gary and Chaves, Mark (2008): *Dearly Departed: How Often Do Congregations Close? Journal for the Scientific Study of Religion*, Vol. 47, Issue 2, S. 321-328.
- Dawson, Lorne L. (1999): *When Prophecy Fails and Faith Persists*, in: *Nova Religio: The Journal of Alternative and Emergent Religions*, Vol. 3, No. 1., S. 60-82.
- Festinger, Leon; Riecken, Henry W./Schlachter, Stanley (1956): *When Prophecy Fails. A Social and Psychological Study of a Modern Group that Predicted the Destruction of the World*, New York.
- Iannaccone, Lawrence R. (1994): *Why Strict Churches Are Strong*, in: *American Journal of Sociology*, Vol. 99, No. 5, S. 1180-1211.
- Krech, Volkhard (2008): *Wer glaub wird Selik? Enttäuschungsresistenz und letale Apokalypse*, in: Nagel, Alexander K.; Schipper, Bernd U.; Weymann, Ansgar (Hrsg.): *Apokalypse. Zur Soziologie und Geschichte religiöser Krisenrhetorik*, Frankfurt/M, S. 217-236.
- Nagel, Alexander K.; Schipper, Bernd U.; Weymann, Ansgar (2008) (Hrsg.): *Apokalypse. Zur Soziologie und Geschichte religiöser Krisenrhetorik*, Frankfurt/M.
- Straßmann, Burkhard (1998): *Werden sie Guru! Eine Geschäftsidee*, in: *Die ZEIT*, vom 23. Januar 1998.
- Vondung, Klaus (2008): *Die Faszination der Apokalypse*, in: Nagel, Alexander K.; Schipper, Bernd U.; Weymann, Ansgar (Hrsg.): *Apokalypse. Zur Soziologie und Geschichte religiöser Krisenrhetorik*, Frankfurt/M, 177-196.

[1] <http://www.unmoralische.de/weltuntergang.htm>

KRISEN, GESCHÜTTELT.

Ein Gastbeitrag von Dirk Bathen.

Liebe Freunde routinierter Krisenbewältigung.

Die Tage werden kürzer. Bald stolpern wir wieder durch den Herbst. Zeit, mal über Krisen zu sprechen. Und damit meine ich nicht die durch die dunkle Jahreszeit motivierte Schiefelage der Seele. Erwartet daher bitte kein Depri-Säuseln. Ich meine die Krisen, die in den sogenannten Massenmedien seit Jahren die Tagesneuigkeiten dominieren. Die Art von Krisen, die von 20.00 Uhr bis 20.14 Uhr, eine durchschnittliche Tagesschau mit Inhalten füllt. Wirtschaftskrise, Finanzkrise, Eurokrise, Staatsschuldenkrise, Klimakrise und so weiter. Neben diesen Meta-Krisen gibt es noch viele kleinere Kriselchen, nicht minder gefährlich aber nur temporär medienpräsent, kleine Wunderkerzen in der Krisenwelt. So wie im letzten Jahr EHEC und Fukushima. Erinnert sich noch jemand? Nicht zu vergessen die persönlichen Krisen, unsere treuen Begleiter im Alltag: Beziehungskrisen, Identitätskrisen, Sinnkrisen, Formkrisen, Jobkrisen, Motivationskrisen. Was vergessen?

Ich finde die jeweiligen Krisen eigentlich gar nicht so spannend. Viel interessanter finde ich, sich mal damit zu beschäftigen, was Krisen eigentlich sind, wofür sie da sind, wie wir damit umgehen und vor allem: warum es in letzter Zeit so viele gibt? Ganz im Sinne des Medienwissenschaftlers Marshall McLuhan, der einmal gesagt hat: „Nicht, dass ich etwas gegen aktuelle Ereignisse hätte, aber in letzter Zeit hat es so viele davon gegeben.“

Es gibt so viele Krisen, dass die Normalität verschwindet. Oder andersherum: Dauerkrisen sind die neue Normalität. Das Wort Krise kann als Begriff nur bestehen, wenn es einen Normalzustand gibt, der sich von einem Krisenzustand absetzt. Aber den gibt es nicht mehr. Laut Online-Schwarmwörterbuch versteht man unter Krise eine „mit einem Wendepunkt verknüpfte Entscheidungssituation“. Krisen sind Brüche: Ereignisse, die uns zwingen, unser Handeln zu überdenken und neu auszurichten. In Krisenzeiten wird das Bisherige infrage gestellt und neu verhandelt. Krisen sind die Zeit der persönlichen Routinebrüche und der gesellschaftlichen Strukturbrüche.

Was aber, wenn es keine Strukturen mehr gibt? Wenn alles möglich ist und multioptional wabert? Wenn sich die Welt so schnell dreht, dass sie morgen mit der „Sinnfolie“ von heute nicht mehr funktioniert? Wenn vormals feste Strukturen zu fluiden Prozessen werden und aus dem „Sein“ ein „Werden“ wird? Wenn es nur noch Möglichkeiten gibt und keine Verlässlichkeiten? Dann haben wir eine Dauerkrise. Heute gibt es kein Gleichgewicht mehr; jede Balance ist nur eine Übergangsphase von einer Störung zur nächsten.

In Krisenzeiten – also eigentlich immer – wird von den Menschen besonders viel gefordert: den Gürtel enger schnallen, noch mehr leisten, die Zähne zusammenbeißen, sich selbst optimieren. Augen zu und durch. In der

Hoffnung auf ein besseres Morgen zittern wir uns durch die Tage. Das sogenannte Selbstmanagement, von dem bevorzugt diejenigen reden, die gerne andere managen, dieses ganze ökonomisch motivierte Gedudel von Eigenverantwortung, Flexibilisierung und Selbstoptimierung ist nichts anderes, als eine Verherrlichung permanenter Krisenbewältigung. Resilienz ist das Stichwort: Widerstandsfähigkeit. Die Eigenschaft, an den Härten des Lebens zu wachsen anstatt zu zerbrechen. Das ist gut und schön. Aber es ist Ideologie! Beziehungsweise Hege-monie. Ein Muskel kann auch nur im Zusammenspiel von Kontraktion und Entspannung gestärkt werden. Immer nur Entspannung macht labberig, aber nur Kontraktion führt auch nicht zur Muskelstärkung, sondern auf direktem Weg in die Erschöpfung. Wer also von Wachstum spricht, darf nicht nur Anspannung fordern, sondern muss auch Entspannung mitdenken. Macht aber keiner. Weil es fortschrittsfeindlich ist. In Dauerkrisen ist Entspannung tödlich. Stillstand ist Rückschritt. Das ist leider Konsens, obwohl wir alle darunter leiden.

Das ist jetzt mal ein Problem. Und wie kommen wir da raus? Ich habe keine Ahnung, nur ein Gefühl. Einmal tief einatmen, Yin und Yang auf unsere Schultern setzen und uns beim Ausatmen der fernöstlichen Doppelbedeutung des Wortes "Krise" bewusst werden. Soweit ich aus möglicherweise gut informierten Sekundärquellen weiß, besteht das Wort im Chinesischen aus zwei Zeichen: eines bedeutet Gefahr, das andere bedeutet Möglichkeit. Das ist doch mal ein Anfang. Und was heißt das für uns? Krise als Chance? Das sagt sich so leicht. Und klingt ein bisschen zynisch. Anderer Vorschlag. Wenn alle von Selbstoptimierung und Selbstmanagement sprechen, antworten wir einfach mit: Selbstnormalisierung. Wenn um uns herum alles bricht und das „Nicht-Normale“ zum Normalzustand wird, dann müssen wir uns selbst normalisieren. Wir müssen uns mit der Übergangsgegenwart abfinden. Wir müssen die Unruhe des Alltags anhalten. Und aushalten. Fällt uns nicht leicht, denn wir sind begehrende Subjekte, wollen dieses und jenes und meistens das, was wir gerade nicht haben. Wir sind neugierig, streben nach mehr. Unruhe wohnt in uns. Der fortwährende Expansionsdrang treibt die Menschen seit jeher in den Ruin. Wir sind eine einzige, fleischgewordene Dauerkrise. Damit müssen wir leben oder daran scheitern. Der Lyriker Friedrich Hölderlin hat einmal gesagt: „Was kummert mich der Schiffbruch der Welt, ich weiß von nichts als meiner seligen Insel.“ In diesem Sinne: Sail away! Die nächste Krise ist nur einen Windstoß entfernt. ■

über den Autor:

Dirk Bathen arbeitet als freier Autor, Trendforscher und strategischer Berater in Hamburg. Von 1995 bis 2001 studierte er an der Universität Bielefeld Soziologie. Dieser Text erschien in etwas geänderter Fassung in seinem Blog mentalreserven.de.

STREET ART ALS KRISE DER VERWALTETEN STADT

Wer die Unterführung des Bielefelder Bahnhofs in Richtung Boulevard verlässt, kann an einer grauen Betonwand ein buntes Graffiti entdecken. Jedoch nicht auf der Wand selbst, sondern auf einem Foto, das als Teil eines Hinweisschildes an jener angebracht ist. „Das braucht kein Mensch“, steht dort im „Deutsche-Bahn-Rot“ und darunter eine Aufforderung, Sprayer_innen anzuzeigen. Natürlich ist es vor allem die Bahn, die die Graffiti hier nicht braucht – oder vielmehr nicht will, stellen sie doch einen Eingriff in ihre „Corporate Identity“ dar. Tatsächlich ist es das, was Street Art ausmacht, was das Empörende an ihr ist: Die Anmaßung einer Mitgestaltung in einem Bereich, in dem das Recht der Gestaltung monopolisiert und der Eingriff somit illegal ist. So fasse ich auch in diesem Artikel unter dem Begriff „Street Art“ in grober Vereinfachung all die verschiedenartigen Stile und Methoden von Graffiti über „Tags“ (schnelle Schriftzüge, die einer Unterschrift ähneln) und „Cut Outs“ (ausgeschnittene Bilder, die an Wände geklebt werden) bis zum „Guerilla Gardening“ (nicht autorisiertes Bepflanzen öffentlicher Räume) zusammen und verstehe darunter vor allem einen unerlaubten gestalterischen Eingriff in den öffentlichen Raum. Von diesem Blickwinkel aus kann die Betrachtung von „Street Art“ einen Ausgangspunkt bilden für eine Soziologie der postfordistischen¹ städtischen Lebenswelt. Dabei kann es nicht um die übliche Frage gehen, ob „Street Art“ das „Art“ in ihrem Namen verdient oder vielmehr bloße Schmiererei ist. Genauso wenig fruchtbar erscheint es, in die kryptischen Buchstabenfolgen des Graffitis eine politische Aussage oder gar eine Forderung hineinzudeuteln. Vielmehr möchte ich den Regelbruch oder die Grenzüberschreitung, die „Street Art“ stets darstellt, dazu nutzen, mich an eben diese Grenzen heranzutasten, die das städtische Leben bestimmen. Damit orientiere ich mich grob an einer Methode Foucaults, die er wie folgt beschreibt: „Eine Kultur nach ihren Grenzerfahrungen zu fragen, heißt sie in den Grenzen der Geschichte nach einer Zerrissenheit zu be-

fragen, die gleichsam die eigentliche Entstehung ihrer Geschichte ist.“ (Foucault 2005: 10). Ähnlich wie Garfinkel geht Foucault also davon aus, dass soziale Strukturen in den Momenten ihrer Krisen klarer hervortreten. Die Strukturen der verwalteten Stadt, um die es hier gehen wird, sind jedoch so vielfältig, dass sie jeweils nur kurz angeschnitten werden können. So will dieser Artikel auch eher zum Weiterdenken anregen, als eine spezielle Interpretationsweise von Street Art zu untermauern.

Physische Räume wie Zimmer, Häuser, Plätze sind immer auch soziale Räume, die nicht nur funktionale Einheiten sondern auch Kommunikationsmedien sind. Als solche sind sie gewissermaßen eine bildhauerische Gesamtdarstellung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Egal ob sie in Form der Repräsentativbauten der Moderne aus in Stahl und Beton gegossener Einschüchterung besteht oder die Dominanz der Macht in der Scheinharmonisierung der Postmoderne mit spielerischen Elementen „verhübscht“ und „bedeckmäntelt“ wird: Die Architektur der Stadt repräsentiert vor allem die (monumentalen) Entscheidungen der Mächtigen und die Irrelevanz der Massen (Vgl. Blissett/Brünzels 2001). So werden die Stadtbewohner_innen immer wieder auf ihre Rolle im ökonomischen System verwiesen, die aus Produzieren und Konsumieren, nicht aus Mitgestalten oder -bestimmen besteht. Baudrillard sieht darin den Kernpunkt der städtischen Hegemonie und schreibt: „Der Unterschied zwischen Sendern und Empfängern, zwischen Produzenten und Konsumenten von Zeichen muß total bleiben, denn in ihm liegt heute die wirkliche Form der gesellschaftlichen Herrschaft.“ (Baudrillard 1978: 23). Daraus destilliert er den Begriff der „Semiokratie“, der Herrschaft der Zeichen, als zentralen Mechanismus von Herrschaft in der Postmoderne. „Street Art“ wird von Baudrillard als Krise dieser Herrschaft interpretiert. Tatsächlich avanciert sie sogar zu einem zentralen Moment in seiner politischen Theorie, in der „nur das [p]olitisch



Anne Kramer-Sunderbrink / sozusagen

wirklich von Belang ist [...], was heute diese Semiokratie, diese neue Form des Wertgesetzes attackiert.“ (ebd.). Gerade die kryptische Aneinanderreihung von Buchstaben der Graffiti oder mehr noch der Tags seien als „leere Signifikante“ dazu geeignet, die „Semiokratie“ der verwalteten Stadt in eine Krise zu stürzen.

Neben dem diskursiven Aspekt der architektonischen Hegemonie, die jedem Raum die Perspektive der Mächtigen aufzwingt (Vgl. Zukin 1993: 16), hat die verwaltete Stadt jedoch auch unmittelbare praktische Auswirkungen: So ist das Verschwinden frei nutzbarer öffentlicher Räume bereits ein stadtsoziologischer Allgemeinplatz geworden. Private Sicherheitsdienste kontrollieren nicht mehr nur Verkaufsräume, sondern auch die angrenzenden Straßen, spezielle „Behinderungsmöblierung“, die Hinsetzen oder -legen unmöglich macht, setzt die Norm des Laufens und Kaufens durch. Jeder Raum ist verwaltet und kontrolliert und wird von allen Elementen bereinigt, die nicht zu seiner Funktionalität als Zelle des ökonomischen Systems gehört (dazu z.B. Davis 1992).

Durch diese Privatisierung und Funktionalisierung öffentlicher Räume wird deren Aneignung durch die Subjekte, deren Lebenswelt sie bilden, unmöglich gemacht. Genau diese Aneignung der (menschengemachten) gegenständlichen Umwelt ist jedoch für die Kritische Psychologie nach Leontjew die Grundlage der Subjektwerdung. Da sich in der menschengemachten Umwelt die gesellschaftlichen Verhältnisse spiegeln, wird durch ihre Aneignung gesellschaftliches Erleben möglich (Leontjew 1973). Spätere Untersuchungen legen nahe, dass eine zentrale Voraussetzung für die Aneignung der Umwelt deren prinzipielle Umnutzbarkeit ist. Diese Umnutzbarkeit wird jedoch in den Städten des Postfordismus durch menschliche und architektonische „Raumwächter_innen“ gezielt verhindert (Vgl. Deinet, 2011: 41 ff.): „Herumlungen“² ist in den Bahnhöfen der Aktiengesellschaft Deutsche Bahn genauso verboten, wie das Besprühen der Wände. Die Krise, die der verwalteten Stadt durch „Street Art“ zugefügt wird, offenbart also Machtstrukturen, die Ausdruck eines Kampfes um die Aneignung der städtischen Umwelt sind. Dabei können jedoch mit dem Begriff des Kampfes nicht wie üblich bewusst handelnde Akteur_innen verbunden werden, da der gesamte Prozess der Aneignung üblicherweise unbewusst abläuft.

Dieter Baacke (1984) stellte sich die Aneignung der Lebenswelt noch als größer werdende Kreise um die eigene Wohnung vor. Die öffentlichen und privaten Institutionen, die das Leben von Stadtmenschen prägen, sind jedoch weder um die eigene Wohnung herum angeordnet noch lassen sie eine Aneignung zu: das Krankenhaus, in dem der Stadtmensch geboren wird, die Schule, in der er erzogen wird, die Universität, in der er studiert, die Fabrik, in der er arbeitet, das Pflegeheim, in dem er stirbt; sie alle bestimmen sein Leben und doch hat er meist keinen Einfluss auf sie. Diese Tatsache spiegelt sich in ihrer Gestaltung wieder: Wenn das Kind am Morgen in die Schule kommt, wurde der Baum, der noch gestern im Hof stand, gefällt, ohne dass es gefragt oder auch nur über den Grund informiert wurde. Die alte Frau wird in ihrem Rollstuhl aus dem Zimmer im Pflegeheim geschoben, in dem sie jeden Tag verbringt, damit es einen neuen Anstrich bekommt, in einer Farbe die sie nicht ausgesucht hat.

Unter dem Eindruck der völlig verwalteten und funktionalisierten postfordistischen Stadt, wurde das Kreis-Modell durch das sogenannte Inselmodell ersetzt. Dieses geht davon aus, dass die städtische Lebenswelt jenseits der eigenen Wohnung nicht mehr zusammenhängend angeeignet werden kann, sondern sich aus vereinzelt Inseln zusammensetzt, mit denen jeweils spezifische Funktionen verbunden sind (Deinet 2011: 48). Aber auch dieses Modell unterstellt die (Eigentums-)Wohnung als Heimat und Prototyp der angeeigneten Lebenswelt und hinkt damit hinter der Realität der Mietwohnungen her, die die räumliche Fremdbestimmung bis ins Schlafzimmer fortsetzt, an dem schon die kleinsten Veränderungen untersagt sind oder zumindest der Genehmigung bedürfen. Selbst der eigene Körper kann als völlig angeeigneter Raum in Frage gestellt werden, zeichnet sich der Postfordismus doch gerade durch die Produktion eines Produktes aus: Dem des pseudoindividuellen „Lifestyles“, der von der Form der Schuhe bis zur Form der Nase alles unter seiner Kontrolle hat. „Was wir in der Öffentlichkeit spazieren tragen, sind immer weniger individuelle und immer mehr virtuelle Körper, die nicht mehr uns, sondern Nike und Adidas gehören.“ (Waldvogel 2006: 64).

Insgesamt erscheinen deshalb die Dualismen von angeeigneter vs. fremdbestimmter Lebenswelt, Macht vs.



Herrschaftsfreiheit und Raumgestaltung vs. „Street Art“, unterkomplex. Baudrillards „revolutionäre Intuition“ de_r Sprayer_in, die die „leere Signifikante“, die auf keinerlei Inhaltsebene mehr verweist, der „bürgerlichen Identität“ gegenüberstellt (Baudrillard 1978), scheidet an einer weniger romantischen Realität. Nichts könnten „Tags“ weniger sein als „leere Signifikante“, die jenseits einer Identität stehen. Tatsächlich bezieht sich jeder „Tag“ auf einen anderen, ist Ausdruck eines Kampfes um Status derer, die nirgends als auf Hauswänden mehr unterschreiben können – und unterschrieben wird fast jede Arbeit der „Street Art“, vielleicht in der Hoffnung auf Ruhm, vielleicht auch in der Hoffnung 'entdeckt' zu werden, so wie der zum Popstar avancierte „Street Artist“ Banksy, der sein Marketing inzwischen über eine PR-Agentur organisiert, dessen Arbeiten in Hunderttausender-Marken gehandelt und in Form von Postkarten und Kalendern in fast jedem Schreibwarenladen verkauft werden. Die 'Anonymität' und das Rätselraten um seine Identität können als Teil seiner „Corporate Identity“ interpretiert werden. Es soll hier jedoch keineswegs darum gehen, Banksy als Verräter der 'eigentlich' subversiven Street Art zu denunzieren, wie es bereits oft geschehen ist. Stattdessen kann der Fall Banksy als Veranschaulichung des Differenzkapitalismus dienen, der sich gerade dadurch am Leben erhält, dass er das Aufbegehren in Warenform präsentiert und so das Aufbegehren gegen die Warenform selbst verhindert. Aber auch darüber hinaus gilt es die Debatte um den politischen Charakter der „Street Art“ aus den bereits beschriebenen Dualismen von Macht und Herrschaftsfreiheit, Ware und Widerstand etc. herauszuheben.

Damit kann abschließend wieder der Bogen zu Foucault geschlagen werden. Denn Foucaults Methode der Befragung einer Kultur – hier der postfordistischen städtischen Lebenswelt – nach ihren Grenzerfahrungen offenbart Machtstrukturen, die komplexer sind als ein Verhältnis von Mächtigen zu Unterdrückten. Stattdessen können die Kämpfe um die Aneignung der städtischen Lebenswelt in Anlehnung an Foucault als zirkuläre Machtbeziehungen interpretiert werden. Dabei ist die Macht nicht bei einigen Individuen lokalisiert und wird auf andere angewendet, sondern bildet vielmehr das Medium oder die Arena des Kampfes, in der sich die Individuen bewegen (Vgl. Foucault 2005: 114). So wird weder das widerständige Potential negiert, das jedem Angriff auf die gestalterische Herrschaft über städtischen Raum innewohnt, noch die Machtförmigkeit dieses Angriffs selbst. Denn „Street Art“ benutzt nicht nur dieselben Flächen wie beispielsweise die Werbung, sondern auch dieselbe machtförmige Methode des ungefragten Eingriffs in fremde Lebenswelten. Ja, „Street Art“ kann eine kritische, widerständige Praxis sein, aber sie existiert, mit Foucault gesprochen, „nur im Verhältnis zu etwas anderem als sie selbst: Sie ist Instrument, Mittel zu einer Zukunft oder zu einer Wahrheit, die sie weder kennen noch sein wird, sie ist ein Blick auf einen Bereich, in dem sie als Polizei auftreten will, nicht aber ihr Gesetz durchsetzen kann.“ (Foucault 1992: 9). So kann die „Street Art“ wohl als eine Gegenmacht bezeichnet werden, aber auch Gegenmacht ist eine Macht. So wie der Kapitalismus unabwendbar wiederkehrende Krisen mit sich bringt, bringt auch die Verwaltung des städtischen Lebensraums zwangsläufig die Krisen der „Schmierereien“ mit sich. Da



Mickey van der Slap / Flickr / CC BY 2.0

Street Art in Washington D.C.: Aufgenommen 2005

diese wie jene gesellschaftlichen Strukturen in den Momenten ihrer Krisen besonders deutlich werden, liegt in diesen Momenten ein Potential zur Erkenntnis ihrer Destruktivität – und damit auch eine Hoffnung auf Veränderung.

Simon Schaupp

Literatur:

- Baudrillard, Jean (1978): „Kool Killer oder der Aufstand der Zeichen“, Berlin
- Blissett, Luther / Brünzels, Sonja (2001): „Handbuch der Kommunikationsguerilla“, Berlin
- Davis, Mike (1992): „City of Quartz“, London
- Deinet, Ulrich (2011): „Sozialräumliche Jugendarbeit“, Wiesbaden
- Foucault, Michel (1992): „Was ist Kritik?“, Berlin
- Foucault, Michel (2005): „Analytik der Macht“, Frankfurt a. M.
- Leontjew, A. N. (1973): „Probleme der Entwicklung des Psychischen“
- Waldvogel, Florian (2006): „Reclaim the Streets. Der öffentliche Körper“ in Krause, Daniela / Heinicke, Christian (Hrsg.): „Street Art. Die Stadt als Spielplatz“
- Zukin, Sharon (1993): „Landscapes of Power“, Berkeley

[1] Der Begriff des Postfordismus oder auch des Differenzkapitalismus beschreibt das gegenwärtige Stadium kapitalistischer Wirtschaftsordnung. Während der Fordismus vor allem durch standardisierte Massenproduktion und Disziplinierung charakterisiert war, sind die Hauptmerkmale des Postfordismus Flexibilität und die Bejahung von Differenzen als Innovationen innerhalb der Marktlogik.
[2] So heißt es in der Hausordnung, die in jedem Bahnhof in mehrfacher Ausfertigung zu sehen ist.

KRISEN UND KATASTROPHEN – KEIN THEMA FÜR NIKLAS LUHMANN?

Von Johannes Schmidt

In der letzten Ausgabe (SoSe 2012) berichteten wir ausführlich über Niklas Luhmanns Zettelkasten, der seit einiger Zeit an unserer Fakultät ist und nun endlich erschlossen werden kann. Nun gibt es bereits erste Ergebnisse. Der Zettelkastenexperte Johannes Schmidt hat den Zettelkasten unter anderem nach den Themen „Krisen und Katastrophen“ befragt und die Ergebnisse für die Sozusagen zusammengefasst und kommentiert. Soviel vorweg: Krisen und Katastrophen sind bislang offenbar so etwas wie „Baustellen“ in Luhmanns Systemtheorie. Die Entwicklung eines systemtheoretischen Verständnisses dieser Konzepte ist somit sicher ein mögliches Thema für die eine oder andere Abschlussarbeit, immerhin die Ansätze für ein solches Projekt findet man verstreut im Zettelkasten.

Wenn man den Zettelkasten Niklas Luhmanns zu den Themen „Krise“ und „Katastrophe“ befragt und zu diesem Zweck die 1250 bzw. 3200 Stichworte umfassende Schlagwortregister der beiden Sammlungen konsultiert, so ergibt sich ein eher ernüchternder Befund.

Den Begriff „Krise“ kennen die Register nicht – was hinsichtlich der frühen, eher philosophisch orientierten Sammlung (ca. 1950-1963) schon überrascht, da hier die Husserl-Bezüge mit dem Konzept der Lebenswelt, das in dessen Krisis-Aufsatz entwickelt worden ist, unübersehbar sind. In der zweiten, neueren und genuin soziologischen Sammlung (ca. 1963-1996) werden für „Krisentheorie“ immerhin vier Systemstellen benannt, von denen allerdings nur eine überhaupt einen nennenswerten Umfang erreicht. Diese 43 Zettel umfassende Abteilung „532/14 Krisentheorie“ befindet sich im Kontext des ca. 2000 Zettel umfassenden Themenblocks „532 Soziale Ordnung / Soziales System“, der sich primär mit der Organisation beschäftigt und den Luhmann größtenteils bereits bis Mitte der 1960er Jahre erstellt haben dürfte. Entsprechend wird Krise hier primär als ein Strukturänderungsproblem in Organisationen verstanden, auch wenn der Begriff zunächst an das allgemeine System/Umwelt-Modell, wie es für den damaligen Entwicklungsstand der Luhmannschen Theorie charakteristisch war, ange-

passt wird:



[Zettel 532/14 / nl-zkll-10-523_14]

„Krisentheorie

Krisen sind heikle Situationen in System/Umwelt-Beziehungen, die den Bestand des Systems in Frage stellen.

Die Krisenlehre ist, weil sie einen Extremfall behandelt, für Strukturfragen in besonderem Sinne aufschlussreich. Sie ergibt sich in ihrer Problemdarstellung und in ihren Bezugsbegriffen aus der allgemeinen System/Umwelt-Theorie.“

Daran anschließende weiterführende sozialtheoretische Überlegungen finden sich aber nicht, abgesehen von einigen wenigen Verweisen auf andere Stellen im Kasten, so darauf, dass die Krise in einem engen Zusammenhang mit der Theorie struktureller Änderungen gesehen werden müsse. Dabei wird auf die Abteilung „21/8 Struktur/Funktion“ verwiesen, in der es auch einige Zettel zu Strukturänderung gibt, die hier zunächst primär als *Strukturanpassung* verstanden wird, wobei Luhmann zwischen Strukturänderung

durch Entscheidung und durch Vergessen unterscheidet (21/8o14i). Eine weitere Verweisstelle führt zum Block „21/10 Funktionalismus/Stabilität“: Stabilität versteht Luhmann als die Reproduzierbarkeit von Problemlösungen durch entsprechende Systemstrukturen (21/10e). Instabilität als „Unsicherheit des Anschlusswertes von Ereignissen“ (21/10h5) wird zwar in ihrer Funktionalität anerkannt, aber sofort wieder auf Stabilität bezogen: „Instabilitäten eröffnen weiterreichende Kausalchancen, weil nahezu alles herangezogen werden kann, um Stabilität zu erreichen“ (21/10h2). Die Frage, inwieweit Systeme spezialisierte Strukturen ausarbeiten, um mit Instabilitäten umzugehen, wird aber nicht weiter vertieft.

Die weiteren Überlegungen im o.g. Block 532/14 bewegen sich dann primär im organisationssoziologischen Kontext. Krisen als „nicht-routinemäßig einplanbare Änderungen“ (542/14a) werden dabei der organisationalen Routine gegenübergestellt und in enger Anlehnung an Michel Crozier primär in ihrer Funktionalität gesehen als ein „unentbehrliches und daher systemwichtiges Anpassungsverhalten ...“, in dem für kurze Zeit eine Art Ausnahmerecht gilt“ (532/14b): Anpassung durch Abweichung also. Mit Blick auf einen modaltheoretischen Begriff der Bedingungen der Möglichkeit betont Luhmann, dass eine entsprechende Krisentheorie zu-

nächst die Bedingungen der Substituierbarkeit zu klären hätte und notiert: „Eine Krise könnte dann (jeweils im Bezug auf ein bestimmtes System) definiert werden als Übergang zu ungewöhnlichen Bedingungen der Substituierbarkeit“ (532/14j).

Ein gesellschaftstheoretischer Zugriff, wie er für die Krisentheorie der neueren Soziologie eigentlich üblich ist, wird in diesem Abschnitt allenfalls angedeutet. So findet man die Bemerkung, dass die Krisenanfälligkeit der Gesellschaft sich durch ihre funktionale Ausdifferenzierung erhöhe (532/14p1) und Krisen für das Gesellschaftssystem als Zuspitzungen verstanden werden können, „die auf eine Änderung der Form von Systemdifferenzierung hinauslaufen“ (532/14r). Beide Bemerkungen stehen aber deutlich isoliert und werden auch nicht durch entsprechende Verweise mit anderen Bereichen der Sammlung verbunden, wie generell der gesamte Block eher Forschungsfragen formuliert, die nicht wieder aufgenommen werden.

Für „Katastrophe“ weisen die Register je eine Fundstelle in der frühen und eine in der späteren Sammlung aus. In der frühen Sammlung beschäftigt sich der nur sechs Zettel umfassende Abschnitt 22,4 unter dem Titel „Ausnahmesituationen – insbes. Katastrophen (disaster)“ im Kontext sinntheoretischer Überlegungen mit der Frage nach der Bedeutung von „Führung im Entscheidungsprozess“ mit dem Thema: Ein Bedürfnis nach Führung im Sinne einer „raschen Kommunikation fester Erwartungen“ ergebe sich insbesondere in Ausnahmesituationen, wofür die Katastrophe paradigmatisch steht:

[Zettel 22,4a / nl-zkl-2-22,4a]
 „Die Katastrophe wird nicht als beziehungsloses Ereignis, als isolierter Einbruch in die sonst geordnete Welt hingenommen,

sondern sie wird mit dem Normalitätshintergrund verbunden. Das geschieht insb. durch Erklärungen, Zurechnung zu bestimmten Ursachen, evtl. Feststellung des Schuldigen.

[...]
 Die Einheit der Welt aufrechtzuerhalten, ist offenbar ein zwingendes Bedürfnis; sie duldet keine gänzlich aus dem Rahmen fallenden Ausnahmen.
 Völlig isolierte Ausnahmen wären im Übrigen gar nicht sinnhaft identifizierbar, da alle Identifikation durch den Horizont typischer Ordnung bedingt ist. [...]

Wie schon beim Krisenverständnis dominiert dann auch hier wieder eine Perspektive, die Ordnung in den Vordergrund stellt, das Modell aber nicht weiter ausarbeitet:

[Zettel 22,4c / nl-zkl-22,4c]
 „Bezeichnend für die Ausnahmesituation insb. der Katastrophe ist die Verletzung, der am normalen orientierten Erwartungen [...], dadurch verursacht ein Schrecken und das anschließende Bedürfnis, die entsprechenden Erwartungen nachzuholen, die Situation nachträglich zu ordnen.“

Die zu „Katastrophe“ im Schlagwortregister der zweiten Sammlung genannte Systemstelle knüpft an diese vorläufigen Überlegungen in der ersten Sammlung nicht an. Man findet die wenigen Zettel unter der Nummer 7/94 in der Abteilung 7, die im Unterschied zu den übrigen zehn Großabteilungen der zweiten Sammlung Luhmanns nicht einem größeren thematischen Zusammenhang gewidmet ist (wie etwa Funktion oder Erwartung), der dann innerhalb dieses Blockes eine umfangreiche und diversifizierende, teilweise vom ursprünglichen Thema weit wegführende Ausarbeitung erfährt (s. sozusagen SoSe 2012). Vielmehr stellt dieser Block eher so etwas wie eine Restetruhe dar, in denen sich eine Ansammlung von über 100 diversen Themen befindet (so steht der Abschnitt zu „Katastrophe“ zwischen „Unbewusstes“ und „Feminis-

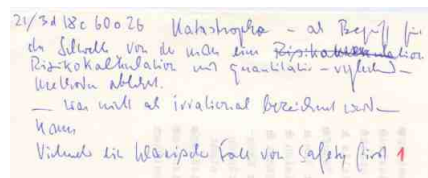
mus“), die häufig nur mit wenigen Notizen bedacht werden und die in auffälliger Weise kaum mit der übrigen Zettelsammlung durch Verweise verbunden sind. Dies gilt auch für die Zettel zum Katastrophenbegriff. Es handelt sich um eine kleine Abteilung mit nur sieben Zetteln. Letztlich bietet die Abteilung nicht mehr als eine erste Begriffsannäherung:

[Zettel 7/94 / nl-zkl-15-7_94]
 „Katastrophe
 Der Begriff muss von den Prämissen der mathematischen Theorie abgelöst, er kann jedenfalls unabhängig von ihnen formuliert werden.
 Zusammenhang mit dem Begriff der Entropie.
 Katastrophe ist eine Alternative, ein anderer schnellerer Weg zur Entropie.
 Katastrophe: eine zu schnelle Herstellung von Gleichheit“

Diese vom üblichen Begriffsverständnis differierende und insofern luhmantypisch abstraktere Begriffsfassung wird aber nicht weiterverfolgt, sondern nur noch durch die Andeutung einer gesellschaftstheoretischen Interpretation ergänzt, die letztlich zum o.g. Krisenverständnis zurückführt: „Evolutionäre Veränderungen des Differenzierungsprinzips als Katastrophen“ (7/94b), eine Lesart, die allerdings wieder zum mathematischen Verständnis von Katastrophe als sprunghafter Systemveränderung zurückzuführen scheint und die man in gleicher Kürze dann auch in „Die Gesellschaft der Gesellschaft“ (1997, 655, 677) wiederfindet. In der entsprechenden Abteilung zur Evolutionstheorie in der zweiten Sammlung, die immerhin an die tausend Zettel umfasst, wird – soweit man das beim jetzigen Stand der Exploration des Kastens sagen kann – der Begriff aber nicht wieder aufgegriffen. Zwar gibt es einen Verweis auf die Zettel zu den Evolutionsmechanismen Variation, Selektion und Stabilisierung, als einen eigenen Variationsmechanismus im Sinne ei-

nes Erzeugungsmechanismus eines Überschusses von Möglichkeiten versteht Luhmann die Katastrophe aber nicht – vermutlich, da sein Interesse primär auf systematische Variationsformen gerichtet war, d.h. auf die Frage, wie ein System systematisch Abweichungen organisiert (klassisch: Sprache als Variationsmechanismus). Katastrophe ist dagegen ein singuläres Ereignis, das nicht vorhersehbar ist und insofern als eine Variation keine Folgen für das System hat, d.h. nicht selektiert und stabilisiert wird, auch wenn natürlich im Evolutionsmodell der Faktor Zufall zentral ist: „Die Evolutionstheorie insgesamt kann beschrieben werden als eine Theorie, die erklärt, wie „Zufall“ zu strukturellen Änderungen führt, bzw. zur Erklärung oder zur Herbeiführung struktureller Änderungen benutzt werden kann.“ (54/14k4e4) Entsprechend führt auch eine Suche in den thematisch eventuell einschlägigen Bereichen der Abteilung „21/3d5b11w19 funktionale Differenzierung“, die sich mit der Änderung der Differenzierungsform oder den Folgeproblemen funktionaler Differenzierung beschäftigt, zu keinem anderen Ergebnis.

In der o.g. Abteilung 7/94 zum Katastrophenbegriff gibt es dann noch einen kurzen Verweis auf einen „anderen Katastrophenbegriff“ im Zusammenhang mit Risikokalkulation, der in der dortigen, recht umfangreichen Abteilung zum Risikobegriff (21/3d18c60o9), die größtenteils im Rahmen der Vorbereitungen zur „Soziologie des Risikos“ Ende der 1980er Jahre erstellt worden ist, aber ebenfalls völlig isoliert steht:



[Zettel 21/3d18c60o26 / nl-zkll-2-21_3d18c60o26]

„Katastrophe – als Begriff für die Schwelle, von der man eine Risikokalkulation mit quantitativ-vergleichenden Methoden ablehnt – was nicht als irrational bezeichnet werden kann. Vielmehr ein klassischer Fall von safety first“

Mehr hatte Luhmann dazu in diesem Kontext nicht zu notieren.



Illustration von Tobias Conradi

Die geschilderten Befunde scheinen es nahe zu legen, den schon gegenüber der Parsonianischen Theorie immer wieder geäußerten Verdacht des Strukturkonservatismus auch für die Luhmannsche Fassung der Systemtheorie geltend zu machen, die dysfunktionale Entwicklungen, wie sie Krisen und Katastrophen im ersten Zugriff darzustellen scheinen, nicht systematisch zu berücksichtigen in der Lage ist. Dass die Fehlanzeige dagegen nur ein Indikator für ein nicht wirklich gut geführtes Schlagwortregister sowie ein nicht konsequent durchgeführtes Verweisungssystem sein könnte, dem Luhmann in der Selbstbeschreibung seines Zettelkastens (1981) doch eine ganz wesentliche Bedeutung zugewiesen hat, um thematisch einschlägige Zettel auch dann finden zu können, wenn sie im Schlagwortregister nicht genannt werden, erscheint angesichts der Tatsache, dass die Begriffe auch in den Luhmannschen Publikationen allenfalls ein randständiges Interesse erfahren haben, wenig plausibel. Eine alternative Einschätzung könnte deshalb zu dem Schluss kommen, dass Luhmann den Begriffen einfach kein großes theoretisches Entwicklungspotential zugetraut hat. Dies gilt auf jeden Fall für den Krisenbegriff, über den man u.a. in „Die Gesellschaft der Gesellschaft“ (1997, 1116f) lesen kann, dass er zu nahe an der

Beschreibung der Gesellschaft als einer guten Gesellschaft gebaut sei, als dass er in einer Theorie Verwendung finden könnte, die sich der Relativität ihres eigenen Beobachterstandpunkts bewusst ist. Das Interesse für den Katastrophenbegriff kam offensichtlich zu spät, als dass er systematisch Eingang in den Zettelkasten hätte finden können, sodass es bei einer einfachen Übernahme der üblichen risikosoziologischen Verwendung geblieben ist, obwohl Luhmanns zeit- und entscheidungstheoretische Perspektive auf einen konstruktivistisch verstandenen Begriff mit der zentralen These einer Risiko/Gefahr-Dualität hier genügend Ansatzmöglichkeiten geboten hätte.

Am Ende steht also der Befund: Bei Krisen und Katastrophen erweist sich der Zettelkasten als ein eher einsilbiger Gesprächspartner.

Literatur:

- Luhmann, Niklas (1981): Kommunikation mit Zettelkästen. Ein Erfahrungsbericht, in: Horst Baier/Hans Matthias Kepplinger/Kurt Reumann (Hg.), Öffentliche Meinung und sozialer Wandel. Für Elisabeth Noelle-Neumann. Wiesbaden: Westdt. Verlag, 222-228.
- Luhmann, Niklas (1991): Soziologie des Risikos. Berlin/New York: de Gruyter
- Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

36. KONGRESS DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Ein Kongressbericht

Vom 01. bis 05. Oktober 2012 tagte der alle zwei Jahre stattfindende Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)¹, diesmal an der Ruhr-Universität Bochum und der TU Dortmund. Der auch als Soziologentag firmierende Kongress bietet Soziolog*innen die Möglichkeit, aktuelle Forschung zu präsentieren, Ideen auszutesten, Feedback zu erhalten, sich im Feld zu positionieren und zu netzwerken. Aber auch die Geschichte der Soziologie erfährt durch das zeitlich und räumlich verdichtete Zusammentreffen häufig fachgeschichtliche Schübe. Es stellt einen Raum dar, in dem sich die Geister nicht nur treffen, sondern auch scheiden – man denke etwa an den Positivismusstreit zwischen der kritischen Theorie und dem kritischen Rationalismus in den 1960er Jahren. Die Aufgeregtheit, die DGS-Kongresse mithin ereilen kann, hat durchaus Tradition. Die große Dichte an kollegialem Publikum trägt häufiger zu disziplinhistorisch bedeutsamen Zäsuren oder Neuerungen bei.

Diesmal fand der Kongress unter dem Thema „Vielfalt und Zusammenhalt“ statt, was uns dazu veranlasst hat, nicht nur einen allgemeinen Blick auf den Kongress zu werfen, sondern auch auf Zusammenhalt und Vielfalt in unseren eigenen Reihen zu achten. Außerdem stellt sich die Frage, wie auch Studierende von der Vielfalt und dem Zusammenhalt auf einem Soziologentag profitieren können.

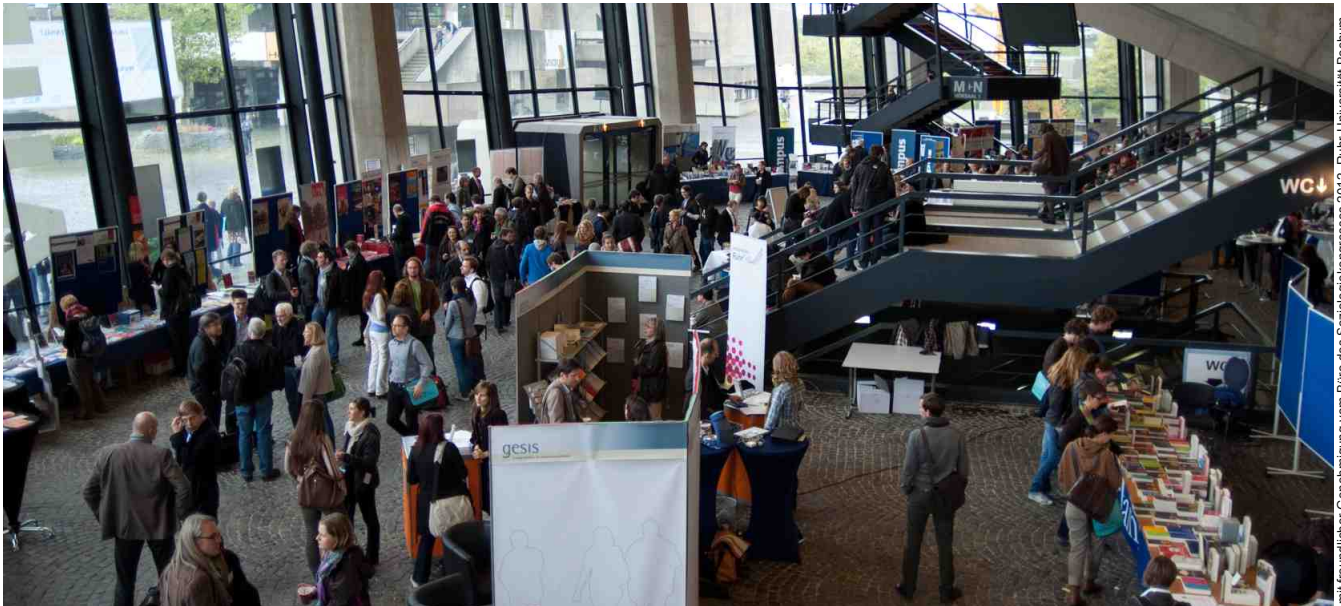
In einem neueren sozusagen-Beitrag schrieb Thomas Hoebel sinngemäß die Themen für potentielle Hausarbeiten lägen quasi auf der Straße. Nicht dort, aber etwa in der Tram vom Bochumer Hauptbahnhof zur Universität hätte man ganz leicht ein paar Themen finden können, et-

wa: „Soziologische Selbstbeschreibung. Eine Bahnfahrt unter Soziolog*innen“ oder im Foyer des Audimax der Ruhr-Universität: „Eine Soziologie des Caterings. Soziolog*innen als free-raidende Mundräuber“. Wir überspitzen Hoebels Beitrag hier ein wenig, aber tatsächlich gewinnt man auf diesen Nebenschauplätzen des Kongresses manchmal soziologisch wertvollere Einsichten als bei so manchem Vortrag und lernt die eigene Zunft von einer ganz anderen, vielleicht auch schrulligeren, Seite kennen als im Vorlesungssaal. Neben einem Sammelurium an Vorträgen und Podiumsdiskussionen bot der Kongress zudem eine fantastische Informationsbörse für viele Studierende: hier konnte man sich über andere Unis, andere Fachbereiche, zukünftige Arbeitgeber*innen oder auch potentielle Dokormütter oder -väter unterrichten. Auf dem Kongress können darüber hinaus ein soziologischer Habitus eingeübt, erste Netzwerke gesponnen und vielleicht sogar mit eigenen Vorträgen in Nachwuchsforen debütiert werden.

Als organisatorisch problematisch stellte sich dann leider die große Vielfalt an parallel stattfindenden Veranstaltungen heraus, von denen man gerne mehrere gleichzeitig besucht hätte. Obwohl nur eine Auswahl an Forschungsgebieten der Soziologie präsent war, konnte man sich ohne zugespitzte Präferenzsetzung auf dem riesigen Campusgelände schon sehr *freshmenesk* vorkommen. Wenigstens dauerte es eine Weile, bis wir uns in den monströsen Gebäudekomplexen zurechtfinden. Orientieren konnte man sich an Veranstaltungen der Kommiliton*innen bzw. Kolleg*innen, an den eigenen Forschungsinteressen oder man ließ einfach den Zufall entscheiden. Von den Veranstalter*innen

herausstechend platziert und deshalb viel gesehen waren Keynote-Speaker, die zumindest etwas internationales Flair auf den Kongress brachten.

Bedauerlich ist, dass einige Vortragende wie Hartmut Rosa, aber auch Richard Sennett, Thomas Schwinn, Theresa Wobbe und andere dem Kongress fern blieben. Gerade nach dem Schlagabtausch zwischen Rosa und Armin Nassehi in der Wochenzeitung DIE ZEIT haben nicht wenige mit besonderer Spannung auf Begegnungen dieser Art gewartet. Entsprechend häufig waren dann auch die Kommentare zu den großen Möglichkeiten und Gefahren einer *öffentlichen Soziologie* zu hören. Feuilletonistisches Engagement in Leitmedien kennt das Fach vor allem aus vergangenen Zeiten: Etwa die schillernde Luhmann-Habermas-Debatte der 1970er Jahre oder Adornos Radiobeiträge. Nachdem Soziolog*innen in den 1980er Jahren weitestgehend aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwanden, liebäugelt die aktuelle Generation nun wieder verstärkt mit den Massenmedien. Ohne Frage besitzen diese öffentlichen Auseinandersetzungen einen großen Unterhaltungswert und nötigen Autor*innen, ihre Beiträge prägnant und verständlich zu präsentieren. Das Stelldichein mit den Massenmedien trägt ferner zur Lehrenden- und Institutionenbildung sowie dem allgemeinen gesellschaftlichen Interesse an unserer Disziplin bei. Jedoch wird die Soziologie heute als eine themenpluralistische und multiparadigmatische Wissenschaft von ihren Vertreter*innen wahrgenommen – gerade hierin liegt ihre besondere Qualität und ihr Motor für Innovationen und manchmal auch temporärer gegenseitiger Blockierung. Renate Mayntz etwa warnte vor der simplifizierenden und



mit freundlicher Genehmigung vom Büro des Soziologiekongresses 2012, Ruhr-Universität Bochum

DGS-Kongress 2012: Das diesjährige Thema lautete Vielfalt und Zusammenhalt

polarisierenden Funktionslogik der Massenmedien, die den elaborierten Auseinandersetzungen innerhalb der Wissenschaft nicht ausreichend gerecht werden kann und unterstrich damit die große Ambivalenz dieser professionspolitischen Entwicklung, die u.U. auch der Vielfalt der Soziologie abträglich sein könnte. Gerade unter dem Sparszwang der Universitäten, dem Nutzlosigkeitsvorwurf an die Soziologie und dem Druck bzw. Drang von Nachwuchswissenschaftler*innen, sich zum Zweck der Professurbesteigung zu profilieren, scheint es attraktiv, sich öffentlichkeitswirksam zu platzieren. Zurückgelassen wird man mit der Frage, ob man den genannten Nachteilen durch eine *reflektierte öffentliche Soziologie* – auch in Zeiten des Internets – tatsächlich entgegen gehen kann.

Als ein Highlight des Kongresses stellte sich die z.T. an den Soziologentag in Jena anschließende Veranstaltung zur Verbindung von Ungleichheit, Differenzierung und Kulturtheorie dar. Wohl kaum ein Plenum des Kongresses war so gut besucht wie der triadische Zusammenschluss der Sektionen Wissenssoziologie, Soziologische Theorie und Kulturtheorie. Ein beständiger Ein- und Ausfluss von Publikumsströmen drängelte sich nach jedem Vortrag erneut aus dem und in den Saal. Dabei wurde ein spannendes Angebot an Erklärungsansätzen geliefert, die die drei Gebiete miteinander zu verbinden versuchten – aus Bielefeld war hier Anna Amelina vertreten. Es wird sich zeigen, ob und wie das

große Interesse in weitere Theorieangebote und entsprechende Studien übersetzt wird. Uns scheint jedenfalls, dass sich das Feld an konkurrierenden Ansätzen erst noch weiter sortieren bzw. klare Positionierungen sich noch stärker herauskristallisieren müssen.

Die schönsten Momente erlebte man aber vielleicht an Orten, an denen man sie gar nicht gesucht hätte. Dass an Einführungs- und Abschlussveranstaltungen nur ein kleiner Bruchteil der Teilnehmer*innen erscheint, ist nichts Außergewöhnliches. Dabei werden gerade dort die ritualisierten Zugehörigkeitsgefühle erzeugt, die die Disziplin am sichtbarsten zusammenhalten: In der Ansprache als Gruppe durch Vertreter*innen aus der Politik, im Gedenken an kürzlich verstorbene Soziolog*innen, usw. Die Mitgliederversammlung der DGS war hingegen gut besucht. Hier konnten sich Studierende unabhängig vom Status zu prominenten Soziolog*innen gesellen, mit denen man sich vielleicht gerade in der Pause zuvor noch eine Zigarette geteilt hatte. Gemeinsam applaudierte man der Vergabe von DGS-Preisen, die sehr auffällig an gender-relevanten Themen ausgerichtet war. Fast rührend wirkte dann das empörte Raunen auf den Zuschauerrängen, ausgelöst durch die Zahl der Professurverluste und -zugewinne in Relation zu „unseren Lieblingsfeinden“ (Andrea Maurer²): Während die Soziologie im letzten Jahr 47 Professuren verlor, gewannen die Wirtschaftswissenschaften

400 neue dazu. Identitäten formen sich jedoch nicht nur über Skandalisierung und Abgrenzung von anderen Disziplinen, sondern auch durch die Diskussion um ordnungsherstellende Empfehlungen an die Disziplinvertreter*innen. Integrativ wirkte da die Besprechung professionsstrategischer und konfliktbehafteter Themen wie dem verhältnismäßig geringen Frauenanteil in der DGS und dem Vorstand, die Förderung öffentlicher Soziologie durch die DGS, aber auch die nachdrückliche Ermunterung durch die Vorsitzende Martina Löw, Fördergelder zu beantragen, die für eine Weiterentwicklung soziologischer Theorie notwendig sind. Es wäre freilich vermessen, an dieser Stelle über die Vielfalt und den Zusammenhalt der Soziologie insgesamt ein Urteil zu fällen. Aber wir mochten uns dem *Soziologie-groupism* gerne gefällig fügen, bei so viel Statusindifferenz und Kritikfähigkeit einer Disziplin, die sich nicht in unendlicher Selbstbeweihräucherung suhlt, aber sich auch nicht gerade selbst zerfleischt – zumindest bei der Mitgliederversammlung am Mittwochabend im Raum HZO 50 der Ruhr-Uni.³

Anja Jahnel und Jana Schäfer

[1] Die DGS versammelt einen Großteil aller akademisch tätigen Soziolog*innen unter ihrem Dach.

[2] Zitat aus einem separaten Vortrag.

[3] Wir bedanken uns ganz herzlich bei der sozusagen-Redaktion für die hilfreichen Kommentare.

WIRTSCHAFTSKRISE, KRISENKONSTRUKTION ODER KRIEG

Aktuelle Forschungsprojekte zu Krisen und Katastrophen
an der Fakultät für Soziologie

Die Redaktion der sozusagen hat in einer Umfrage die Lehrenden der Fakultät dazu befragt, inwiefern Krisen und Katastrophen in ihren Forschungsprojekten anzutreffen sind. Hierbei ging es weniger darum, die alltäglichen Krisen des Forschungsalltages zu ermitteln, als vielmehr einen Einblick darin zu erhalten, in welcher Form das Thema unseres Heftes in der aktuellen Forschung unserer Fakultät vertreten ist. In den spannenden Zusendungen, die wir euch hier präsentieren, spiegelt sich sowohl die Aktualität als auch die Vielfältigkeit beider Themen wider.

So findet sich in der Religionsforschung des CIRRuS (Center for Interdisciplinary Research on Religion and Society) in zwei von **Heinrich Schäfer** geleiteten religionssoziologischen Forschungsprojekten die Auseinandersetzung mit der Rolle von Religion in gesellschaftlichen

Krisenzeiten. Es handelt sich um eine Feldforschung in Bosnien-Herzegowina, in der die Rolle von religiösen Akteuren der abrahamitischen Religionen im Friedensprozess untersucht wird. Hierbei wird folgender Forschungsfrage nachgegangen: „In welcher Wechselwirkung stehen die öffentliche Glaubwürdigkeit religiöser Friedensstifter, ihre habituellen und biographischen Dispositionen und der religiöse Organisationsgrad ihrer Initiativen und Allianzen?“ Im Fokus stehen religiöse Gruppen, die vor allem im interreligiösen Dialog engagiert sind und die – unter Berücksichtigung ihres Grades der Organisiertheit – sowohl auf ihre Fremd- als auch auf ihre Selbstzuschreibung hin untersucht werden.

Das zweite Projekt „Religiöse Identitätspolitik der Pfingstbewegung“ setzt sich mit der Pfingstbewegung in Lateinamerika, speziell in Guatemala und Nicaragua, auseinander. Diese christliche Bewegung nimmt unter Bedingungen wie starker sozialer Ungleichheit, schwachen Regierungen,

Gewalt und Unsicherheit nicht nur religiösen, sondern auch politischen Einfluss und spielt eine zentrale Rolle bei der Transformation dieser beiden Felder. Dabei sind unter anderem die Hervorhebung des „Heiligen Geistes“, apokalyptische Glaubensinhalte, aber auch das transnationale Netzwerk der Pfingstbewegung, Faktoren, die diese Entwicklung unterstützen. In beiden Ländern ist die Pfingstbewegung ein wichtiger Faktor sozialen Wandels und politischer Prozesse. Im Vergleich resultieren hieraus allerdings unterschiedliche Entwicklungen.¹

Dass auch die Finanzwelt einiges zur Thematik der Krise zu bieten hat, ist dem Zeitungsleser und „Fernseh-schaulustigen“ in den letzten Jahren sicher aufgefallen. Dass dementsprechend auch eine soziologische Rezeption dieses Themenkomplexes nicht ausbleibt, scheint hier nur logisch. So beschäftigt sich zum Beispiel **Konstanze Senge** mit den „kognitiven Krisen“ von Finanzmark-



Krise durch zunehmende Komplexität?: Konstanze Senge untersucht "kognitive Krisen" von Finanzmarktakteuren

takteuren. Diese entstehen durch die zunehmende Komplexität der Finanzmärkte, aufgrund derer eine evaluativ kognitive Entscheidungsfindung mitunter nicht möglich ist. Finanzmarktakteure sehen sich hierdurch der Notwendigkeit ausgesetzt, Entscheidungen aufgrund anderer Prämissen, wie zum Beispiel auf der Basis von Gefühlen, zu fällen. Da dies nicht dem normativen Selbstverständnis der Finanzwelt entspricht, erleben die Akteure derartige Entscheidungssituationen als Krisensituationen.

Doch gibt es überhaupt eine reale Wirtschaftskrise oder hängt ihre Existenz von der Konstruktionsleistung deutungsmächtiger Akteure wie Medien und Wissenschaft ab? **Kristoffer Klammer** beschäftigt sich im Rahmen seines Promotionsprojektes zwar nicht mit dieser, aber mit einer ganz ähnlichen Frage. Er untersucht Wirtschaftskrisen als diskursiv hervorgebrachte Formen gesellschaftlicher Selbstbeschreibung und fragt, wie, durch wen und mit welchen sprachlichen Mitteln diese konstruiert werden. Sichtbar wird neben den konstruierenden Mechanismen die Art und Weise, wie ein bestimmtes Verständnis von Wirtschaftskrise zur Legitimation politischer Maßnahmen verwendet wird. Wenig überraschend, mag der eine oder andere die aktuellen Diskurse vor Augen denken. Kristoffer Klammer aber untersucht die Konstruktion vergangener Krisen wie die Weltwirtschaftskrise ab 1929, die „Wachstumsdelle“ 1966/67 und die kleine Weltwirtschaftskrise in den 1970er Jahren und entdeckt dabei wiederkehrende „Krisen-Muster“.

Ob Sozialhilfe- und Rentensysteme eine Lösung oder doch eher ein Auslöser von finanziellen Krisen sind, ist dem jeweiligen Parteibuch des Lesers überlassen. Dass diese Systeme aber nicht überall nach denselben Prämissen funktionieren, ist Teil weiterer interessanter Forschung. Im Forschungsprojekt FLOOR (Financial assistance, land policy, and global social rights) forscht **Moritz von Gliszczyński** aktuell zu diskursiven Begründungsmustern von „social cash transfers“, einer Form von Sozialhilfe- und Rentensystemen im globalen Süden. Begründet wird deren Notwendigkeit durch eine zunehmende Anfälligkeit bzw. „vulnerability“,

also Verwundbarkeit gegenüber Krisen und Katastrophen als elementarer Bestandteil von Armut. Dementsprechend gelten sogenannte „vulnerable groups“ als Zielgruppe von den Konzepten der Grundsicherung. Dies unterscheidet sich insbesondere von der klassischen Begründung für Sozialhilfe, welche sich auf „needs“, also Bedürfnisse bezieht.²

Sicherheit ist natürlich nicht nur im globalen Süden ein wichtiges Thema. Auch in unseren Breitengraden stellt sich immer öfter die Frage, was denn nun eigentlich sicherheitsrelevant sei. Dem widmet sich **Andreas Vasilache** in seiner Forschung zu Sicherheitstheorie und -politik. Ein Aspekt besteht hierbei in Tendenzen zur Ausweitung der Sicherheitspolitik in Theorie und Praxis. Ein Beispiel bildet das Konzept der „Human Security“, das auf das Individuum abzielt und den Bereich der Sicherheitspolitik, entgegen ihrer klassischen Sach- und Themenbereiche, deutlich erweitert. Es lässt sich dabei eine gegenständliche, sektorielle und territoriale Entgrenzung der Sicherheitspolitik feststellen. Solche Versicherheitlichungstendenzen bergen Risiken, die sich vor allem in der Normalisierung von Krisen – alles kann plötzlich eine Frage der Sicherheit sein – aber auch in der Herausbildung rechtlich prekärer Räume zeigen, in denen rechtliche und gesellschaftliche Normen brüchig oder gar abgeschafft werden.³

Selbstverständlich gibt es an unserer Fakultät auch Forschung zu der wohl prominentesten Form der gesellschaftlichen Krise: dem Krieg. Was geschieht eigentlich mit einer Gesellschaft, die sich im Kriegszustand befindet? **Volker Kruse** beschäftigt sich in seinen Forschungen mit kriegsbedingten Vergesellschaftungsprozessen wie etwa jenen, die durch die zwei Weltkriege in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts induziert wurden. Dabei verfolgt er die These, dass große Kriege oder ihre Antizipation gesellschaftliche Transformationen auslösen, deren Ergebnis die Kriegsgesellschaft ist. Diese kann beispielsweise durch eine hierarchische Struktur, zentrale Steuerung und eine despotische Spitze geprägt sein. Die Kriegsgesellschaft ist dann analytisch ein Gesellschaftstypus,

vergleichbar mit dem Kapitalismus bei Marx oder mit der funktionalen Differenzierung bei Luhmann. Mit der theoretischen Ausarbeitung dieses Gesellschaftstypus verfolgt Volker Kruse das Ziel, für verschiedene Einzelforschungen zu gesellschaftlichen Entwicklungen unter Kriegsbedingungen einen gemeinsamen theoretischen und idealtypischen Bezugsrahmen bereitzustellen.

Einen etwas anderen Ansatz zur Analyse von Gesellschaft und Krieg verfolgt **Barbara Kuchler**. Sie behandelte in ihrer Dissertation die Frage nach der Rolle von Krieg in verschiedenen Gesellschaftsstrukturen. Genauer werden die Gesellschaftsstrukturen nach ihren Differenzierungsformen (segmentär, stratifikatorisch oder funktional differenziert) unterschieden, um zu untersuchen, in welchen Teilen der Gesellschaft (Schichten und Funktionssysteme) Krieg aktiv betrieben wird und welche Konsequenzen daraus für die passiven Schichten oder Teilsysteme entstehen. Als ein Schutzmechanismus kann die „Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten“ interpretiert werden. Sie hat die Aufgabe, die „passiven“ Gesellschaftsteile nach Möglichkeit vor den Auswirkungen des Krieges zu schützen.

Dass Kriege und Konflikte eine massive Störung für eine Gesellschaft darstellen, ist nachvollziehbar. Wie mit diesen und anderen Störungen aber umgegangen wird, steht auf einem anderen Blatt bzw. in der bald erscheinenden Habilitation von **Hendrik Vollmer**. In dieser untersucht er die Entstehung, Weitergabe und Folgen von Störungen. Er fragt danach, wie in Situationen, Organisationen oder am Beispiel von Kriegen in größeren sozialen Zusammenhängen, Störungen verarbeitet werden und welche Folgen wiederum daraus resultieren. Durch Thematisierung und Kategorisierung als Unfälle, Anschläge oder Naturkatastrophen werden Störungen normalisiert. Durch die Störungserfahrung entwickeln sich aber auch bei Teilnehmern Aufmerksamkeiten, Erwartungen und Verhaltensstrategien, die nicht ohne weiteres anschlussfähig an die Normalisierung sind. Ein Beispiel sind heimkehrende Soldaten, die sich in ihrer alten Umgebung nicht mehr zu rechtfinden. Insgesamt entwickelt er

die These, dass sich eine Tendenz zur Verlagerung von Aufmerksamkeiten von universalistischen, normativen und kognitiven Orientierungen auf Positionen, Status und Zugehörigkeiten anderer Teilnehmer zeigt. Dieser Effekt trägt zum Erhalt sozialer Ordnung bei, wenn auch in veränderter Form. Auf gesellschaftlicher Ebene führt dies etwa zur Zentralisierung von Netzwerken nach gewalttätigen Konflikten. Ein Effekt, der sich beispielsweise in der Entstehung von Nationalstaaten zeigt.⁴

Doch es müssen nicht immer die globalen Krisen oder gesamtgesellschaftlichen Umbrüche sein, wenn es gilt, spannende Fragestellungen zu Krisen und Katastrophen in der Bielefelder Forschung zu finden. **Tomke König** hat sich in ihrer Habilitationsschrift beispielsweise mit einer ganz alltäglichen (und damit vermutlich auf den ersten Blick unscheinbareren) Krise auseinandergesetzt. Sie untersuchte die geschlechtliche Arbeitsteilung in Familien und kommt in ihrer Studie „Familie heißt Arbeit teilen. Transformationen der symbolischen Geschlechterordnung“ zu dem Schluss, dass es gegenwärtig eine Krise der Reproduktionsarbeit gibt. Diese Krise zeichnet sich dadurch aus, dass nicht mehr klar ist, wer sich wann, wie und mit wessen Hilfe von allen Formen der Arbeit erholen soll. Vor allem in familialen Konstellationen, in denen Frauen nicht mehr bereit sind, die Haus- und Fürsorgearbeit alleine zu erledigen und deshalb auch die Männer doppelt belastet sind, ist eine zentrale Funktion der Hausarbeit nicht mehr gewährleistet: die Wiederherstellung der Arbeitskraft.⁵

Arbeit und deren Tücken ist auch Bestandteil der Forschung von **Bastian Bredenkötter** und **Karl Musiol**. Sie haben in einem Lehrforschungsprojekt vor dem Hintergrund steigender Risiken einer zunehmend entgrenzten und unsicher werdenden Arbeitswelt die ambivalente Funktionsweise eines Vertriebsmodells in der Versicherungsbranche untersucht. Sie wurde unter dem Titel „Schalten Sie um auf Erfolg! - Paradoxe Versprechen von Arbeit und Anerkennung im Versicherungsstrukturvertrieb“ als Buch veröffentlicht. Das untersuchte Geschäftsmodell verspricht einen sicheren Weg zu



Krise der Reproduktionsarbeit: "Familie heißt Arbeit teilen."

finanziellem Reichtum, persönlicher Selbstverwirklichung und Anerkennung. Tatsächlich handelt es sich bei den Versprechen jedoch vor allem um Mythen. Schon rechnerisch erzielen nur wenige Mitglieder ein ausreichend hohes Einkommen. Manche verschulden sich sogar. Darüber hinaus kommt es oft auch zu persönlichen Krisen, wie beispielsweise zur Beeinträchtigung persönlicher Beziehungen. Die Vertriebsorganisation löst also neue Krisen aus, die sie eigentlich zu lösen verspricht.⁶

Auswirkungen von persönlichen Krisen, wenn auch etwas anderer Art, sind der Forschungsgegenstand von **Ulrike E. Schröder**. Sie analysiert in ihrer gerade erschienenen Arbeit "Veränderung von Deutungsmustern und Schemata der Erfahrung: Depressive Patienten in der Interaktion klinischer Psychotherapie" Gespräche mit Patienten in einer Krise, die diese zum Teil selbst als zeitweise katastrophal beschreiben. In der Therapie lernen die Patienten neue Fähigkeiten, mit denen sie ihre Probleme angehen und die Krise bewältigen können. Die Autorin geht davon aus, dass sich soziale Deutungsmuster wandeln, wenn sich Denkschemata und damit das Verhalten vieler einzelner Individuen neu formieren. Da therapeutische Praktiken auf Veränderung zielen, wird die Therapie zu einer Art "natürlichem Labor" für die Untersuchung. Die Studie gibt einen Einblick in die Wissenskultur der Psychiatrie und untersucht mittels Ethnomethodologie und Konversationsanalyse sowie einigen linguistischen Mitteln, unter welchen Bedingungen Deutungs-

schemata und Verhaltensweisen modifiziert werden können.⁷

Sophia Cramer & Finn-Rasmus Bull

[1] Für weitere Informationen siehe zum erstgenannten Projekt: http://www.uni-bielefeld.de/theologie/forschung/religionsforschung/forschung/schaefer/konflikt/projekt_ethos.html

und zum zweiten: http://www.uni-bielefeld.de/theologie/forschung/religionsforschung/forschung/schaefer/pfingstbewegung/identitaet_guatemala.html.

[2] Für weitere Informationen siehe <http://www.floorgroup.raumplanung.tu-dortmund.de/joomla/index.php/research-topics/sct>.

[3] Vasilache, Andreas 2011: *Human Securitization: State Theory, Governmentality, and the Ambivalence of Security in Europe*. In: Schuck, Christoph (Hrsg.): *Security in a Changing Global Environment: Challenging the Human Security Approach*. Baden-Baden: Nomos, S.123-152.

[4] Die Habilitation wird voraussichtlich im April 2013 erscheinen: Vollmer, Hendrik (i.E.): *The Sociology of Disruption, Disaster and Social Change: Punctuated Cooperation*. Cambridge University Press.

[5] König, Tomke 2012: *Familie heißt Arbeit teilen: Transformationen der symbolischen Geschlechterordnung*. Konstanz: UVK.

[6] Bredenkötter, Bastian/Musiol, Karl 2012. "Schalten Sie um auf Erfolg!": *Paradoxe Versprechen von Arbeit und Anerkennung im Versicherungsstrukturvertrieb*. Berlin: Edition Sigma.

[7] Schröder, Ulrike 2012: *Veränderung von Deutungsmustern und Schemata der Erfahrung: Depressive Patienten in der Interaktion klinischer Psychotherapie*. Wiesbaden: VS Verlag.

"WENN MAN ÜBER KATASTROPHEN NACHDENKT, DANN SIND DAS IMMER SOZIALE KATASTROPHEN."

Ein Interview mit Daniel F. Lorenz
von der Katastrophenforschungsstelle an der FU Berlin

Beim Thema Katastrophen liegt der Gedanke an Feuerwehr und THW nicht fern. Aber auch in den Sozialwissenschaften hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Diskussion um die Wahrnehmung und den Umgang mit Katastrophen entwickelt. Dieser Diskurs unterscheidet sich stark von den sehr technischen und verwaltungsnahen Katastrophenbegriffen und –verständnissen. In Deutschland führend ist hierbei die Katastrophenforschungsstelle an der FU Berlin (KFS). Ihr Anspruch besteht darin, den gesamten „Katastrophenzyklus“, also die Entstehungs-, Verlaufs- und Bewältigungsbedingungen von Katastrophen, zu untersuchen. Dabei ist der Blick aber nicht nur auf den deutschen Raum gerichtet, auch die Wahrnehmung von und das Verhalten bei Katastrophen sowie die Gefahrenabwehr in anderen Kulturen werden erforscht. Die Katastrophenforschung erweist sich als gutes Beispiel dafür, dass elaborierte soziologische Theorien und deren Einsatz in der Praxis sich nicht widersprechen.

Die sozusagen hatte die Gelegenheit, mit Daniel F. Lorenz von der KFS über Katastrophensoziologie, spannende Forschungsprojekte und die vielfältigen Bezüge zu anderen Disziplinen zu sprechen.

sozusagen: Herr Lorenz, was sind die zentralen Leistungen der Katastrophenforschungsstelle?

Daniel Lorenz: Zunächst kann man sagen, dass die KFS in der Katastrophenforschung wichtige sozialwissenschaftliche Impulse gesetzt hat. Man muss dazu vielleicht ein bisschen ausholen: Wenn man sich überlegt, was Katastrophenforschung über Jahre hinweg in Deutschland war, fand diese v.a. in den Fahrwassern vom Zivilschutz und Zivilschutzforschung statt. Das war oft eine sehr technische Angelegenheit, da hat man Bunker und ähnliches zum Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfall gebaut und nebenbei auch Vorsorge für den Katastrophenfall getroffen. Man hat sich aber lange Zeit nicht die Frage gestellt, was für die Gesellschaft Katastrophe bedeutet. Die Frage nach dem wirklichen Verhalten von Menschen während Katastrophen wurde lange nicht gestellt. Die sozialwissenschaftliche Katastrophenforschung hat diese Forschungsfragen im deutschen Raum aufgebracht und hat hier auch bahnbrechende Forschung geleistet. Damit hat sie Deutschland auch im internationalen Diskurs anschlussfähig gemacht. Die Amerikaner waren da eigentlich immer weiter, da gab es schon andere Forschungsstellen, die sozialwissenschaftliche Katastro-

phenforschung schon länger betrieben haben.

»Wir glauben aber schon, dass Sozialwissenschaftler in der Katastrophenforschung eine ganz bedeutende Rolle spielen.«

Welche Definition von Katastrophe wird von der KFS ins Feld geführt? Gibt es eine allgemeine Definition oder gibt es verschiedene Definitionen je nach Art von Katastrophen?

Daniel Lorenz: Das ist eine schwierige Frage. In der Forschungslandschaft gibt es verschiedene Definitionen. Lars Clausen [Professor für Soziologie in Kiel, Gründer der KFS, lehrte auch in Bielefeld; Anm. d. R.], der auch Gründungsvater der Katastrophenforschungsstelle war, hat mal – ganz soziologisch – Katastrophe als radikalen, rapiden und magisierten sozialen Wandel beschrieben. Als eine besondere Form des sozialen Wandels, der besonders tiefgreifend und besonders schnell stattfindet und auch bestimmte Erklärungsmodi und Kausalitätsvorstellungen infrage stellt. Das ist eine Definition, die in der Katastrophenforschung wichtig ist. Es ist

weniger eine enge Definition, mit der man empirisch arbeiten kann, sondern eine, die eher darauf abzielt, ein umfassendes Verständnis von Katastrophe zu entwickeln. Nämlich Katastrophe als radikalen Einschnitt in die gesellschaftliche Alltäglichkeit, die aber trotzdem in gesellschaftlichen Prozessen ihren Ursprung hat und etwas, was dementsprechend eine ganz andere gesellschaftliche Reorganisationen notwendig macht, wenn sich Gesellschaften in den Grundfesten ändern.

Es geht also weniger um ein alltägliches Katastrophenverständnis, sondern um allgemeinere Prozesse?

Genau. Katastrophen lassen sich nur verstehen, wenn man die gesellschaftliche Praxis betrachtet. Es kommt darauf an, wie sehr sich so etwas in den Alltag integriert, wenn es beispielsweise periodische Hochwasser gibt und die Leute sich daran angepasst haben, wird es irgendwann schwierig, von Katastrophe zu sprechen, weil der Einschnitt ins Leben der Menschen nicht mehr so stark ist. Gleichwohl wird über solche Ereignisse häufig medial als Katastrophe berichtet. Dann stellt sich die Frage: Wie ist das für die Betroffenen selbst? Ist das aus deren Warte eine Katastrophe? Andersherum gibt es aber auch den Fall, dass be-

stimmte Ereignisse eine Katastrophe für Menschen darstellen, sich aber nicht in die mediale Narrative fügen und entsprechend nicht berichtet werden. Beim Hurricane Sandy wurde fast ausnahmslos über die USA und v.a. New York berichtet, die Auswirkungen in Haiti, das ohnehin die letzten Jahre schwer getroffen wurde, waren kaum Thema. Die jahrhundertlange Marginalisierung findet hier ihre mediale Fortsetzung. Das, was also Katastrophe gesellschaftlich bedeutet, ist nur im Rekurs auf allgemeinere Prozesse zu verstehen.

Katastrophendefinitionen von Schutzbehörden sind demnach nicht relevant für die Forschung?

Doch schon, aber weniger als leitende Definitionen, sondern mehr in der Form von gesellschaftlichen Mechanismen, die dann greifen. In Deutschland ist das so: Wenn der Hauptverwaltungsbeamte sagt, die lokalen Kräfte sind überfordert, wir brauchen eine übergeordnete Struktur und Kräfte von außen, dann ist das *verwaltungsrechtlich* eine Katastrophe und es gibt Katastrophenalarm. Das ist eine sehr technische und formale Anweisung. Für uns ist dann interessant, welche Mechanismen treten da ein und wie wird die Katastrophe von der Behördenseite konzeptualisiert und behandelt. Für uns als Forscher ist es wichtig, da auch anders drauf zu blicken und die Differenz zu anderen Definitionen zu sehen. Wenn ein Beamter „Katastrophe“ sagt, dann heißt das noch nicht, dass das eine Katastrophe für den Betroffenen ist. Und umgekehrt: Was die Betroffenen als Katastrophe erleben, muss für Behörden noch lange keine sein.

Würden Sie sagen, dass die Forschung, die Sie betreiben in letzter Konsequenz auch für Behörden relevant ist?

Wir machen schon eine recht praxisnahe Forschung. Es gibt andere Bereiche, die sind deutlich praxisferner. Wir arbeiten viel im Praxisbereich und versuchen auch Leute aus der Praxis in die Forschung – etwa durch Workshops – zu integrieren. Auf der anderen Seite wissen wir aber auch, dass die Übersetzung von Forschungsergebnissen in die Praxis immer schwierig ist. Die Praxis hat eine Eigenlogik, die nicht so schnell

von Forschungsseite geändert werden kann.

Ist es denn ein Anspruch den Sie verfolgen, dass ihre Erkenntnisse in der Praxis übernommen werden oder geht es primär um den wissenschaftlichen Diskurs?

Es geht uns schon um den wissenschaftlichen Diskurs und wissenschaftliche Erkenntnisse. Aber natürlich hat unsere Arbeit auch praktische Konsequenzen. Es kommt vor, dass aus einer informierten Forschungsperspektive auch Veränderungsvorschläge entwickelt werden. So weist beispielsweise die Forschung schon länger darauf hin, dass Warnungen nur dann den gewünschten Effekt haben, wenn sie an den konkreten Lebensrealitäten der Betroffenen orientiert sind. So sind für unterschiedliche Kontexte – vielleicht das Dorf in Bayern und Neukölln in Berlin – mitunter ganz andere Warnbotschaften erforderlich. Das ist eine Erkenntnis, die auch in der Praxis angekommen ist. So wird im BBK (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) mittlerweile über personalisierte Warnungen nachgedacht.

»Panik ist ein relativ seltenes Phänomen.«

Bei unseren Recherchen sind wir nur auf die KFS in Berlin gestoßen, die institutionell verfasste Katastrophenforschung betreibt. Die Forschungsstelle in Kiel wurde Anfang des Jahres geschlossen. Gibt es außer Ihrem Institut auch noch andere Institute oder Lehrstühle, die zu diesem Thema forschen?

In dieser sehr spezifisch sozialwissenschaftlichen Richtung sind wir, glaube ich, schon einzigartig. Wir haben den Hintergrund der Kieler KFS, deren Arbeit wir hier fortsetzen. Dort sind wir auch zum größten Teil sozialisiert worden.

... sie sind also die direkte Fortsetzung von der Forschungsstelle in Kiel?

Genau, wir sind die direkte Fortsetzung. Die Forschung in Kiel wurde nicht mehr weiter geführt. Wir haben

Projekte aus Kiel mitgenommen, welche dort gestartet waren und in Berlin jetzt weiterlaufen. Hier gab es mehr Interesse dafür als in Kiel. Die Schwerpunktsetzung in Kiel hat sich verändert. In Kiel lief eine Landesstelle zur Leitung der KFS aus, die für die Anbindung der Projekte notwendig war und es gab einen alten Strukturbeschluss von 1999, an dem die Universitätsleitung nicht rühren wollte. Dementsprechend musste die Forschung dann dort enden. Neben anderen Universitäten interessierte sich dann die FU für die KFS. Hier fand man, dass Katastrophenforschung eine sehr wichtige Forschung ist und man wollte diese fortsetzen.

Wir sind verwundert darüber, dass es, trotz der – zumindest gefühlten – zunehmenden Relevanz des Themas, denkt man z.B. an diverse Folgen des Klimawandels, eine so geringe Institutionalisierung in der Katastrophenforschung existiert. Selbst die KFS musste umziehen.

Es gibt natürlich auch andere Forschungseinrichtungen in Deutschland. Die haben dann aber kein sozialwissenschaftliches Verständnis von Katastrophe, sondern eine zum Beispiel naturwissenschaftliche, ingenieurwissenschaftliche oder geographische Ausrichtung. Das Problem ist, dass zu wenig in die Katastrophenforschung investiert wird. Wenn dann was passiert, werden die Ereignisse zu Einzelfällen erklärt. Eine Auseinandersetzung mit den strukturellen Bedingungsgründen findet zu wenig statt.

Nachdem Sie jetzt einiges Allgemeinen zur Katastrophenforschung gesagt haben, kommen wir nun etwas konkreter zu Ihrer Arbeit: Welche Themen stehen momentan bei Ihrer Forschung im Mittelpunkt?

Es gibt im Moment drei Projekte, die parallel laufen. Das erste heißt "Alpine Naturgefahren im Klimawandel". Da geht es darum, wie in drei verschiedenen Regionen in den Alpen die Wahrnehmung von Naturgefahren, vor dem Hintergrund des Klimawandels, sich verändert und welche Deutungsmuster bei verschiedenen Akteuren – vor allem wirtschaftlichen – vorherrschen und welche Handlungspraktiken sich daraus ergeben, aber auch etwas unvermittelt parallel laufen. Da geht es um

Fragen wie: Wie geht eigentlich eine Forstverwaltung mit einem solchen Problem um?

Dann sind wir noch mit dem Teilprojekt "RisikoRaum" im Verbund „Sicherheiten, Wahrnehmungen, Lagebilder, Bedingungen und Erwartungen – Ein Monitoring zum Thema Sicherheit in Deutschland“, beteiligt. Hier geht es um die Wahrnehmung von Sicherheit und vor allem Unsicherheit durch Laien und Experten. Wie nehmen diese jeweils Sicherheit oder Gefahr im öffentlichen Raum wahr, welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten lassen sich finden? In Hamburg und Kiel begehen wir dafür zusammen mit Personen der Gefahrenabwehr, also Polizei, Feuerwehr, Amt für Katastrophenschutz und der Sozialen Arbeit und auch „normalen“ Leuten aus der Bevölkerung, bestimmte Stadtteile und lassen uns von ihnen sagen, was eigentlich ihre Gefahren- und Sicherheitswahrnehmungen sind.

Da schauen wir, wie Gefahren ver-räumlicht werden, was für Gemeinsamkeiten und vor allem Unterschiede in der Wahrnehmung bestehen. Was bedeutet das für z.B. Kommunikationsprozesse? In einem anderen Teil des Projektes schauen wir dann genauer anhand soziodemographischer Daten, wie sich eigentlich die Verletzlichkeit gegenüber Katastrophen auf Stadtteilebene verteilt. Was sagt da die bestehende Forschung vor dem Hintergrund bestimmter soziodemographischer Daten? Wie lässt sich ein solcher Blick „von oben“ mit den Praxisperspektiven der Leute vermitteln, die direkt die Begehungen mitmachen?

Bei dem dritten Projekt geht es um Extremsituationen oder Extremverhalten im schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr. Wie verhalten sich Leute eigentlich wenn sie feststellen, dass eine Extremsituation vorliegt und welche Verhaltensmuster treten da eigentlich auf?

... zum Beispiel, wenn die Klimaanlage in einem ICE ausfällt?

Zum Beispiel so etwas. Oder auch wenn Feuer ausbricht. Da gibt es dann schnell etwa die Vorstellung von Panik etc. Wobei die Forschung gezeigt hat, dass Panik ein relativ seltenes Phänomen ist, das nur unter bestimmten Bedingungen auftritt.

Da geht es dann konkret darum zu schauen, welche anderen Verhaltensweisen Menschen in Extremsituationen an den Tag legen und wie sich diese dann einordnen lassen.

Die KFS arbeitet – der Selbstbeschreibung nach – interdisziplinär. Können Sie erläutern, welche Disziplinen an den genannten Projekten beteiligt sind?

Ja, was die Forschungsdisziplinen angeht, arbeiten wir immer wieder mit verschiedensten Disziplinen zusammen. Beim Klimawandelprojekt sind Umwelthistoriker, die WSL [Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft; u.a. für die offizielle Lawinenwarnung in der Schweiz zuständig. Anm. d. R.], Politologen, Ethnologen und ein Philosoph beteiligt. Bei dem Projekt, wo es um Sicherheit und Wahrnehmung geht, sind Kriminologen, Philosophen, Innovationsforscher und Medienwissenschaftler beteiligt. Bei dem Bahn-Projekt wirken zudem auch verschiedene Firmen (Softwareentwickler und Zugausstatter) aus Berlin mit. Eigentlich kann man sagen, arbeiten wir inter- und transdisziplinär, etwa mit Technologieentwicklern oder Praktikern aus dem Katastrophenschutz.

»Die Natur kennt keine Katastrophen.«

Interdisziplinarität wird bei Ihnen demnach ernst genommen und ist nicht nur Teil der Selbstbeschreibung?

Ja, genau. Dafür ist das Forschungsfeld dann auch zu speziell. Da kommt man – außer wenn es um Theoriebildung geht – ganz alleine auch nicht weiter. Wir glauben aber schon, dass Sozialwissenschaftler da eine bedeutende Rolle spielen, aber manchmal auch eine noch größere Rolle spielen sollten. Man merkt da manchmal, welche vielleicht etwas schräge Vorstellung bei anderen Disziplinen oder auch in der Praxis vorherrscht, was Sozialwissenschaftler eigentlich leisten können. Wenn es zum Beispiel um Warnungen geht, dann sagt die technische Seite, wir entwickeln eine Technik für eine Warnung und ihr (die Sozialwissenschaftler) müsst uns dann am Ende

nur noch sagen, wie sich das dann konkret vermitteln lässt. Oftmals wäre es besser, wenn die Sozialwissenschaften viel früher eingebunden werden würden.

Gibt es denn soziologische Theorien, die in der Erforschung von Katastrophen besonders leistungsfähig sind? Oder ist das je nach Projekt unterschiedlich?

Man muss natürlich projektbezogen schauen, was passt. Es gibt aber Theorien die sehr eng mit einer soziologischen Katastrophenforschungstradition zusammenhängen. Zum Beispiel das FAKKEL-Modell von Lars Clausen, das war für uns als Stadienmodell katastrophischen Wandels immer sehr wichtig, da es die Katastrophe in der funktionalen Differenzierung von Gesellschaft angelegt sieht. Allerdings ist das aufgrund des umfassenden Erklärungsanspruchs in der empirischen Anwendung schwieriger – aber es gibt hier auch gerade jüngere Ansätze zur Beschreibung von Vulnerabilität [Verletzbarkeit, Verwundbarkeit] oder auch Resilienz [Widerstandsfähigkeit], die vielfach mit einem erweiterten Kapitalbegriff arbeiten. Diese erweisen sich als sehr bedeutsam für die Erforschung von Katastrophen, da sie zeigen können, wie Anfälligkeit, aber auch Bewältigungskapazitäten sozial produziert, aber auch begrenzt werden. Aber natürlich spielen auch ganz klassische soziologische Theorien eine Rolle. Die Feld- und Habitus-theorie von Bourdieu zum Beispiel. Gerade hier wollen wir gerne Forschung noch intensivieren, weil wir glauben, dass da vor allem der soziologische Diskurs der Katastrophenforschung angereichert werden kann.

Welche Vorteile der Soziologie gegenüber anderen Disziplinen sehen Sie?

Wenn man über Katastrophen nachdenkt, dann sind das immer soziale Katastrophen. So etwas wie Naturkatastrophen ist erst mal begrifflich ein Problem, weil Katastrophe erst dann anfängt, wenn soziale Strukturen betroffen sind und nachhaltig beschädigt werden. Die Natur kennt keine Katastrophen. Dementsprechend ist Katastrophen-

forschung aus unserer Sicht schon immer sozialwissenschaftlich, wenn nicht soziologisch. Diese Sicht muss eigentlich immer da sein, sonst lassen sich Katastrophen in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung überhaupt nicht fassen. Wenn die Hydrologen einfach Pegelstände messen, dann erfassen sie sicherlich nicht das, was Katastrophe gesellschaftlich bedeutet. Es geht also gar nicht ohne Sozialwissenschaften.

Vielleicht abschließend noch, was raten Sie Studierenden in Anbetracht der Interdisziplinarität und der Vielfalt die in diesem Gebiet herrscht, wenn sie in die Richtung Katastrophenforschung arbeiten wollen?

»Das Übersetzen von Theorie in die Praxis ist schon ein entscheidender Punkt.«

Vor allem die Offenheit für die konkrete Nutzung von Theorien in der Praxis an konkreten Phänomenen. Das Übersetzen von Theorie in die Praxis ist schon ein entscheidender Punkt. Gerade dann, wenn man Theorien auf die Praxis anwendet, ergeben sich neue Erkenntnisse über die zugrundeliegenden Strukturen und ablaufenden Prozesse. Hier, denke ich, könnte noch viel soziologische Theorie für die Katastrophenforschung nutzbar gemacht werden.

Herr Lorenz, vielen Dank für das Gespräch!

Die Fragen stellte Lukas Daubner

Daniel F. Lorenz hat Philosophie, Soziologie und Politikwissenschaft studiert und rutschte während seines Studiums in Kiel in die Katastrophensoziologie. Zurzeit arbeitet er im Projekt "Risikoraum". Hier führt er die Begehungen in Hamburg durch und untersucht die Risiko- und Sicherheitswahrnehmungen der verschiedenen Akteure.



Illustration von Tobias Conradi

DIE EUROKRISE UND DIE KATEGORISIERUNGEN DES SOZIALEN

Ein Gastbeitrag von Barbara Kuchler

Was kann man als Soziologe zur Eurokrise sagen? Man hat natürlich ebenso wenig Lösungen wie alle anderen. Aber zumindest kann man die um die Eurokrise geführten Debatten besser verstehen, wenn man die in der Soziologie gebräuchlichen basalen Kategorisierungen des Sozialen anlegt und die unterschiedlichen Kommentare zur Eurokrise daraufhin befragt, welche dieser Kategorisierungen sie verwenden. Es gibt im Wesentlichen drei Möglichkeiten, d.h. drei Unterscheidungen, mit denen der basale Schnitt durch die soziale Welt gelegt werden kann, in der die Eurokrise stattfindet. Man kann zum einen unterschiedliche Nationalstaaten sehen, etwa Deutschland vs. Griechenland, die in unterschiedlicher Weise betroffen sind. Oder man kann unterschiedliche Klassen oder Schichten sehen: Oben vs. Unten, Reich vs. Arm, die um die Lastenverteilung streiten. Oder man kann unterschiedliche Funktionsbereiche sehen, insbesondere Wirtschaft vs. Politik, zwischen denen komplexe Wechselwirkungen vor sich gehen. Natürlich sind alle diese Unterscheidungen und alle diese sozialen Einheiten an der Eurokrise beteiligt, aber welche man davon zuerst sieht, hängt davon ab, welche Wahrnehmungsbrille (oder welche Gesellschaftstheorie) man aufhat. Dass es in der Krise unterschiedliche *Handlungsoptionen* gibt, ist auf den ersten Blick offensichtlich und wird täglich diskutiert; dass es aber, davorliegend, auch unterschiedliche *Wahrnehmungsoptionen* gibt und man je nachdem, welche basale Unterscheidung man anlegt, unterschiedliche Aspekte der Krise in den Blick bekommt, muss man sich erst klarmachen.

Erste Perspektive: Ungleichheit

Eine erste Möglichkeit ist, das Geschehen anhand der Achse Oben/Unten, d.h. im Rahmen der Frage nach sozialer Ungleichheit zu betrachten. Von dieser Perspektive stellt man fest, dass die bisherigen Maßnahmen zur Eurorettung eine deutliche Umverteilung von Unten nach Oben bedeuten: Am meisten leiden die Bezieher kleiner Einkommen und Renten, während die Kapitalanlagen des vermögenden Bevölkerungsteils gerettet werden, und das Geld der Steuerzahler wird Banken und anderen Einrichtungen in den Rachen geworfen. Diese können schon in wenigen Jahren wieder Milliardenprofite machen, ohne sich ihrerseits um das Wohl der kleinen Leute zu kümmern. Privatisierung von Gewinnen, Sozialisierung von Verlusten – das ist das Prinzip, das zugrundeliegt und das mit massiven sozialen Schieflagen einhergeht. „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ lautet entsprechend eine Parole, die bei den Protesten gegen die Sparmaßnahmen in hart betroffenen Ländern ausgegeben wird; das dominie-

rende Gefühl ist, dass „die da oben“ – in Bankvorständen, Ministerien und Politikerriegen – „uns“ normalen Leuten ein Problem eingebrockt haben, für das „wir“ nichts können und das „wir“ jetzt auslöffeln müssen. Dass Menschen, die durch die Eurokrise in echte Existenznöte geraten sind, so denken, ist nachvollziehbar.

Diese Beobachtungsweise trifft aber im Wesentlichen nur die *Folgen* der Krise, nicht ihre Ursachen und Triebkräfte. Was diese Frage anbelangt, gelangt man mit der Beobachtung entlang der Achse sozialer Ungleichheit schnell an Grenzen. Nur sehr hartgesottene Marxisten und Kapitalismuskritiker würden so weit gehen zu behaupten, dass die Eurokrise eine intentionale Maßnahme der oberen Klassen war, um ihre Vermögenslage relativ zu den unteren zu verbessern – obwohl dies doch unzweifelhaft eine Folge davon ist. Schon eher vertreten lässt sich das Argument, dass das allgemeine Prinzip der Privatisierung von Gewinnen und Sozialisierung von Verlusten bewusst installiert und aufrechterhalten wird, hier in Gestalt der Sankrosanktheit von Banken, die um des „Systems“ – also um aller – willen nicht pleitegehen dürfen, womit aber gleichzeitig auch die Kapitalanlagen der Vermögenden und die Jobs der Banker und Finanzjongleure erhalten werden. Manche Marxisten vermuten schon seit längerem, dass etwa die Empfehlung der kapitalgedeckten Altersvorsorge für die breite Bevölkerung und generell die Diffusion von Kapitalanlagen in untere Schichten hinein ein perfider Trick „des Kapitals“ ist, um der Durchschnittsbevölkerung ein Interesse an der Stabilität des Finanzsystems zu geben und Angriffe auf dieses System zu erschweren. Wenn das so wäre, wäre die Eurokrise ein extremer und extrem erfolgreicher Fall davon – aber diese Annahme setzt sehr hohes Vertrauen in die Weitsicht und umwegige Klugheit „der Kapitalisten“ voraus.

Zweite Perspektive: Funktionale Differenzierung

Wer von so viel Vertrauen überfordert ist, kann es versuchsweise einmal mit der zweiten Perspektive probieren: der Perspektive funktionaler Differenzierung. In der Eurokrise stehen offensichtlich vor allem zwei Funktionssysteme gegeneinander, nämlich Wirtschaft und Politik. Man denke nur an die Diskussion um den Einsatz von „Bazookas“, wie unbegrenzten Staatsanleihenkäufen durch die EZB oder Erteilung einer Banklizenz für den ESM: Die Front, an der die *Bazooka* eingesetzt wird, ist die Front Politik vs. Wirtschaft, und der leitende Eindruck ist: Die Politik – d.h. die Staaten – muss zusammenhalten, um der Wirtschaft – d.h. den Finanzmärkten – zu

zeigen, dass es keinen Sinn hat, gegen den Euro oder auf Staatsbankrotte zu spekulieren.

Aber auch tiefergehend kann die Problematik der Staatsverschuldung insgesamt nur verstanden werden, wenn man Politik und Wirtschaft als je eigenständige, einer eigenen Logik folgende Bereiche sieht, die dann aber komplexe Interdependenzen miteinander ausbilden. Die Möglichkeit extrem hoher Staatsverschuldung entsteht dadurch, dass Staaten als *politische* Einheiten, nämlich weil sie über das Gewaltmonopol und die Steuererhebungs-kompetenz verfügen, auch besonders qualifizierte *Wirtschaftsteilnehmer* sind, nämlich besonders kreditwürdige Schuldner. Sie können sich *als Staaten*, gestützt auf ihre *politische* Qualität, nahezu unbegrenzt Geld leihen und sie können sich darin von *politischen* Dynamiken – Stichworte: Demokratie und Wählerbeglückung – treiben lassen. Damit werden sie aber abhängig von den Strukturgesetzen der Finanzmärkte als *wirtschaftlicher* Einrichtungen, insbesondere von der Problematik des Vertrauens und der Möglichkeit des plötzlichen Vertrauensverlustes. Ein – warum auch immer einsetzender – Vertrauensrückgang unter Anlegern wirkt selbstverstärkend und wird zur „*self-fulfilling prophecy*“, auch ohne grundlegende Änderung der Fundamentaldaten: Wenn alle glauben, dass Griechenland seine Schulden nicht mehr wird bedienen können, dann steigen die Risikoanschläge auf griechische Staatsanleihen und Griechenland kann seine Schulden tatsächlich nicht mehr stemmen. Staaten sind damit der „Irrationalität“ der Finanzmärkte ausgeliefert, oder besser gesagt: Der typischen begrenzten Rationalität des Sozialen, in der es keine Berechenbarkeit, Objektivität und festen Urteilsgrundlagen gibt, sondern viel zirkuläre, erwartungsabhängige oder auch zufallsabhängige Dynamiken.

Mit der Perspektive auf Funktionssysteme kann man auch den Problemaspekt besser verstehen, der oben, in der Perspektive sozialer Ungleichheit, unklar geblieben war. Es geht bei der Staaten- und Bankenrettung durchaus nicht nur um die Kapitalanlagen der Reichen, auch die Ersparnisse, Versicherungen, Altersversorgungen, Bausparverträge usw. der breiten Bevölkerung „hängen“ mit drin. Aus der Funktionssystem-Perspektive ist das ein einfacher Fall von Inklusion, d.h. von Teilnahme tendenziell aller Menschen an tendenziell allen Funktionsbereichen. Genauso wie in der modernen Gesellschaft alle Menschen in die Schule gehen, alle Menschen das Wahlrecht besitzen und alle Menschen heiraten dürfen, genauso sind wir alle zunächst in die Konsumseite der Wirtschaft inkludiert und mittlerweile – soweit wir über irgendeine Art von Vermögen oder auch über Schulden verfügen – auch in die Finanzseite der Wirtschaft. Dahinter steckt keine perfide Absicht irgendwelcher Kapitalisten, sondern die allgemeine Dynamik, dass wichtige Strukturen der Gesellschaft zunehmend für alle Menschen zugänglich werden.

Dritte Perspektive: Nationalstaaten

Als dritte Perspektive kommt die Differenz unterschiedlicher Nationalstaaten in Betracht. Obwohl die „Containmenttheorie“ des Sozialen (Ulrich Beck), die sich Soziales als vorrangig in den Grenzen eines Nationalstaats denkt und „die Gesellschaft“ jeweils an den Grenzen eines Nationalstaats enden sieht, in der Soziologie mittlerweile

weitgehend überwunden ist, ist die Differenz von Nationalstaaten natürlich trotzdem eine wichtige Dimension des Sozialen, jedenfalls bei einem europäischen Problem. Die Mitglieder verschiedener europäischer Staaten sind offensichtlich sehr unterschiedlich von der Krise betroffen: Während die Griechen bereits bei den letztjährigen Wahlen mehrheitlich in einem Zustand angekommen waren, in dem ihnen das Argument einleuchtete, dass es „schlimmer sowieso nicht mehr werden kann“ (auch wenn das vermutlich nicht realitätsgerecht ist), erfahren die Deutschen von der Krise immer noch überwiegend aus der Zeitung oder durch sehr indirekte und fast paradoxe, anti-zyklische Rückwirkungen. Zu beobachten sind zum Beispiel steigende Immobilienpreise, weil Südeuropäer bei der Suche nach sicheren Anlageformen auf den Kauf von Wohnungen in München oder Berlin verfallen.

Ein Großteil der Debatte zur Eurokrise findet denn auch in *terms* von nationalen Kategorien statt, was schon deshalb unausweichlich ist, weil die politischen Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten nationalstaatlich segmentiert sind. Schaffen es „die Griechen“, ihren Haushalt zu sanieren, oder sind sie hoffnungslos korrupt, des Steuerzahlens entwöhnt und zu solider Haushaltspolitik unfähig? Sind „die Deutschen“ bereit, noch mehr Haftungsrisiko zu übernehmen, oder sollten sie lieber ihre eigene Wirtschaftsleistung und solide Haushaltspolitik anderen Völkern anempfehlen? Aber haben nicht die Deutschen ihre wirtschaftlichen Erfolge teilweise auf Kosten anderer europäischer Länder erzielt, indem sie gnadenlose neoliberale Niedriglohn- und Standortpolitik betrieben haben? usw. usf. Nationale Interessen, Partikularismen, Vorbehalte, Ressentiments, und umgekehrt auch die Einforderung europäischer Solidarität, werden artikuliert. Die Eurokrise schiebt die Völker Europas wegen des unablässigen Handlungs- und Entscheidungsdrucks enger zusammen, und damit auch weiter in ihre wechselseitigen Konflikt- und Unausstehlichkeitszonen hinein, als praktisch alle Phasen europäischer Einigung davor.

Interessanterweise wird die nationalstaatliche Perspektive aber nicht nur von Kommentatoren benutzt, denen ihr nationales Eigeninteresse am Herzen liegt, sondern auch und gerade von nicht-national und anti-national Denkenden. So beobachtet der erklärte Europäer Jürgen Habermas die Urteilspraxis des Bundesverfassungsgerichts zu Euro-Fragen, etwa zum Parlamentsvorbehalt bei der Ausweitung der Haftungssumme des ESM mit der nationalstaatlichen Brille, weil ihm hier Kritikwürdiges in die Augen sticht. Das Verfassungsgericht solle nicht die Position eines Oberkontrolleurs Europas beanspruchen; es vertrete tendenziell eine „nationale Perspektive“ und eine „abschirmend-souveränitätsversessene“ Argumentation, und es sei unklar, „ob das Gericht den Nationalstaat um der Demokratie willen oder nicht doch eher die Demokratie um des Nationalstaats willen verteidige“.¹ Ähnliche Kritik kann man leicht auch gegenüber der Deutschen Bundesbank formulieren: Dass diese sich so penetrant gegen expansive Staatsanleihenkäufe durch die EZB zur Wehr setze, kann man als national-engstirnige Politik bezeichnen, die die dringend benötigte Entlastung klammer Staaten zugunsten des nur in Deutschland so verabsolutierten Ziels der Geldwertstabilität hinten anstellt.

Diese rein nationalstaatlich orientierte Beobachtung greift aber vielleicht zu kurz, denn die als „national“ kritisierten Positionen sind bei näherem Hinsehen auch mit Elementen der zweiten Perspektive infiziert: Sie scheinen nämlich jeweils die Verhinderung eines allzu leichten Durchgriffs der (Krisen-)Politik auf Domänen eines anderen Funktionsbereiches im Blick zu haben. Was das Bundesverfassungsgericht angeht, so muss dieses nun einmal seiner ureigensten Aufgabe nach dem Grundgesetz und die Grenzen dessen, was es zulässt, ernst nehmen, unter anderem die Frage, welche Entscheidungen eine Beteiligung des Parlamentes erfordern. Es geht hier zunächst um ein „Oben-anstellen“ des Rechts, und nur an zweiter Stelle um ein „Oben-anstellen“ dessen, was für Deutschland zuträglich ist. (Und das Verfassungsgericht hat ja überhaupt nichts dagegen, dass sehr weitreichende Maßnahmen zur Eurorettung, Haftungsvergemeinschaftung usw. beschlossen werden, wenn der Bundestag das beschließt.) Ähnlich die Bundesbank: Das Ziel von Geldwertstabilität und Inflationsvermeidung hängt mit dem Schutz des Geldes vor allzu leichtfüßiger Selbstbedienung des Staates, d.h. vor der Möglichkeit der Staatsfinanzierung durch Geldschöpfung zusammen. Man mag dies einseitig finden und wie Zentralbanken anderer Staaten, ein Zweitziel wie Konjunktur- und Beschäftigungsförderung für sinnvoll halten – darüber kann man diskutieren. Gleichwohl sind hier aber grundsätzliche Fragen des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft involviert, und die Problemlage ist nicht voll begriffen, wenn man sie auf nationale Partikularismen reduziert.

Aus der Krise lernen

Man sieht: Die Eurokrise kann, wenn man will, auch als Grundkurs in Soziologie, genauer in soziologischen Gesellschaftstheorie, benutzt werden. Die Soziologie als professionelle Gesellschaftsbeobachterin verwendet oft dieselben Kategorien wie die Alltagsbeobachtung, nur stärker durchreflektiert und begrifflich kontrolliert. Umgekehrt gesagt agieren „normale“, nicht-soziologisch ausgebildete Teilnehmer am Sozialen als „Spontansoziologen“ (Pierre Bourdieu), wenn sie Soziales beobachten und kommentieren. Für Handlungsoptionen, d.h. für die Frage, welche politischen Maßnahmen nun befürwortet oder abgelehnt werden sollen, folgt daraus nichts unmittelbar. Aber immerhin findet man sich leichter in der Komplexität der Lage zurecht, wenn man weiß, dass es Alternativen nicht nur in den zu treffenden Maßnahmen, sondern auch in den angelegten Beobachtungskategorien gibt. ■

[1] Wolfgang Janisch, *Das Europa der Anderen*. Jürgen Habermas meint: *Das Bundesverfassungsgericht schadet der Einheit des Kontinents*. Für Andreas Voßkuhle schützt es dagegen die Demokratie. Ein Streitgespräch, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 22./23. September, S. 7.

über die Autorin:

Barbara Kuchler ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Prof. Dr. André Kieserling an der Universität Bielefeld.

Impressum

sozusagen

Bielefelder Studierendenmagazin
der Fakultät für Soziologie
Ausgabe WiSe 2012/13
(erscheint einmal pro Semester)

Redaktion:

Alexander Engemann (V.i.S.d.P.)
Arne Kramer-Sunderbrink
Feride Celik
Finn-Rasmus Bull
Johanna Springhorn
Lukas Daubner
Michael Grothe-Hammer
Rainald Manthe (Berlin-Korrespondent)
Sophia Cramer

Layout-, Logo-, Covergestaltung:

Michael Grothe-Hammer

Cover-Bild:

Arne Kramer-Sunderbrink

Finanzen und Werbung:

Alexander Engemann

Postanschrift:

Universität Bielefeld
Fachschaft Soziologie
sozusagen-Magazin
Postfach 100131
33501 Bielefeld

Druck:

Druckerei WIRmachenDRUCK GmbH
Mühlweg 25/2-3, 71711 Murr

Auflage:

1500

Zuschriften und Kritik an:

sozusagen-bielefeld@gmx.de

Die sozusagen im Internet:

<http://sozusagenblog.wordpress.com/>

Dank an:

Das StuPa der Universität Bielefeld
und allen anderen Mithelfern!

Der Inhalt der Beiträge muss nicht unbedingt die Meinung der Redaktion widerspiegeln, verantwortlich sind allein die Autoren/Fotografen/Künstler. Die Rechte der Beiträge liegen bei ihren jeweiligen Inhabern. Sollten durch Zitate, Abbildungen oder andere Darstellungen Urheberrechte oder Rechte Dritter verletzt werden, geschieht dies unbeabsichtigt. Für diesen Fall bitten wir um Mitteilung.

DEN KRIEG SORTIEREN

Thesen zur Beobachtung von Kriegen

Bei (fast) allen Konflikt-Darstellungen in westlicher Politik und westlichen Massenmedien wird eine Partei der „Guten“, der der „Bösen“ gegenübergestellt. Es besteht wohl kein Zweifel daran, dass Assad ein Ekel ist, der es vor allem auf den Tod syrischer Oppositioneller abgesehen hat. Mubarak, Gaddafi oder Milosevic passen in das gleiche Schema. Aber: Beide Seiten in den Konflikten töten, sie beenden Leben. Was unterscheidet aber den einen Tod von einem anderen, was macht den einen Tod gut, den anderen schlecht? Für die Konfliktparteien bedeutet die Bewertung ihres Tötens als Gut oder Böse viel: Wie wird der Konflikt international diskutiert und behandelt? Gibt es eine (militärische) Intervention und wenn ja, auf welcher Seite?

Für die Beteiligten – egal auf welcher Seite sie stehen – ist ein Krieg eine Krise, eine Katastrophe: „Krieg ist Chaos. Unzählige Menschen stecken in der Krise, produzieren Kadaver und versuchen, ihre eigene Haut zu retten (...). Das entstehende Durcheinander ist um Dimensionen zu komplex, um von irgendwem seriös überblickt werden zu können.“ (Müller 2006, 224) Opfer und Täterinnen gibt es auf beiden Seiten¹. Informationen, wer, wann und warum, wen getötet hat, sind kaum zu haben. Eine klare Zuweisung von „Gut“ und „Böse“ wird aus dieser Sichtweise zu einer Illusion, zu einer Beobachtungskategorie, die in der Debatte der Medien und der Politik erzeugt wird. Ich stelle hier die These auf, dass durch die Unterscheidung Gut/Böse das Chaos des Krieges geordnet und erst dadurch für uns als Beobachterinnen erfassbar und politisch verhandelbar wird.

Aus dieser Perspektive ist es aber erstaunlich, warum wir uns trotz des Kriegs-Chaos so einig sind, welche der Konfliktparteien gut und welche zu verurteilen ist.² Das erste Argument ist, dass die Eigenlogik der Presse das Bild von Kriegen verändert. Konflikte und Verstöße gegen eine Norm (z.B. „Im Krieg werden keine Zivilistinnen getötet.“) haben nach Luhmann einen hohen Nachrichtenwert, insbesondere, wenn der Normverstoß mit einer Bewertung eines Handelns als Gut oder Böse anreicherbar ist (Luhmann 1999, 64f). Für Unsicherheiten, verschiedene Theorien und eine umfassende Berichterstattung zu Nachrichten und deren Entstehung ist in Zeitungen meist kein Platz. Bei Fernsehnachrichten ist dieser Platz noch begrenzter. Also wird vereinfacht, selektiert und stereotypisiert. Es entsteht eine Realität, die durch die Eigenlogik der Medien verändert wird.

Zweitens wird ein Krieg mit Sicherheit durch die Politik thematisiert. Auch Politikerinnen haben nicht das Wissen, was „wirklich“ passiert und können auf dieser Basis planen und entscheiden. Trotzdem werden von der Politik Entscheidungen erwartet und zwar klare Entscheidungen für oder gegen bestimmte Konfliktbehandlungen. Politisches Entscheiden neigt also dazu, klare Entscheidungen für oder gegen eine Konfliktbehandlung zu treffen, ohne dabei das eigentliche Nicht-Wissen über die Situation artikulieren zu können.

Eingebettet ist dies in eine übergeordnete Entwicklung: Die Wahrnehmung des „gerechten“ Krieges hat sich von zwischenstaatlichen Kriegen zweier, zumindest formal ebenbürtiger Staaten, zu einer Polizeiaktion gegen Schurken, die anerkannte völkerrechtliche Prinzipien verletzen, gewandelt. „Wer beansprucht, einen gerechten Krieg zu führen, denkt die Rechtsbezüge der Kontrahenten von vornherein asymmetrisch: die eine Seite hat alles Recht auf ihrer Seite, die andere Seite hingegen alles Unrecht; sie wird gedacht nach dem Vorbild des Verbrechens, der durch eine Polizeiaktion unschädlich zu machen (...) ist.“ (Münkler 2005, 56f) Als Rechtfertigungen für den Krieg dienen die Ahndung von Menschenrechtsverletzungen, der Stopp von Massakern, die Verfolgung von Verbrecherinnen, kurz: All das, was uns zur Rechtfertigung der „Humanitären Interventionen“ im Irak, Afghanistan und Kosovo erzählt wurde.

Ein Beispiel, an dem gut zu erkennen ist, wie in der Beobachtung die Konfliktparteien zu den „Guten“ und den „Bösen“ gemacht werden, ist das „Massaker von Račak“. Stell dir vor, es ist der 16. Januar 1999, du sitzt vor dem Fernseher und siehst die ersten Bilder, mit denen von einem Vorfall in der Kleinstadt Račak im Kosovo berichtet wird. Etwa 40 kosovo-albanische Männer, Frauen und Kinder wurden von serbischen Polizei- und Militäreinheiten hingerichtet. Am nächsten Morgen liest du in jeder Zeitung die gleiche Geschichte, angereichert durch die ausgesprochen blutigen Beschreibungen der Chefin der „Kosovo Verifikation Mission“ (KVM). Die Rollen sind verteilt: die unbewaffneten, wehrlosen, kosovo-albanischen Opfer und die brutalen serbischen Täterinnen. Erst durch die spätere Untersuchung der Leichen durch schwedische Pathologinnen kamen Zweifel an dieser Deutung auf: Die Toten wurden (wahrscheinlich) nicht hingerichtet. Es entstand die Alternativdeutung, dass die gefundenen Körper die Opfer der Kämpfe der letzten Tage waren, die in Račak zusammengetragen wurden. Was wirklich geschah, ist bis heute unklar. Wie aber wird aus einem unklaren Ereignis eine eindeutige Nachricht, die schließlich bei dir ankommt?

Zunächst konkurrieren die Konfliktparteien um die Durchsetzung ihrer Deutung der Situation. Sie zeigen bestimmte Aspekte, inszenieren andere, machen weitere unsichtbar, verbreiten ihre Deutungen und versuchen, sie dabei zu legitimieren. So leugnet die serbische Regierung, dass ihre Polizei und Militäreinheiten beteiligt waren, kündigt eine unabhängige Untersuchung an, lässt am 16. das Dorf abriegeln und vertreibt Vertreterinnen der Beobachtermission und Journalistinnen aus Račak. Geflohene Dorfbewohnerinnen berichten derweil den Vertreterinnen der KVM von einem Massaker in ihrem Dorf.

Die Deutung der Kosovo-Albanischen Seite überwiegt schließlich. Der Chef der Beobachtermission, Walker, hat am 16. schon eine klare Position: Die Vorkommnisse seien ein Massaker, ein Verbrechen an der Menschlichkeit.



Image after

Gut gegen Böse: Die Abgrenzung erscheint meist erstaunlich eindeutig

Zwar spricht er davon, dass die Frage der Täterschaft noch nicht geklärt sei, er beschuldigt zumindest nicht eindeutig die serbischen Truppen, das übernehmen dann aber die deutschen Medien: Für sie ist die Geschichte eindeutig ein Massaker der Serbinnen an den Kosovo-Albanerinnen. Die Alternativdeutungen der serbischen Regierung werden dagegen verspottet. Am Ende steht das Bild von den bösen serbischen Truppen und die Beschreibung als „Massaker“. Das ist das Bild, was schließlich bei uns ankommt: Eine Realität, die dadurch beeinflusst wird, wie die Konfliktparteien ihre Deutung an die Frau bringen können, wer die Situation beobachtet und wie sie das weitervermittelt. Eine Realität also, die durch die Eigenlogik der Medien erzeugt wird.

Das „Massaker von Račak“ wird zum Medienereignis und löst eine Debatte über ein Mandat für NATO-Luftangriffe gegen Serbien aus. In Deutschland unterstützen die regierenden Parteien SPD und Grüne diese „humanitäre Intervention“, auch mit dem Hinweis auf Račak. Hier stellt sich insbesondere die Frage, warum die Grünen – zum Ersten Mal in der Regierung vertreten und eigentlich mit pazifistischen Grundsätzen ausgestattet – der Intervention zustimmten. Aussagen Grüner Bundestagspolitikerinnen, „dass 'nach dem Massaker von Racak' kein Spielraum mehr für Verzögerungen sei“, (taz, 04.02.1999) legen nahe, dass die These vom Entscheidungsdruck trotz Nicht-Wissen hier eine Rolle gespielt hat.

Im März 1999 begann die NATO – ohne UN-Mandat – mit Luftangriffen gegen serbische Ziele, vor allem Belgrad. Die Intervention wird nicht als Krieg gesehen, sondern vielmehr als humanitäre Hilfe, als Eingreifen der „Weltpolizei“ gegen die verbrecherischen Serbinnen. An dem Beispiel von Račak bestätigt sich meine obengenannte These: Die westliche Beobachtung von Konflikten reduziert das Chaos des Krieges durch die Zuordnung moralischer Kategorien: Die guten Kosovo-Albanerinnen werden von den bösen Serbinnen bedroht.

Sophia Stockmann

Literatur:

- Grüne balkanpolitisch (04.02.1999) In: taz, die tageszeitung
- Luhmann, Niklas (1999): Die Realität der Massenmedien. 2. Aufl. Opladen: Westdt. Verl
- Müller, Olaf L. (2006): Chaos, Krieg und Kontrafakten. Ein erkenntnistheoretischer Versuch gegen die humanitären Kriege. In: Barbara Bleisch und Jean-Daniel Strub (Hg.): Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis. 1. Aufl. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt Verlag; Haupt, S. 223–263
- Münkler, Herfried (2005): Die neuen Kriege. 2. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl

[1] Der Text ist in der weiblichen Form geschrieben. Über alle Anderen schreibe ich aus Prinzip nicht.

[2] Wer das bezweifelt, sollte aktuell in einer Debatte über Syrien mit Assad sympathisieren und schauen, was passiert.

Mein Auto



Andreas Pöge

Studium/aktuelle Stelle:

1994–1997: Diplomstudiengang Mathematik/Informatik in Münster

1997–2002: Magisterstudiengang Soziologie, Neuere und Neueste Geschichte, Politologie an der WWU Münster

2007: Promotion an der Universität Trier

Aktuell: Akademischer Rat auf Zeit im AB „Methoden“

Forschungs- und Interessenschwerpunkte:

Methoden der empirischen Sozialforschung

Längsschnittforschung

Werteforschung

Kriminalsoziologie

Als Kind wollte ich sein wie... Colt Sievers

Meine Lieblingsband... The Faces

Im Kino habe ich zuletzt gesehen... Der gestiefelte Kater 3D

Was ich gut kann... organisieren

Mich nerven Studierende, wenn sie... mich nerven

An Soziologie besonders interessant ist... Statistik

Diese Person bewundere ich: Keith Richards

Ich nehme mir gerne Zeit für(´s)... Fußballtraining

In Bielefeld muss man unbedingt... einmal am Sonnabend auf die Königsbrücke kommen

Aus meiner Studienzeit erinnere ich mich am Liebsten an... Repetitorien auf Korsika

Am meisten bin ich stolz auf... meine Kinder

Das sollte es öfters geben: indisches Hähnchencurry in der Mensa

poesiealbum

Am Forschen gefällt mir... die Freiheit das zu erforschen, was einen interessiert

Im Lehren gefällt mir... Menschen etwas Neues beizubringen

Meine Empfehlung an Erstsemester ist... nehmt Euch unbedingt die Zeit, die Ihr braucht!

Der bedeutendste Soziologe ist... keine Ahnung, gibt ja doch einige...

Soziologie ist... spannend

Meine erste Liebe war... unerwidert

Mein Lieblingszitat... hab' keins

Ich stoße an meine Grenzen, wenn... ich soziologische Theorien erklären muss

Eine erste Erfahrung mit der Arbeitswelt: 6:30 Uhr Schichtbeginn in der Maschinenbaufirma

Es macht mich wütend, dass... manche Menschen unehrlich sind

Eine gute Tat, an die ich mich gerne zurückerinnere... hmm, gute Frage... ich werde nachher mal eine begehen.

Ich finde es ungerecht, dass... die Mittelbauverhältnisse an der Uni so sind, wie sie sind

Studierendenproteste sind... häufig leider unnütz

Revolution ist... mir mit zunehmendem Alter unwichtiger

Ich würde niemals... vom 10-Meter-Turm springen

Ich kann nicht so gut... geduldig sein

Die Fragen stellte: Johanna Springhorn

Antwort von Dr. Hendrik Vollmer
Akademischer Oberrat & Redakteur
der Zeitschrift für Soziologie

Wozu und wie Krisen und Katast

Wenn es ein übergreifendes soziologisches Motiv für die Beschäftigung mit Krisen und Katastrophen geben soll, dann wäre dies wohl das Interesse am Irregulären und Instabilen, also ein allgemeines Interesse an dem, was soziale Ordnung stört und sie aus dem Gleichgewicht bringt. Tatsächlich finden sich in beinahe jeder Sozialtheorie prominent platzierte Bekenntnisse zum Wert von Ausnahmen für das Verständnis der Regelmäßigkeiten sozialer Strukturen und Prozesse. Gleichwohl gibt es kein grundlagentheoretisches Wissen in Form eines allgemeinen soziologischen Verständnisses über den Zusammenhang von Störungen und der Aufrechterhaltung sozialer Ordnung, auf das die Beschäftigung mit Krisen und Katastrophen umstandslos zurückgreifen könnte. Die gegenwärtig verfügbare soziologische Expertise über Krisen und Katastrophen fällt dementsprechend fragmentarisch aus und speist sich aus Spezialinteressen ohne gemeinsame analytische Klammer.

Die Soziologie der Krise ist in erster Linie ein Unternehmen von zeitdiagnostisch interessierten Gesellschaftstheoretikern geblieben. Thesen über Ursachen und Begleiterscheinungen krisenhaften Wandels werden an ein je nach Krisentheorie variierendes Verständnis sozialer Ordnung (Kapitalismus, Klassengesellschaft, Demokratie, funktionale Differenzierung usw. usf.) und ein gleichermaßen variierendes Repertoire von Funktionserfordernissen angeschlossen (Bedarf an Ressourcen, hierarchischer Ordnung, Legitimation, Autonomie gesellschaftlicher Wertesphären usw. usf.). Der unbestreitbare Verdienst der Krisensoziologie liegt zum einen darin, soziologische Expertise in laufende Krisendiskurse einzubringen und sie in der Öffentlichkeit zu vertreten. Die für die Soziologie womöglich ungleich wichtigere Leistung krisensoziologischer Ansätze besteht zum anderen darin, Störungen sozialtheoretisch zu endogenisieren, sie also als Resultat sozialer Prozesse zu thematisieren anstatt als etwas, das sozialer Ordnung gewissermaßen von außen zustößt. Die Endogenisierung von Störungsereignissen anhand des Krisenbegriffs begründet die Zuständigkeit der Soziologie als Wissenschaftsdisziplin, diese Störungen deutend zu erklären.

Die Katastrophensoziologie kämpft demgegenüber bis heute damit, sich von der Vorstellung der Katastrophe als externer Intervention in soziale Gleichgewichte zu befreien. Sie erscheint, so könnte man mit maßvoller Übertreibung sagen, gefangen in einer Konstruktivismusdebatte, die andere Bereiche der Disziplin lange hinter sich gelassen haben. Einerseits möchte sie den sozial konstruierten Charakter jeder Katastrophe aufzeigen und dadurch ihren Gegenstand also in ähnlicher Weise wie die Krisensoziologie auf dem Weg einer Endogenisierung für die Soziologie reklamieren. Andererseits betont die Untersuchung von Störungsereignissen als Katastrophen die Singularität dieser Ereignisse gegenüber den von ihnen in Mitleidenschaft gezogenen Strukturen und Prozessen; insofern ein Katastrophenereignis hierbei als unabhängige Variable behandelt wird, muss es als externer Bestimmungsgrund sozialer Effekte erscheinen. Der in diesem

Zusammenhang auftretende Endogenisierungsverzicht sichert in anderer Weise einen Gegenstandsbereich für die empirische Erforschung von Störungsereignissen: Während in der Krisensoziologie das Einzelereignis hinter Theorieapparaturen verschwinden, die das Eintreten der Krise prädestinieren (was der Theorie dann den berechtigten Vorwurf des Determinismus einbringt), ist die Katastrophensoziologie sensibler für die Ereignischarakter der Störung und für ihre Historizität und letztendlich offener für die Erfassung kausaler Zusammenhänge im Feld.

Es gibt eine ganze Reihe weiterer soziologischer Spezialinteressen an Störungen, die quer liegen zu den damit ganz grob angedeuteten Schwerpunkten soziologischer Beschäftigung mit Krisen und Katastrophen: eine Risikosoziologie, die nach ihrer ersten Hochphase Ende der 80er Jahre gegenwärtig eine erstaunliche Renaissance erlebt, eine alltagssoziologische Beschäftigung mit „ordinary troubles“ (Erving Goffman), eine florierende Forschung zu Stress- und Belastungssituationen in Organisationen, Gruppen und Familien, organisationswissenschaftliche Studien zur Unfallträchtigkeit soziotechnischer Systeme, große interdisziplinäre Forschungszusammenhänge zur Anfälligkeit von Verkehrs- und Kommunikationssystemen und vieles mehr.

Was demgegenüber fehlt, ist ein übergreifender soziologischer Rahmen für die Beschäftigung mit kleinen und großen Störungen, mit dem Effekt externer Singularitäten auf und krisenhaften Prozessen in sozialen Ordnungszusammenhängen. Die Sozialtheorien des Faches bieten hierfür bislang unzureichende Unterstützung. Die interdisziplinäre Verwendung und Anschlussfähigkeit von Krisen-, Katastrophen- und Störungsbegriffen bietet in besonderem Maße die Chance, von dem zu lernen, was andere Disziplinen – evolutionäre Anthropologie, Psychologie, Verhaltensbiologie, Wirtschafts- und Geschichtswissenschaften, interdisziplinäre Organisationsforschung, Soziophysik – an Erkenntnissen über die Störungsanfälligkeit und Störungsverarbeitung sozialer Ordnung anzubieten haben. In dem Maße, wie sich in der Soziologie gegenwärtig die Illusion auflöst, die Grundlagen sozialer Ordnung in der Einsamkeit der eigenen Schreibstuben bestimmen zu können, steigen Soziologinnen und Soziologen engagierter als bislang in interdisziplinäre Forschungszusammenhänge über Krisen, Katastrophen und Störungen aller Art ein. Gerade in der Fortentwicklung ihres grundlagentheoretischen Kerns wird die Soziologie hiervon profitieren.

Die Beschäftigung mit Krisen und Katastrophen wird vor diesem Hintergrund weniger als eine Gelegenheit erscheinen, die öffentliche Diskussion mit spontanen Einsichten auf der Basis vermeintlich gesicherten soziologischen Grundlagenwissens zu bereichern. Sie bietet stattdessen eine Gelegenheit, soziologisches Grundlagenwissen zu revidieren und mittelfristig dabei auch seine konfessionelle Fragmentierung zu überwinden. ■

sozusagen zur Frage:

Katastrophen soziologisch erforschen?

Antwort von Dr. Sven Kette
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
bei Prof. Dr. Tacke

Herausforderungen soziologischer Forschung gibt es viele – und sie sind zunächst auch gar keine Besonderheit des Themas ‚Katastrophen‘. Die soziologische Erforschung von Katastrophen steht jedoch vor einigen besonders vertrackten Problemen, von denen hier ein ganz grundsätzliches knapp behandelt werden soll: Wie lassen sich Katastrophen eigentlich zum Gegenstand soziologischer Forschung machen?

Die so gestellte Frage deutet schon auf eine dahinter liegende These hin. Dass nämlich, Katastrophen nicht zum genuinen Gegenstandsbereich der Soziologie gehören, sie also nicht immer schon Gegenstand soziologischer Forschung sind, sondern sie stattdessen erst zu einem soziologischen Gegenstand gemacht werden müssen. Wenn man Soziologie – ganz einfach – als Wissenschaft von Sozialität und dementsprechend der zwischenmenschlichen Beziehungen versteht, so lassen sich Gespräche, Gruppen, Familien, Organisationen bis hin zu ganzen Gesellschaften und deren Teilbereiche als mehr oder weniger komplexe, mehr konkrete oder mehr abstrakte, mehr persönliche oder mehr versachlichte Formen zwischenmenschlicher Beziehungen auffassen und allesamt als Gegenstände der Soziologie identifizieren. Für Katastrophen gilt dies zunächst nicht in gleicher Weise. Wie dann aber eine soziologische Perspektive auf Katastrophen gewinnen?

Katastrophen sind ein wenig spezifisches Phänomen. Ganze Bücher beschäftigen sich mit der Frage: „What is a disaster?“¹ Angesichts der Vielfalt dessen, was üblicherweise als Katastrophe behandelt wird, wundert dies nicht. Zahlreiche Naturereignisse wie Erdbeben, Tsunamis, Überschwemmungen und Dürren, oder das Klima insgesamt, aber auch technisch bedingte Probleme, wie atomare oder chemische Verschmutzungen, Zug- oder Flugzeugunglücke, bis hin zu den Aufregern der Nahwelt (etwa die mangelnde Erreichbarkeit des Telefonanbieters) – all dies hat Katastrophenpotential. Auf den ersten Blick ist an diesen beliebigen erweiterbaren Beispielen allerdings kaum etwas Allgemeines zu erkennen, noch erschließt sich unmittelbar, worin die Beziehungsqualität und damit die soziologische Relevanz liegen könnte. Es bedarf einer kurzen Vergewisserung über Katastrophen, um einen soziologischen Zugang zu ihnen zu gewinnen.

Man kann wohl sagen, dass Katastrophen immer dort vorliegen, wo die Folgen eines Ereignisses als katastrophal gedeutet werden. Ereignis und Folgenbewertung können demnach als die beiden konstitutiven Bedingungen für Katastrophen verstanden werden – und sie sind zugleich die entscheidenden Ansatzpunkte für einen soziologischen Zugriff auf das Katastrophenthema. So ist zwar ein Wirbelsturm kein zwischenmenschliches Ereignis, die Evakuierung bedrohter Gebiete, die Vorhersage über den zu erwartenden Verlauf, sowie die Koordinierung von Rettungsmaßnahmen basieren jedoch sehr wohl auf organisationalen Leistungen und damit auf einer spezifischen Form zwischenmenschlicher Beziehungen. Und die Einschätzung, ob eine Nutzung von Pflanzen zur Gewinnung von Kraftstoff nun besonders fortschrittlich oder aber katastrophal ist,

mag historisch sowie je nach Kontext variieren – ja sogar umstritten sein. In jedem Fall aber ist sie Gegenstand der zwischenmenschlichen Aushandlung einer angemessenen Deutung.

Vor diesem Hintergrund wird einerseits deutlich, dass all die persönlichen Katastrophen (verstorbene Haustiere, nicht bestandene Prüfungen, etc.) nicht Gegenstand soziologischer Analyse sein können, soweit sie eben persönliche, also individuell relevante, Ereignisse betreffen. Andererseits lassen sich nun aber auch mindestens vier Perspektiven benennen, die für eine soziologische Betrachtung von Katastrophen in Frage kommen: Die *erste Perspektive* interessiert sich für das Zustandekommen der Ereignisse bzw. der Folgen eines Ereignisses. Was führte dazu, dass das Schiff sank, die Stadt auf den angekündigten Sturm nicht hinreichend vorbereitet war, die Raumfähre abstürzte, usw.? Eng mit dieser ersten Perspektive verbunden ist eine *zweite*, die sich für die Bearbeitung der Ereignisse bzw. deren Folgen (also der Schäden) interessiert: Wie wurden Rettungseinsätze koordiniert, welche politischen Initiativen folgten aus Unglücken in Atomkraftwerken, welche Netzwerkstrukturen kompensierten den Ausfall staatlicher Unterstützungsstrukturen etc. Hier könnten dann auch die persönlichen Katastrophen wieder einen Platz finden, wenn man sich für gesellschaftlich institutionalisierte Formen der Unterstützung zur Bewältigung solcher Ereignisse interessiert. Die Analyse führte dann auf professionssoziologisches Terrain. Die gleichen hier auf das jeweilige Ereignis bezogenen Fragen, lassen sich auch auf die Bewertung anwenden. Die *dritte Perspektive* fragt daher: Wie kommt die Bewertung eines Ereignisses als katastrophal zustande, gegen welche Widerstände hat sich eine solche Bewertung zu bewähren, mit welchen Beschreibungen konkurriert sie, etc.? Und ebenso mag *viertens* interessieren, wie mit entsprechenden Bewertungen umgegangen wird, bzw. welche Folgen sich aus den entsprechenden Bewertungen ergeben: Welche Konsequenzen hat es für BP, wenn sie für die Verschmutzung weiter Teile des Golfs von Mexiko verantwortlich gemacht wird – und wie wird damit umgegangen?

All diese Perspektiven machen nicht ‚die‘ Katastrophe zum Gegenstand soziologischer Betrachtungen, sondern nutzen Katastrophen (im Sinne von als katastrophal gedeutete Ereignisse), um etwas über die Funktionsweise und Mechanismen soziologischer Gegenstände – eben Familien, Netzwerke, Organisationen, Gruppen, Interaktionen, Politik, Medien, Wissenschaft, etc. – zu lernen. Führt man sich diese Differenz vor Augen, gelangt man einerseits zu soziologisch interessanten Fragestellungen und andererseits zu der Einsicht, dass von der soziologischen Katastrophenforschung keine Theorie der Katastrophe, sondern vielmehr ein Beitrag zu den jeweiligen Theorien der Netzwerke, Organisationen, Politik, etc. zu erwarten ist. ■

[1] Siehe nur Quarantelli, E.L. (Hrsg.), 1998: *What is a disaster? Perspectives on the question*. London: Routledge; sowie: Perry, R.W. & E.L. Quarantelli (Hrsg.), 2005: *What is a disaster? New answers to old questions*. Philadelphia, Pa.: Xlibris.

GEDICHTE

Apokalypsen und andere Katastrophen

[von T. H.]

I.

Ich irre in den Gängen
eines Kreuzfahrtschiffes umher
Nach drei Stunden und dem Wahnsinn nahe
treffe ich auf einen nackten Mann
halb Frosch halb Gazelle
Er sagt: Ich bin der König der Meere
Und: Verneige Dich

II.

Zwischen Kirschblüten
baumelt kopfüber ein Clown
Blut rinnt über sein Gesicht
und er schreit wie am Spieß

Eine uralte Frau
schüttelt sich vor Erregung
dann vor Lachen
»Hexe« zischt es von allen Seiten

In einem langen Gang
schlagen Türen
laut wie Explosionen
Niemand zeigt sich

III.

Die erste Frau machte einen Katzenbuckel
fauchte und kratzte
Die zweite Frau wedelte mit einer Hasenpfote
und rezitierte Paulo Coelho
Die dritte Frau spannte ihre Flügel auf
und flog davon
Die vierte Frau war glitschig wie ein Aal
sie verschwand in einer Pfütze
Die fünfte Frau schmeckte morgens nach Honig
und abends nach Salz
Die sechste Frau fraß ihn mit Haut und Haaren
spülte mit Wodka nach
und kotzte die Reste seines jämmerlichen Lebens
aus dem Beifahrerfenster
Die siebte Frau kam und ging
ohne Spuren zu hinterlassen

IV.

Die Schlinge zieht sich zu
und über den Dingen
tanzen Blätter
schieß auf
uns

LESEEMPFEHLUNG

Becker, Howard S. 2000: Die Kunst des professionellen Schreibens. Ein Leitfaden für die Geistes- und Sozialwissenschaftler. Frankfurt/New York: Campus Verlag
ISBN: 3593367106, 15,90€.

Das Schreiben wissenschaftlicher Texte ist für viele die größte Herausforderung im Studium und wir sind ständig mit ihr konfrontiert. Hausarbeit reiht sich an Referatsausarbeitung und dazwischen muss noch ein Essay fertig werden. So verbergen sich hinter den alltäglichen Klagen der Mitstudierenden nicht selten Schreibprobleme, auch wenn darüber selten offen geredet wird. Dabei sind diese ganz normal. Ob Ersti oder Professor, das Schreiben wissenschaftlicher Texte dürfte den Wenigsten wirklich leicht fallen. Selbst mit viel Übung ist jeder Text eine neue Herausforderung. Diesen Überlegungen folgt auch der amerikanische Soziologe Howard Becker in seinem Ratgeber zum wissenschaftlichen Schreiben, der in der deutschen Übersetzung den etwas pathetischen und unpassenden Titel „Die Kunst des professionellen Schreibens“ trägt.

Das Buch liest sich schnell, ist unterhaltsam und lässt sich gut in das Lektürepensum des Unialltags integrieren. Man lernt zum Beispiel, warum man im Laufe seines Studiums so viele komplizierte und teils schwer verständliche Texte lesen muss. Howard Becker führt einem die Zwänge, Chancen und Anreize

vor Augen, denen das Schreiben im akademischen Kontext ausgesetzt ist: eine Soziologie des Schreibens. Er gewährt dem Leser außerdem einen interessanten Blick auf die Hinterbühne der wissenschaftlichen Textproduktion, indem er etwa offenlegt, wie er selbst Texte schreibt – doch man findet auch interessante Erfahrungsberichte anderer Autoren und Autorinnen.

Viele Mythen des Schreibens werden im Buch als solche entlarvt. So ist der Irrtum verbreitet, dass gute Autoren mit einer klaren Vorstellung starten, oft nur eine Textfassung schreiben und diese kaum umarbeiten. Folgt man Beckers Ratschlag, müsse man jedoch, bevor man mit dem ersten Textentwurf beginnt, noch nicht einmal genau wissen, was man schreiben will: Der erste Entwurf sollte nicht der Darstellung von wissenschaftlichen Ergebnissen dienen, sondern der Entdeckung, also der eigenen Aufklärung darüber, was man eigentlich schreiben will. Es gibt somit mehrere Phasen, in denen ganz verschiedene Textfassungen entstehen, bis man schließlich einen fertigen Text hat. Zu diesem führen ganz verschiedene Wege, von denen einige aufgezeigt werden. Dadurch vermittelt Becker eine gesunde Einstellung dem Schreiben gegenüber, denn er korrigiert falsche Vorstellungen und unangemessene Erwartungen, die dem Schreibprozess oft hinderlich sind. Auch die komplizierte wissenschaftliche Sprache wird auf Korn genommen und ist laut Becker in der Regel nicht nötig. Klarheit im



mit freundlicher Genehmigung des Campus Verlags

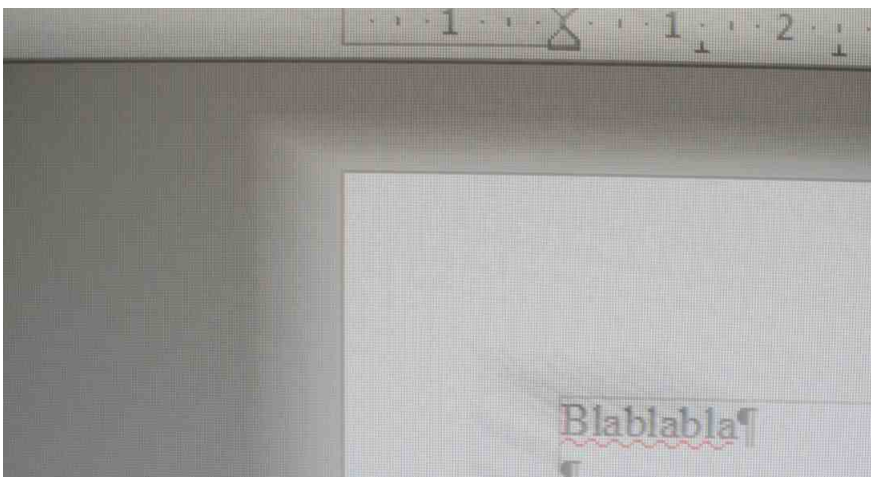
Ausdruck sei immer zu bevorzugen. Zudem regt Becker die Reflexion darüber an, was für ein Schreibtyp man eigentlich selber ist. Weitere praktische Tipps beziehen sich auf den Argumentations- und Textaufbau, die Erarbeitung einer gelungenen Einleitung und das Überarbeiten von Entwürfen. Letzteres sollte man nicht allein machen, Becker wirbt für das wechselseitige Lektorieren von Entwürfen. Selbst einige sprachliche Tipps findet man, auch wenn das Buch keine Stillehre ersetzt (empfehlenswert ist Schneider 2005).

Die Anschaffung von Beckers Buch dürfte sich für viele lohnen und das nicht erst zur Bachelor-Arbeit. Schließlich ist das universitäre Angebot zum Schreiben lernen sehr dürftig, dabei würde mehr davon vielen eine willkommene und hilfreiche Abwechslung sein. Ein vielversprechendes Modell stellt die „Schreibwerkstatt“ dar, die von Thomas Hoebel im Wintersemester 2012/13 zum ersten Mal angeboten wurde. Ein solches Seminar findet man hoffentlich bald in allen Fachbereichen in ausreichender Zahl.

Alexander Engemann

erwähnte Literatur:

■ Schneider, Wolf (2005): *Deutsch für Kenner: Die neue Stilkunde*. München: Piper Taschenbuch, ISBN: 3492244610, 9,95€.



Typische Schreibprobleme: Kann Becker Abhilfe schaffen?

Thema der nächsten Ausgabe: **Klassenkampf!?**

„Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“ (Warren Buffet)

Klassenkampf – ein abgedroschener Kampfbegriff? Oder auch heute noch eine adäquate Gesellschaftsdiagnose? In der nächsten Ausgabe der sozusagen wollen wir dieser Frage auf den Grund gehen.

Welche Ungleichheits- und Konfliktlinien sind in unserer Gesellschaft zu beobachten? Welche ökonomischen und ideologischen Verteilungskämpfe gibt es? Wo und mit welchen „Waffen“ werden sie geführt? Wie werden Menschen heute ausgebeutet und welche Rolle spielen Streiks, Proteste und Revolutionen? Läuten „Arabellion“ und „Occupy“ einen gesellschaftlichen Umbruch ein? Haben klassische Unterscheidungen – etwa die von Arbeit und Kapital – noch Relevanz für die Beschreibung sozialer Ungleichheiten und welche Alternativen gibt es? Findet in Zeiten der Finanzkrise vielleicht ein Klassenkampf entlang von Staaten statt? Oder ziehen sich die Konfrontationslinien entlang von unterschiedlichen Rationalitäten wie Profitmaximierung einerseits und Wohlfahrtsstaat andererseits? Dass die Antworten und Diagnosemöglichkeiten nicht mehr ganz so einfach ausfallen mögen wie noch zu Marx‘ Zeiten, macht die alten Fragen ja nicht gleich obsolet. Immerhin gibt es auch im bürgerlichen Lager erste Anzeichen eines kapitalismuskritischen Diskurses: Folgt man seinen eigenen Worten, beginnt z.B. Frank Schirrmacher (FAZ) zu glauben, dass „Die Linke“ Recht hat. Er diagnostiziert: „Ein Jahrzehnt enthemmter Finanzmarktökonomie entpuppt sich als das erfolgreichste Resozialisierungsprogramm linker Gesellschaftskritik“. Ob nun wieder ein Klassenbewusstsein aufkommt? Grund genug, sich dem Thema zu widmen.

Organisation von Arbeit



Eingereicht werden kann alles, was mit dem Thema im weitesten Sinne zu tun hat. Ob Essays (max. 1500 Wörter), Aufsätze, kurze Kommentare, Rezensionen, Interviews oder Karikaturen – lass deiner Kreativität freien Lauf und schicke deinen Beitrag – oder deine erste Idee dazu – an: sozusagen-bielefeld@gmx.de

Einsendeschluss der Entwürfe ist der 01. Juli – Viel Spaß beim Schreiben!

Weitere Infos unter: sozusagenblog.wordpress.com